Antifaschistisches info Blatt

Nr. 120 | Herbst 2018 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



CHEMNITZ

DER MOB UND SEINE AKTEURE

SCHWERPUNKT: Das Ende des NSU-Prozesses

www.antifainfoblatt.de

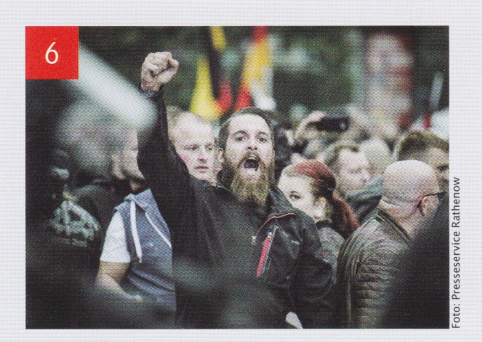


30

Foto: kubia, P7115014, (CC BY-NC 2.0) flickr.com

DER NSU-PROZESS: EIN URTEIL, VIELE FRAGEN

Mach mehr als fünf Jahren Hauptverhandlung ist das Urteil über die Angeklagten im NSU-Prozess ergangen. Dieses Urteil soll einen Schlussstrich ziehen und die Sicht der Bundesanwaltschaft festschreiben. Doch viele Fragen bleiben offen.



6

Foto: Presseservice Rathenow

RASSISTISCHE MOBILISIERUNGEN IN CHEMNITZ

Tausende Neonazis, PEGIDA, AfD und einfache Bürger beteiligten sich an den sogenannten „Trauermärschen" in Chemnitz. Sie instrumentalisierten den Tod eines jungen Chemnitzers. Am Rande wurde Jagd auf Migrant_innen und Geflüchtete gemacht.



32

HEIDENAU IM RÜCKBLICK

Am 21. August 2015 randalierten mehrere hundert Menschen, um gegen die Unterbringung von Geflüchteten zu protestieren. Die Polizei wurden von der vermummten und teilweise stark alkoholisierten Menschenmenge mit Steinen, Flaschen, Pyrotechnik und sogar den Warnbarken einer Baustelle angegriffen.



48

Foto: strassenstriche.net (CC BY-NC 2.0)

„LICHTENHAGEN IM GEDÄCHTNIS"

2017 jährte sich das rassistische Pogrom in Rostock-Lichtenhagen zum 25. Mal. Anlässlich dessen hat das Projekt „Lichtenhagen im Gedächtnis" eine umfangreiche Sammlung historischer Dokumente erstellt. Wir sprachen mit dem Trägerverein „Soziale Bildung" (SoBi) über das Projekt.

Titel: Chemnitz 1. September 2018 – „Schweigemarsch" von AfD, PEGIDA und Pro Chemnitz
Foto: Presseservice Rathenow

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Der geprobte Aufstand von Chemnitz und die Dynamik der rassistischen Mobilisierung hat uns als Redaktion sehr beschäftigt. Zeitnah haben wir online eine Einschätzung der Akteure publiziert, die wir hier in gekürzter und aktualisierter Form noch einmal abdrucken (S. 6). Etwa acht Fälle von Mord oder Totschlag gibt es pro Jahr allein im Raum Chemnitz. Jeder einzelne von ihnen ist furchtbar. Der Tod von Daniel H. fand bundesweit deswegen die mit Abstand meiste Beachtung, weil extrem rechte und andere rassistische Parteien und Organisationen ihn zum Anlass für einen flüchtlingsfeindlichen Aufstandsversuch nahmen. Dabei wurde ein demonstrativer Schulterschluss von AfD über PEGIDA bis hin zu rassistischen Hooligans und Neonazis nicht nur vollzogen, sondern regelrecht öffentlich zelebriert. Teile der bürgerlichen Elite aus Medien (BILD-Zeitung), Sicherheitsbehörden (Chemnitzer Justizvollzugsbeamte, Bundesinnenministerium, Bundesamt für Verfassungsschutz) und Politik unterstützten in der Folge das diskursive (Rückzugs-) Gefecht von AfD und anderen. Die unverschämte und absurde Diskussion, ab wann man bei rassistischen Menschenjagden auch von „Hetzjagd" sprechen darf, bestimmt deshalb im Nachgang weite Teile der medialen Debatte. AfD und Hooligans dürften sich darüber hinter den Kulissen köstlich amüsieren. Dass ihre Attacken in Chemnitz zwar abgelehnt, dabei aber oft als „Selbstjustiz" beschrieben wurden, stellt bereits einen ungeheuren Erfolg für sie dar. Als ob „Selbstjustiz" nicht allenfalls gegen einen tatsächlichen Täter verübt werden könnte – in Chemnitz wurden jedoch „ausländisch aussehende" Menschen und ein jüdisches Lokal attackiert. Der sächsische Ministerpräsident scheint es derweil als seine vornehmste Aufgabe aufzufassen, Teilnehmende an den neonazistisch und flüchtlingsfeindlich geprägten Demonstrationen vor zu harter Kritik in Schutz zu nehmen („Es gab keinen Mob, es gab keine Hetzjagd, es gab keine Pogrome"). Nebenbei schlägt er sich mit grotesk übertriebenen Zahlen zu „Ausreisepflichtigen" in Sachsen auf die Seite von PEGIDA und Co. Der ehemalige Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz und aktuell zum „Sonderbeauftragten" versetzte Hans-Georg Maaßen scheiterte unterdessen mit einem bemerkenswert plump ausgeführten Versuch, journalistisch einwandfreie antifaschistische Berichterstattung über die Ereignisse in Chemnitz zu delegitimieren. Nun geht er in die Geschichte ein als der erste VS-Präsident, der in Folge eines „Antifa Zeckenbisses" seinen Posten räumen musste. Auf die Unterstützung des grünen Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer konnte er zählen. Dieser brachte sinngemäß zum Ausdruck, dass er eher dem VS-Präsidenten als der „Antifa" glaube – obwohl Maaßen lediglich unbewiesene und erkennbar politisch eingefärbte Behauptungen in den Raum stellte und die Antifa-Berichterstattung jeder Faktenüberprüfung stand hielt. Journalist_innen sollten nun gewarnt sein. Offenkundig besteht in Kreisen der Sicherheitsbehörden ein Interesse, einerseits die Deutungshoheit über Vorfälle wie in Chemnitz zukünftig besser unter Kontrolle zu bekommen und andererseits auf Seiten der FlüchtlingsgegnerInnen politisch aktiv zu werden. Es muss mit weiteren Bagatellisierungsversuchen gerechnet werden. Wenn Bundesinnenminister Seehofer verlautbart, als Privatperson hätte er sich an den „Protesten" beteiligt, spricht das Bände und setzt ein Signal in die Behörden hinein – auch über Seehofers Amtszeit hinaus.

Es scheint unwahrscheinlich, dass AfD und Co. überhaupt beschädigt aus dem Aufstandsversuch herausgehen. Immerhin haben sie nun erprobt, dass sich die dynamischen Mobilisierungen gegen die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften nahtlos fortführen lassen – als Anlässe können sie zukünftig weiterhin Straftaten mit „ausländischen" Verdächtigen hernehmen. Köthen könnte dabei nur ein erstes Beispiel sein.

Ein Beschuldigter in Chemnitz wurde mittlerweile mangels Tatverdachts aus der Untersuchungshaft entlassen. In Köthen liegt ebenfalls der Verdacht auf der Hand, dass die Haft gegen die vermeintlichen Täter entgegen rechtsstaatlicher Regeln verhängt wurde und überhart ist. Der Rechtsstaat und seine Sicherheitsbehörden sind offenbar die ersten, die wackeln, wenn die geeinte Rechte den Aufstand probt. Damit wird deutlich, dass wir vor allem auf uns vertrauen sollten, wenn wir Rassist_innen Einhalt gebieten wollen.

Leider sind auch diese Ausgabe wieder Tote zu beklagen, derer wir hier gedenken. In den USA wurde die 43-jährige MeShon Cooper von einem Rassisten ermordet. In Schweden ermordeten Jugendliche den rumänischen Rom Gheorge Hortolomei-Lupu im Stadtpark von Huskvarna.

Verstorben ist der langjährige Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, Ludwig Baumann im Alter von 97 Jahren. Er setzte sich für die gesetzliche Rehabilitierung der Kriegsdienstverweigerer, „Wehrkraftzersetzer" und Deserteure der Wehrmacht ein.

Auch unser Genosse Raimund Hethey ist gestorben. Wer sich einen Eindruck von ihm machen möchte, dem sei z.B. das von ihm verfasste Vorwort zu dem Buch „Antifa heisst Angriff" empfohlen.

Der Journalist Steffen Meyn ist während der Berichterstattung über die Räumung des Hambacher Forst (NRW) tödlich verunglückt.

Steffen Meyn



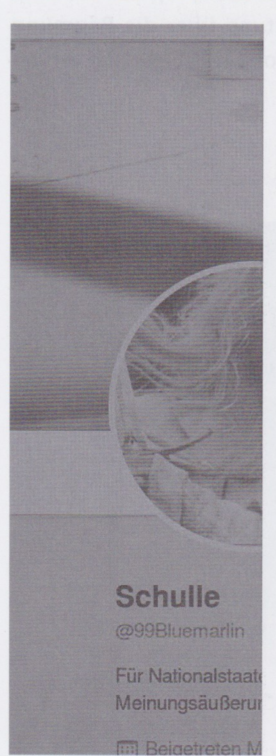
Zweidrittel-Niederlage für Reinhard Rade

Ende August 2018 verkündete die Zivilkammer des Landgerichts Leipzig sein (noch nicht rechtskräftiges) Urteil in einem Verfahren, das der Leipziger Reinhard Rade gegen das Antifaschistische Infoblatt (AIB) wegen „Unterlassungsansprüchen" geführt hatte. Er wollte so Berichte über ihn in den AIB-Artikeln „Bewaffnete Neonazis im Ausland" und „Rechte Glücksritter in Ostdeutschland" juristisch unterbinden lassen. Laut dem Urteil darf das AIB nun nicht weiter publizieren, wo Rade als Jugendlicher aktiv gewesen sein soll. Im Übrigen wurde seine Klage abgewiesen. Demnach hat Reinhard Rade keinen Anspruch auf Unterlassung der Tatsachenbehauptung, er sei bereits 1982 wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz angeklagt worden. Das Gericht urteilte: „Aus der vorgelegten Kopie ergibt sich danach eindeutig, dass der Kläger tatsächlich wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz angeklagt war." Außerdem ergibt sich laut Gericht ein „Aktualitätsbezug" aus den in dem betreffenden AIB-Artikel erwähnten „Immobiliengeschäften des Klägers von nicht unerheblichem Umfang sowie seiner unbestrittenen Teilnahme an (zumindest) einer Legida-Demonstration (...)". Es kommt zu dem Schluss: „Gerade bei Personen, die aktuell in politisch kontrovers diskutierten und teilweise als gewaltbereit empfundenen Kreisen verkehren, ist eine frühere Anklage wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz – hier noch dazu im Kontext mit Kontakten zum Söldnermilieu – durchaus relevant für die öffentliche Meinungsbildung." Hier wird auch die zweite Niederlage Rades deutlich. Rade hat gegen das AIB keinen Anspruch auf Unterlassung der Aussage, dass er früher im rechten Söldnermilieu aufgefallen sein soll. Das AIB weist laut Urteil „durch die gewählte Formulierung ausreichend darauf hin, dass behauptet werde, der Kläger sei im rechten Söldnermilieu aufgefallen." Hierfür wurden „sorgfältig recherchierte Anknüpfungstatsachen dargelegt, die die Annahme dieser Möglichkeit rechtfertigen". Die vom AIB „recherchierten Hinweise stammen aus verschiedenen Quellen aus Deutschland und Österreich, die unabhängig voneinander berichtet haben und entsprechen damit journalistischer Sorgfalt." Bezüglich eines „Abenteuerurlaubs" im Ausland kommt das Gericht in seinem Urteil zu dem Schluss: „Die Mitnahme einer Heckler und Koch, also einer Kriegswaffe, legt die Möglichkeit nahe, dass diese gerade nicht (nur) für die Jagd, sondern (auch) kriegerisch gegen Menschen eingesetzt werden sollte. Hinzu kommt die vom Kläger nicht bestrittene langjährige Zusammenarbeit mit Nicolas Peucelle, für dessen – ebenfalls unbestritten gebliebenes – Mitwirken in der französischen rechten Szene sowie in einer sogenannten „freiwilligen Interventionsgruppe" in Bosnien und Herzegowina erhebliche Anhaltspunkte vorgetragen wurden. Der langjährige Umgang mit einer Person der rechten Szene, die sich im Ausland an einer „freiwilligen Interventionsgruppe" beteiligte, stellt ein weiteres Indiz für Kontakte des Klägers zum rechten Söldnermilieu dar. •

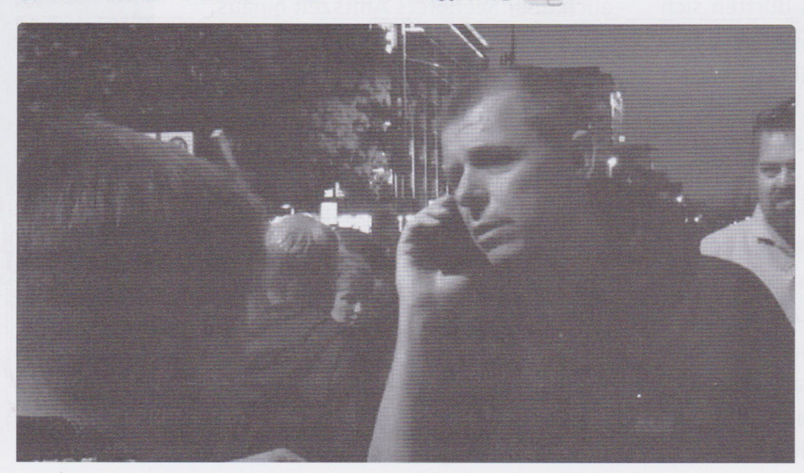
Mehr Informationen finden sich auf der Homepage von Rechtsanwalt Alexander Hoffmann, der das AIB vor Gericht vertrat.

www.anwalthoffmann.de/06-09-2018-bericht-ueber-lang-zurueckliegende-aktivitaeten-kann-rechtmaessig-sein

Reinhard Rade bei dem Versuch, im Zuge der aktuellen rassistischen Mobilisierungen, eine Demonstration in Chemnitz anzumelden.







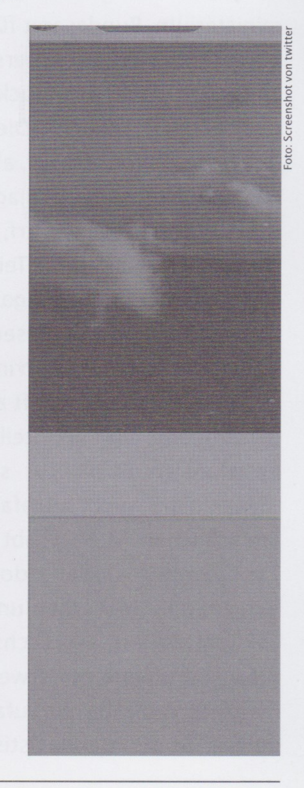
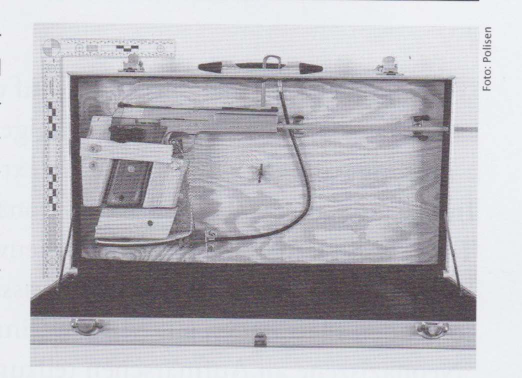


Foto: Screenshot von twitter

Neonazi mit Attentatsplänen?

■ Ein 49-jähriger Neonazi der „Nordiska Motståndsrörelsen" (NMR) wurde im September 2018 in Schweden vom Bezirksgericht Sundsvall zu einer Haftstrafe verurteilt. Dabei ging es unter anderem um Gewalttaten und illegalen Waffenbesitz. Das Urteil von zwei Jahren und sechs Monaten Haft behandelte aber – entgegen der Anklage – nicht mehr die Planung eines Mordes. Die Polizei hatte ermittelt, dass der Neonazi Peter Holm zwei ihm unliebsame Journalisten ausgeforscht und sich zudem eine Aktentasche mit versteckt eingebauter Waffe samt Schalldämpfer angeschafft hatte. Holm gehört zu den prominentesten Mitgliedern der „Nordischen Widerstandsbewegung" und soll laut dem schwedischen Geheimdienst „Säkerhetspolisen" (Säpo) die Rekrutierung neuer Mitglieder betrieben und oft Vorträge gehalten haben. Die Entdeckung in Sundsvall – rund 400 Kilometer nördlich von Stockholm – war jedoch ein Zufall. Wegen seiner eindeutigen Aktivitäten sollten zunächst Waffen, für die er eine Lizenz hatte, eingezogen werden. Das führte jedoch dazu, dass der NMR-Aktivist wegen dem Verdacht der „Konspiration zum Mord" verhaftet wurde. Die Polizei hatte am 8. Mai 2018 bei ihm weitere illegale und zum Teil selbstgebaute Waffen gefunden, zusätzlich wurden mehrere Speichergeräte, eine Liste „schwedischer Juden" und Telefone beschlagnahmt. Der NMR-Chefredakteur Martin Saxlind versuchte, die Situation zu retten. Er bezeugte, Holm habe Artikel unter dem Pseudonym „Peter H Norrland" auf der Website „Nordfront" geschrieben, daher sei er „Journalist". Die Meinungsfreiheit sei nun gefährdet und quellengeschütztes Material würde unerlaubt untersucht werden. Das Amtsgericht ging zunächst auf


Foto: Polisen

diese Argumentation ein, während das Berufungsgericht feststellte, dass er nicht bei dem „Partei-Organ" beschäftigt gewesen sei. In einem letzten Versuch hatte sich Saxlind an den Obersten Gerichtshof gewandt, um zu verhindern, dass im Prozess gegen Holm das Material beweiskräftig wird. Holm hatte sich bei Aktivitäten der schwedischen Neonaziszene als Fotograf betätigt und war lokaler Gruppenführer der NMR in seiner Region. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. •

Hakenkreuz am Unteruckersee

■ Ein Julitag in Brandenburg: An einer offiziellen Badestelle am Unteruckersee trägt der Neonazi Marco Schönfeld deutlich sichtbar sein Hakenkreuz-Tattoo zur Schau. Badegäste rufen die Polizei, ein Verfahren wegen des Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole wird gegen den 39-Jährigen eingeleitet. Ebenfalls an einem Juliabend, am 12. Juli 2002, hatte er, damals 23 Jahre alt, gemeinsam mit seinem Bruder Marcel Schönfeld und dem dritten Täter, Sebastian Fink, einen 16-jährigen Jugendlichen ermordet. Marinus Schöberl wurde über Stunden erniedrigt und gequält. Der HipHop-Fan wurde von den Neonazis gezwungen, sich selbst als „Juden" zu bezeichnen, wurde dann weiter gefoltert und schließlich in einem leer stehenden Schweinestall mit einem „Bordsteinkick" bestialisch getötet. Der Leichnam wurde in einer Jauchegrube versenkt. Die Tat kam ans Licht, weil Marcel Schönfeld vor anderen Jugendlichen mit seiner Tat angeben wollte. Marco Schönfeld hatte zwischen Tat und Festnahme noch eine weitere schwere Gewalttat begangen, als er einen Mann aus Sierra Leone ins Krankenhaus prügelte. Vom Landgericht Neuruppin wurde Marco Schönfeld 2003 zu 15 Jahren Haft verurteilt. 2016 wurde er vorzeitig entlassen. Die Mittäter sind schon lange wieder frei. Marcel Schönfeld wurde zu achteinhalb Jahren Haft verurteilt und ist seit 2010 auf freiem Fuß. Sebastian Fink erhielt eine Jugendstrafe von drei Jahren. Durch das aktuelle Verfahren droht Schönfeld nun erneut eine Haftstrafe, seine Bewährungsfrist könnte aufgehoben werden. Ein Prozesstermin in einem beschleunigten Verfahren im Juli platzte indes. Schönfeld behauptete, dass er davon ausgegangen sei, allein an der Badestelle gewesen zu sein.

Das Hakenkreuztattoo von Marcel Schönfeld zeigt allemal: Die Potzlower Täter von einst haben sich mitnichten von ihrer neonazistischen Gesinnung distanziert. Auch Mittäter Sebastian Fink fiel immer wieder mit rassistischen Taten auf. 2017 nahm er mit NPD-Flagge an einer „Mahnwache" in Brüssow in der Uckermark teil. Marco Schönfeld hingegen zeigt sich

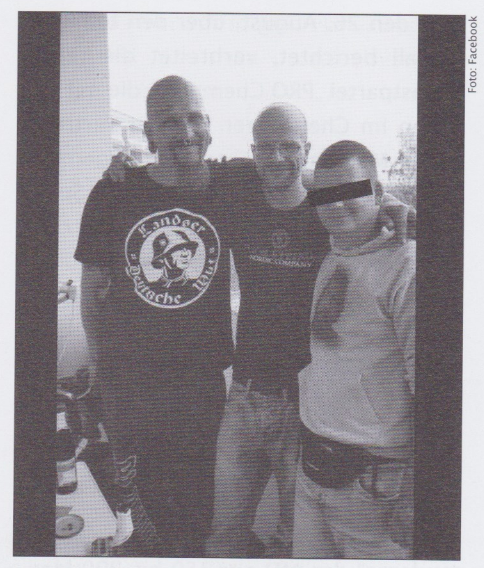


Foto: Facebook

Marcel Schönfeld (links) und Sven Perling (mittig).

auf Fotos mit „Landser"-Shirt gemeinsam mit einem weiteren neonazistischen Mörder: Arm in Arm mit Sven Perling, der 2008 mit einem Mittäter im uckermärkischen Templin mordete. Auch dessen Opfer, der alkoholkranke Bernd Köhler, wurde über Stunden beschimpft, erniedrigt und schließlich totgeschlagen. •

TITEL

Nach einer Auseinandersetzung auf dem alljährlichen Stadtfest, die für einen 35-jährigen Chemnitzer tödlich endete, wurde sich auf einschlägigen rechten Webseiten schnell auf einen Migrationshintergrund der Täter geeinigt und die Tat in den Kontext anhaltender Auseinandersetzungen mit Geflüchteten in der Chemnitzer Innenstadt gesetzt. Uns als Redaktionskollektiv haben die Vorfälle bestürzt. Nicht nur hinsichtlich des tragischen Todes von Daniel H., einem Familienvater, der auch der linken Subkultur nahe stand, sondern auch in Bezug auf die Dynamik der anschließenden rassistischen Mobilisierungen. Die Instrumentalisierung des Todes, die darauf folgenden Hetzjagden auf Migrant_innen und Geflüchtete sowie die Bereitschaft Tausender, mit einer militanten Neonaziszene an Aufmärschen teilzunehmen waren Gründe, uns aus Rechercheperspektive dem Thema zeitnah anzunehmen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Rassistische Mobilisierungen in Chemnitz

Als die lokale Presse am Sonntagmorgen, den 26. August, über den tödlichen Vorfall berichtet, verbreitet die rechte Kleinstpartei „PRO Chemnitz", die mit drei Sitzen im Chemnitzer Stadtrat vertreten ist, die Meldung auf Facebook. Gegen Mittag ruft die sächsische AfD zu einer Spontandemonstration am Tatort auf. Kurz darauf folgt ein weiterer Aufruf aus der Ultraszene des Chemnitzer Fußballclubs. Mit den Worten „Lasst uns zusammen zeigen wer in der Stadt das sagen hat!" (sic!) werben sowohl „Kaotic Chemnitz" als auch die Gruppe „New Society" für einen gemeinsamen Treff am „Nischel", wie das Karl-Marx-Monument auch genannt wird.

Während sich zur angekündigten „Spontandemo" der AfD nur 150 bis 200 Menschen einfinden, folgen dem Aufruf der Ultras zwischen 800 und 1.000 Personen, darunter ein Großteil Neonazis und rechte Hooligans. „Kaotic Chemnitz" wie auch „New Society", die auch unter dem Namen „NS-Boys" firmieren, sind bekannte extrem rechte Gruppen mit einer hohen Schnittmenge zur organisierten Neonaziszene. So finden sich bei der Gruppe „Kaotic" mit Personen wie Anton E. Anhänger der 2014 verbotenen Kameradschaft „Nationale Sozialisten Chemnitz" (NSC). Auch Christoph Drewer aus Dortmund mischt bei der rund 20-köpfigen Gruppierung „Kaotic" mit. Er war Führungsperson der 2012 verbotenen Vereinigung „Nationaler Widerstand Dortmund", wurde Ende 2017 zum kommissarischen Bundesvorsitzenden der Neonazi-Partei „Die Rechte" gewählt und stand schon für „Kaotic" beim extrem rechten Turnier „Kampf der Nibelungen" im Ring. Bei den „NS Boys" sieht es nicht anders aus. Der Gruppe werden mehrere Aktivisten der „Nationalen Sozialisten Chemnitz" sowie der Gruppe „Rechtes Plenum" zugeordnet. Mit der Fanfreundschaft zur Ultragruppe „Inferno Cottbus 99" besteht eine weitere Verbindung ins gewalttätige Neonazi-Milieu. Die „NS-Boys" gelten als Zöglinge der 2007 aufgelösten Hooligangruppe „HooNaRa" („Hooligans Nazis Rassisten"), die für ihre Brutalität seit Mitte der 1990er Jahre bekannt ist.

Dementsprechend verwundert es nicht, dass dem Aufruf der Ultraszene auch der westsächsische Neonazi Patrick Gentsch folgte. Wie Bilder vom Sonntag zeigen, führte er Teile des marodierenden Mobs zwischenzeitlich an. Gentsch hat eine lange Geschichte in der rechten Hooligan- und Neonazi-Szene Westsachsens. Bereits 1999 fiel sein Name im Zusammenhang mit dem Totschlag an dem 17-jährigen Punk Patrick T. in Hohenstein-Ernstthal (siehe AIB Nr. 89 „Eine Frage der Wahrnehmung"). Gentschs Kameraden aus dem „HooNaRa"-Spektrum waren dafür verantwortlich (siehe AIB Nr. 111 „Das Netzwerk des NSU zwischen Chemnitz und Zwickau"). Der mehrfach vorbestrafte Gentsch sitzt seit 2014 erneut für die NPD in Meerane im Stadtrat. Dort war er 2015 und 2016 auch an rassistischen Mobilisierungen beteiligt.

Im Verlauf des Aufmarschs am Sonntag kam es mehrfach zu rassistisch motivierten Jagdszenen. Im Fokus standen Menschen, die als „Nicht-Deutsch" ausgemacht wurden. Selbst Personen, die nur im nahen Imbiss saßen, wurden mit rassistischen Beleidigungen belegt. Im Nachgang sammelten sich rechte Ultras und Hooligans abermals am Karl-Marx-Monument. In dieser Gruppe soll laut dem lokalen Journalisten Johannes Grunert auch Hendrik Lasch[1], Betreiber des Chemnitzer Neonazi-Ladens „Backstreetnoise/Trendbewusst", gewesen sein. Er ist zudem Eigentümer der Geschäftsräume des international bedeutenden Neonazi-Versands und Ladenge-


Foto: Preseservice Rathenow

schäfts „PC Records". Lasch zählte bis Ende der 1990er Jahre zur Führungsebene des sächsischen Ablegers von „Blood & Honour" und war Bekannter des NSU-Kerntrios. Sein damaliger „Kamerad" Lars Franke war ebenfalls am Sonntag im Stadtzentrum unterwegs. Franke soll in den 1990er Jahren Mitglied der RechtsRock-Band „Störfaktor" gewesen sein und unterhielt Kontakte zu Gruppen wie den „Skinheads Chemnitz" – auch „88er" genannt. Noch bis 2010 war er immer wieder auf Neonazi-Aufmärschen anzutreffen. Heute ist Lars Franke Mitglied des Kreisverbands der AfD in Chemnitz und betreut dort die Koordination von Veranstaltungen.

Erwähnenswert ist zudem die Anwesenheit der rechten Meißner Aktivistin Madeleine Feige und Steffen Musolt aus Chemnitz. Beide waren schon Monate vor den Ereignissen an rechten Mobilisierungen in Chemnitz beteiligt. Während Musolt regelmäßig Aufmärsche des Chemnitzer PEGIDA-Ablegers „CEGIDA" initiierte, trat Feige dort als Rednerin auf. Am 18. August 2018, nur eine Woche vor den Vorfällen auf dem Stadtfest, veranstaltete der „Zukunft für Bildung e.V." eine Kundgebung unter dem Motto „Deutsch und stolz drauf" am Karl-Marx-Monument, für die Feige als Rednerin des Vereins angekündigt wurde. Feige wird auch der Online-Plattform „Heidenauer Wellenlänge" zugerechnet, die in Live-Streams über Veranstaltungen von PEGIDA und Co. berichtet. Solche zu dutzenden betriebenen Live-Streams tragen einen nicht unerheblichen Teil zur Mobilisierung bei und schaffen durch einen gegenseitigen Bezug eine eigene Deutungsmacht von Ereignissen wie in Chemnitz. Anhand der Beteiligung solcher MultiplikatorInnen der extrem rechten Szene sowie der im Internet anlaufenden bundesweiten Mobilisierungen wäre eine Einschätzung für die von „PRO Chemnitz" angemeldete Kundgebung am Folgetag möglich gewesen – auch für die Behörden.

Die Akteure am Montag

Zur anfänglich stationären Kundgebung am Montag erschienen verschiedene extrem rechte Gruppierungen. Bewusst sichtbar gab sich die Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg" zu erkennen. Um die 30 Personen, mehrheitlich in Bekleidung der Partei und mit einheitlichen Schildern gegen „die Asylflut", skandierten sie Parolen wie „Nationaler Sozialismus Jetzt" und „Frei Sozial und National". Darunter befand sich neben Tony Gentsch auch Michel Fischer aus Thüringen. Fischer war vormals in der Neonazi-Partei „Die Rechte" organisiert und ist als Gewalttäter bekannt. Nicht im straff organisierten Block vom „III. Weg", jedoch im T-Shirt der Partei, war auch Lukas L. auszumachen. Gemeinsam mit anderen sächsischen Neonazis war er Teil einer konfliktsuchenden Gruppe, die auf dem Aufmarsch auch eine Flagge mit dem Schriftzug „Defend Europe" und einem stilisierten Gewehr präsentierte. Lukas L. nahm schon 2015 an Treffen der rechtsterroristischen Vereinigung „Oldschool Society" (OSS) in Borna bei Leipzig teil. Auch Maik Arnold war an vorderster Front dabei, als die Lage am Montag das erste Mal zu eskalieren drohte. Zahlreiche Neonazis hatten sich in Richtung der antifaschistischen Gegenkundgebung bewegt, vermummt und versucht, die dünnen Polizeiketten zu durchbrechen. Arnold selbst ist ein Urgestein der Chemnitzer Kameradschaftsszene. Er gehörte zur Führungsriege der „Nationalen Sozialisten Chemnitz" (NSC) und organisiert sich seit einigen Jahren bei „Der III. Weg". Am 1. Mai 2018 war er an der Koordination des Aufmarschs in

Chemnitz beteiligt. Am Montag repräsentierte er jedoch den extrem rechten Verein „Unsere Heimat Unsere Zukunft" (UH-UZ) aus dem Erzgebirge, in dessen Vorstand Arnold sitzt. Wie weit er in die militante Neonazi-Szene eingebunden ist, macht ein Fundstück während der Razzia im Zuge des NSC-Verbots 2014 deutlich. So war er in Besitz eines Datenträgers, auf dem auch die sogenannte „NSU-CD" gespeichert war. Eine gewisse Nähe zum NSU wird außerdem durch seine Verbindungen zu den NSU-Unterstützern Ralf Wohlleben und André Eminger ersichtlich. Auch Hendrik Lasch war am Montag erneut zugegen, begleitet von Yves Rhamel, langjähriger Produzent der extrem rechten Musikszene und ehemals offizieller Betreiber des RechtsRock-Labels „PC Records". Aus der Chemnitzer Neonazi-Szene erschien auch David H. Er nahm die letzten Jahre mit anderen Neonazis aus Sachsen nicht nur am extrem rechten „Leistungsmarsch" in Ungarn teil, sondern fuhr auch regelmäßig zu RechtsRock-Konzerten. Pikant ist, dass H. als führender Mitarbeiter der „Distelkam Dienstleistungsgruppe" auffiel, die u.a. Leistungen im Sicherheitsdienst anbietet. Einen Auftrag als Wachdienst führte die Firma in einer Geflüchtetenunterkunft in Cottbus aus, wo es in der Neujahrsnacht 2017/2018 zu einem Angriff durch Neonazis kam. Das eingesetzte Sicherheitspersonal hatte die Täter in die Unterkunft gelassen und ihnen den Rückzug ermöglicht, wie die Betroffenen berichteten. Wie angekündigt fand sich auch eine Gruppe um den Leipziger Kampfsportler und rechten Hooligan Benjamin Brinsa in Chemnitz ein (siehe AIB Nr. 97 „Rechter MMA-Kämpfer auf Erfolgskurs"). Dieses Milieu war schon für den fast militärisch geplanten Angriff auf den Leipziger Stadtteil Connewitz im Januar 2016 verantwortlich. Die Teilnahme der Leipziger Hooliganszene in Verbindung mit rechten, gewaltsuchenden Chemnitzer Ultra-Gruppen machte die Stadt zum Pulverfass.

Dass sich auch Dortmunder Neonazis um Führungspersonen der Neonazi-Partei „Die Rechte" wie Matthias Deyda in Chemnitz blicken ließen, ist kaum erstaunlich. Die Szene in Dortmund ist bekannt für ihre Gewaltbereitschaft. Auch Martin Wegerich, der als Grafikdesigner „Vlanze Graphics" unzählige NS-verherrlichende und rassistische Grafiken für RechtsRock-Versände entwirft, war in der Personengruppe aus Dortmund-Dorstfeld ausmachbar. Die Liste der „Prominenz" der bundesweiten Neonazi-Szene ließe sich mit extrem rechten Multi-Funktionären wie Patrick Schröder, Tommy Frenck oder David Köckert erweitern. Auch könnte man über die Teilnahme von der „Identitären Bewegung" nahestehenden Akteuren wie Chris Ares Seiten füllen. Informationen zu den offensichtlich bekannten Neonazis ersparen wir uns jedoch an dieser Stelle. Die ausführliche Betrachtung Einzelner im Text soll verdeutlichen, dass die Stimmung am 26. und 27. August unter dem Einfluss erfahrener Personen der extrem rechten Szene stand. Personengruppen, die vor allem für die aggressive Stimmung auf dem Aufmarsch und zahlreiche Angriffe auf am Rand stehende Personen verantwortlich waren, traten im Gegensatz zu den bekannten Kadern der Szene verdeckt auf. Gruppen von 20 bis 30 Personen konnten angesichts fehlender Einsatzkräfte immer wieder aus dem Aufmarsch ausscheren und Jagd auf Menschen machen. Parolen wie „Wir sind die Macht, wir sind die Fans, Adolf Hitler Hooligans" hallten durch die Nacht, während Poller herausgerissen und Steine aufgenommen wurden. Später wurde auch das jüdische Restaurant „Shalom" angegriffen.

Rechte Bündnisse

Für die organisierte Neonaziszene ist die Situation die Gelegenheit, auf die sie seit Jahren wartet. Frank Krämer, Gitarrist der RechtsRock-Band „Stahlgewitter", beschrieb die Ereignisse mit den Worten: „Was in Chemnitz gerade passiert ist der Rassenkrieg, den die demokratischen Gruppierungen eingeschleppt haben." Damit verklärt er, dass Neonazis diesen „Rassenkrieg" herbeisehnen und sich aktiv auf ein solches Szenario vorbereiten. Eine Mehrzahl der Teilnehmenden nahm am Montag diese ideologische Steilvorlage an. Es dauerte keine halbe Stunde, bis die Menge „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus" rief und in den extrem rechten Schlachtruf „Hier marschiert der nationale Widerstand" einstimmte. Auf dem Podest am Fuß des Karl-Marx-Monuments schürte unterdessen Martin Kohlmann die Ressentiments gegen Geflüchtete und Muslime. Kohlmanns Partei „PRO Chemnitz" ist nicht nur Schnittstelle zur PEGIDA-Bewegung und den „Nein zum Heim"-Initiativen, sondern auch für ihre Verbindungen zur Neonazi-Szene bekannt. Die Chance, die sich für „PRO Chemnitz" durch solche rechten Mobilisierungen bietet, ist immens. Während Kohlmann und der Chemnitzer PEGIDA-Ableger „CEGIDA" zuletzt nur mit wenig Publikum auf Kundgebungen in der Innenstadt standen, hören ihnen plötzlich mehrere tausend Personen zu. In seiner Rede am Montag verharmloste Kohlmann u.a. die Aktivitäten der rechtsterroristischen „Gruppe Freital" - die er vor Gericht anwaltlich vertrat -, umschrieb Geflüchtete als Fuchs, der nicht „im Hühnerstall integrierbar ist" und legitimierte die Hetzjagden am Vortag als „Selbstverteidigung". Ein Aufruf zur Selbstjustiz - verpackt in schöne Floskeln - den sich auch die AfD im weiteren Verlauf zu eigen machte. So bezeichnete es der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland in einem Interview mit der WELT als „normal, dass Menschen ausrasten, wenn eine solche Tötungstat passiert". Die Akteure in Chemnitz verstehen diese Aussagen genau.

Schulterschluss mit AfD-Funktionären

Für den 1. September 2018 warb „PRO Chemnitz" erneut für eine Kundgebung mit anschließendem Aufmarsch. Fast zeitgleich rief auch die sächsische AfD in Kooperation mit PEGIDA und dem neurechten „EinProzent"-Netzwerk zu einem „Trauermarsch" auf. Dabei initiierte sich die AfD im Vorfeld als Ordnungsmacht: Bilder von randalierenden, den Hitlergruß zeigenden Neonazis wollte man vermeiden. Das Bild, welches die AfD auf ihrem „Trauermarsch" am 1. September 2018 tatsächlich abgab, entsprach den angekündigten Vorstellungen jedoch nur begrenzt. Schon ab 16 Uhr versammelten sich bis zu 2.000 Personen auf der Kundgebung von „PRO Chemnitz", die Mehrheit kann dem Spektrum der (extremen) Rechten zugerechnet werden. Nach Beendigung dieser Kundgebung rief einer der Redner die Teilnehmenden auf,

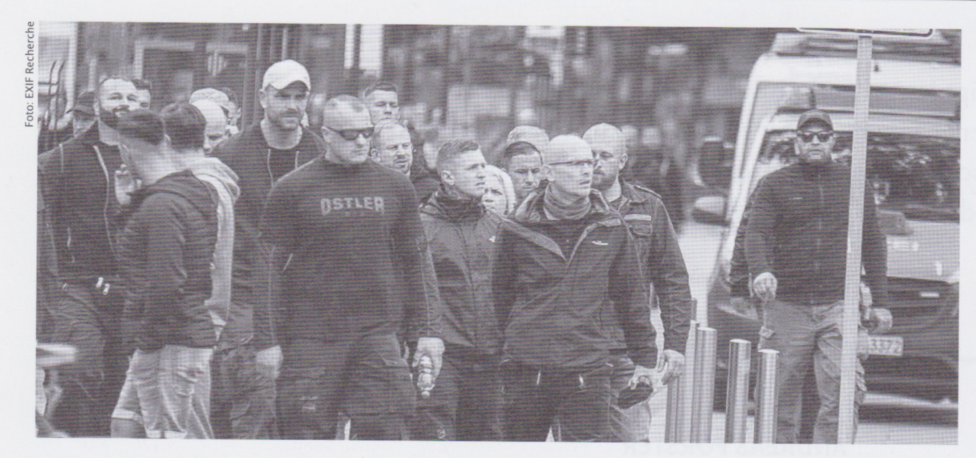


Foto: EXIF Recherche

Teil eines bedrohlich wirkenden Mobs: David H. (mit „Ostler"-Shirt) im Rahmen der Aufmärsche von „PRO Chemnitz", AfD und PEGIDA am 1. September 2018 in Chemnitz.

„rüber zur AfD" zu gehen. Der „Trauermarsch" zog schließlich mit 8.000 Personen durch die Innenstadt, angeführt von den AfD-Spitzenpolitikern Björn Höcke und Uwe Junge sowie den PEGIDA-Wortführern Lutz Bachmann und Siegfried Däbritz. Die Stimmung war erneut aggressiv. Wieder kam es zu Jagdszenen und Übergriffen. Wieder wurden Polizeiketten durchbrochen. Die inzwischen 1.800 eingesetzten Polizeikräfte waren deutlich mit der Situation überfordert. Mit Ausblick auf weitere rechte Mobilisierungen ist von Seiten der Polizei kein ausreichender Schutz von Geflüchteten oder Gegendemonstrant_innen zu erwarten.

Antifaschistische Intervention

Für Antifaschist_innen stellt sich erneut die Frage, wie man innerhalb rassistischer Mobilisierungen effektiv intervenieren kann. Schon 2015, nach den pogromartigen Ausschreitungen im sächsischen Heidenau, formulierten wir unsere Gedanken dazu („Antifaschistische Aktion – Für die konsequente Intervention", AIB Nr. 109). Auch drei Jahre später sind wir der Meinung, dass eine Intervention auf vielen Ebenen stattfinden muss. Zum einen haben wir als antifaschistische Medien die Aufgabe, schnellstmöglich verlässliche Informationen zu den ProtagonistInnen und dem Hintergrund dieser Mobilisierungen zu sammeln und zu veröffentlichen. Klar sein sollte dabei, dass es nicht unsere Aufgabe ist, Abstufungen zwischen Mitläufer_innen, Alltagsrassist_innen, organisierten Neonazis, besorgten Bürger_innen oder sonstigen Teilnehmenden zu machen. Der ständigen Mär von den sozial Abgehängten, die einen Anlass suchen, um sich Gehör zu verschaffen, verkennt den immanenten Rassismus derer, die sich an Aufmärschen wie nun in Chemnitz beteiligen. Dennoch wollen wir nicht nur Ross und Reiter benennen, sondern uns ebenso um eine lokale und gesellschaftliche Einordnung bemühen. Um Informationen authentisch vermitteln zu können, ist eine Betrachtung an Ort und Stelle notwendig. Es nützt einer Berichterstattung nichts, wenn Informationen lediglich aus sozialen Netzwerken bezogen werden. Um große Aufmärsche überblicken zu können, bedarf es zudem einer breiten Beteiligung bundesweit arbeitender Plattformen. Vor allem die Zusammenarbeit freier Fotograf_innen ist dabei unabdingbar. In der „Provinz" sind Netzwerke freier Journalist_innen nicht so breit aufgestellt wie in den Großstädten. Um kontinuierlich unabhängige Berichterstattung ermöglichen zu können – besonders wenn sich Ereignisse über Wochen entwickeln – ist eine Verteilung der journalistischen Verantwortung wichtig. Zum anderen kann eine antifaschistische Intervention nur dann erfolgreich sein, wenn Bündnisse geschaffen werden. An Tagen, an denen rassistische Mobilisierungen zu eskalieren drohen, braucht es ein Bündnis mit Minimal-Konsens. Es gilt, Übergriffe und Hetzjagden zu verhindern und den Menschen vor Ort Schutz und Unterstützung anzubieten. An solchen Tagen müssen nicht zwingend die großen linken Fragen gelöst werden. Solidarität und Entschlossenheit sind starke Signale, auch an die Menschen außerhalb der linken „Szene". Dazu zählen Demonstrationen außerhalb von Chemnitz oder finanzielle Spenden an linke Gruppen und Organisationen, die sich vor Ort engagieren, ebenso wie Solidarität in Form von Gegenprotesten oder zum Schutz linker Projekte. Dafür müssen wir uns mit den aktiven Strukturen vor Ort vernetzen. In blanken Aktionismus zu verfallen, die Akteure vor Ort zu ignorieren oder ihnen vorzuschreiben, was jetzt richtig wäre, sind der falsche Weg. Nach einer Auseinandersetzung wieder in die Großstädte zu fahren, ist etwas anderes, als sich vor Ort in Organisierungs- und Unterstützungsprozesse zu begeben. Innerhalb solidarischer Handlungen müssen aber auch Prioritäten gesetzt werden. Nämlich dann, wenn nicht wir im Fokus extrem rechter Gewalt sind, sondern Menschen, die nur aufgrund ihrer Hautfarbe und Herkunft zur Zielscheibe werden. Die Hetzjagden in Chemnitz haben erneut bewiesen, dass der rechte Mob innerhalb von rassistischen Auseinandersetzungen nicht zwischen „Flüchtling" und Migrant unterscheidet – egal ob letzterer seit 20 Jahren einen Imbiss betreibt und als „integriert" gilt. Manchmal kann es sinnvoll sein, potenziell Betroffene anzusprechen, ihnen Hilfe anzubieten oder sich in konkrete Bedrohungsszenarien einzumischen. Solche Angebote sollten nicht paternalistisch wirken, sondern müssen gemeinsam entwickelt werden. Letztlich finden wir, dass die Losung „Hass hat Konsequenzen" im Umgang mit rassistischen Äußerungen, Pogromen oder Hetzjagden mit Inhalt gefüllt werden sollte. Dafür gilt es gemeinsam Ängste abzubauen und uns dem Hass konsequent entgegenzustellen. Das meint nicht grundlegend, dominant und einschüchternd zu wirken, sondern bedeutet, sich selbst nicht zu marginalisieren. Jenseits der Behörden, die erneut nicht fähig waren, rassistische Übergriffe zu unterbinden, sind wir durchaus in der Lage, RassistInnen Einhalt zu gebieten. Dieser Stärke dürfen wir uns bewusst sein. •

Dieser Artikel wurde am 3. September online publiziert und für die vorliegende Druckfassung stark gekürzt und aktualisiert.

1 Siehe Foto Seite 14, unten rechts und Foto Seite 15, links neben Starke.

SCHWERPUNKT

Neben den bis heute ungeklärten Ereignissen rund um die Selbstenttarnung des NSU am 4. November 2011 gibt es noch eine ganze Reihe weiterer offener Fragen in der Affäre um die rechte Terrorgruppe. Sie deuten darauf hin, dass das Zwickauer Trio nicht abgeschottet agierte, wie es die Bundesanwaltschaft behauptet, sondern dass die Organisation und deren Unterstützerumfeld größer strukturiert sein dürfte.

NSU – viele offene Fragen

ANDREAS FÖRSTER

Eine Reihe von Indizien weisen in diese Richtung. So stellt sich etwa die Frage, ob es wirklich ausschließlich Mundlos und Böhnhardt waren, die alle zehn Morde des NSU begangen haben. Eindeutige Beweise dafür gibt es nicht. Zwar wurden unter anderem die Tatwaffen im Brandschutt der Zwickauer Wohnung sichergestellt. Auch die Dienstwaffen und Ausrüstungsgegenstände der überfallenen Polizisten fanden sich beim Trio. In der Zwickauer Wohnung lag zudem eine offenbar seit 2007 ungewaschene Trainingshose mit Blutflecken der getöteten Polizistin und einem Taschentuch, das DNA-Spuren von Uwe Mundlos aufwies. Nicht zuletzt fand sich dort eine Skizze mit den Räumlichkeiten des Kasseler Internetcafés, wo 2006 der letzte Mord begangen wurde. DNA-Spuren oder Fingerabdrücke von Mundlos und Böhnhardt konnten jedoch weder an den Tatwaffen noch an den Tatorten sichergestellt werden. Bei dem ebenfalls dem NSU zugeschriebenen Bombenanschlag auf das von einer iranischen Familie betriebene Lebensmittelgeschäft in der Kölner Probsteigasse im Januar 2001 haben die Zeugen auf den Fotos zudem weder Mundlos noch Böhnhardt identifizieren können. Dabei hatten die Familienangehörigen den Täter gesehen, der vor Weihnachten 2000 die Stollenbüchse mit dem Sprengsatz im Geschäft abgegeben hatte. Die Phantomzeichnung des Verdächtigen, die nach den Angaben der Betreiber des Geschäfts angefertigt wurde, weist dagegen eine auffällige Ähnlichkeit mit einem damals sehr aktiven Kölner Neonazi auf, der zur Tatzeit V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes war. Der Mann bestreitet aber, etwas mit dem Attentat zu tun gehabt zu haben.

Mindestens 30 nicht identifizierte DNA-Spuren

Für die These, dass zumindest Mundlos und Böhnhardt über feste Kontakte in ein regional anderes Milieu verfügten, spricht auch der Umstand, dass die beiden häufig über einen längeren Zeitraum hinweg nicht in der gemeinsamen Wohnung mit Zschäpe lebten. So sagten Anwohner aus der Zwickauer Polenzstraße aus, wo das Trio zwischen Mai 2001 und Anfang 2008 wohnte, dass Zschäpe mitunter wochenlang allein in der Wohnung war. Auch hätten sie den Eindruck gehabt, dass nur einer der beiden Männer – vermutlich Böhnhardt – mit der Frau in der Wohnung lebte, während der andere nur zeitweise zu Besuch war. Die häufige Abwesenheit von Mundlos und Böhnhardt hatten auch Nachbarn in der Frühlingsstraße beobachtet, wo das Trio zuletzt wohnte. Tatsächlich fanden sich in der ausgebrannten Wohnung nur auffallend wenige männliche Kleidungsstücke. Die meisten davon waren zudem in Böhnhardts Größe. Auch befanden sich im Badezimmer der Wohnung nur zwei Zahnbürsten. Schließlich entsprach auch der monatlich abgerechnete Wasserverbrauch der Wohnung eher einem Ein-Personen-Haushalt.

Auch die DNA-Spuren, die an diversen Gegenständen im Wohnmobil und in der Zwickauer Wohnung gesichert wurden, weisen auf weitere Helfer oder gar NSU-Mitglieder hin. Nicht alle diese genetischen Fingerabdrücke konnten dem Trio oder bekannten Unterstützern zugeordnet werden. Insgesamt sind mindestens 30 DNA-Spuren an Asservaten – darunter an Waffenteilen, schriftlichen Unterlagen und Datenträgern – noch nicht identifiziert worden. So wurde etwa eine unbekannte DNA-Spur an einer Plastikflasche isoliert, die im Kühlschrank des bei Eisenach ausgebrannten Wohnmobils stand. Dieselbe DNA-Spur fanden die Ermittler an weiteren sieben Asservaten aus der Wohnung in der Frühlingsstraße – es handelt sich dabei um schriftliche Unterlagen, eine mit „PDS/SPD Liste" beschriftete Diskette, ein Munitionsteil sowie einen Rucksack, der vermutlich für einen Bankraub in Chemnitz benutzt wurde. Als die Spur in der Analysedatei des BKA überprüft wurde, machten die Ermittler eine überraschende Entdeckung: Der genetische Code der unbekannten Person war im Juli 2012, also mehr als ein halbes Jahr nach dem Auffliegen des Trios, an einem Tatort in Berlin sichergestellt worden. Er fand sich an der Hülse einer Patrone, die auf zwei Mitglieder des Rockerclubs Bandidos abgefeuert worden war.

Auffälligkeiten gibt es auch im Kommunikationsverkehr der Zwickauer NSU-Zelle. So ging auf einem der vom Trio bis zuletzt genutzten Handys zwischen Juni und November 2011 monatlich jeweils eine Kurznachricht von wechselnden Telefonnum-

mern ein, die unter einer Scheinidentität angemeldet waren. Bemerkenswert ist dabei, dass außer dieser einen Kurznachricht keine weiteren Anrufe oder SMS von den betreffenden Nummern auf einem der Telefonanschlüsse des Trios registriert wurden. Auch kamen diese geheimnisvollen SMS – deren Inhalt unbekannt ist – jeweils im letzten Drittel jedes Monats an. Waren diese regelmäßigen Kurznachrichten vielleicht Aufforderungen zur konspirativen Kontaktaufnahme mit Vertrauenspersonen des Trios? Möglich ist es. Die Ermittler haben herausgefunden, dass die Drei für vertrauliche Telefonate stets öffentliche Telefonzellen im Stadtgebiet von Zwickau nutzten.

Kontakte nach Dortmund

Neben diesen Indizien gibt es weitere Spuren, die zu möglichen Unterstützern und Mittätern in Neonaziszenen außerhalb von Sachsen und Thüringen führen. So etwa nach Dortmund. Dort wurde bereits am 25. November und am 12. Dezember 2011, also kurz nach der Selbstenttarnung des NSU, Sebastian Seemann von der Polizei befragt. Seemann, ehemaliger V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, machte dabei eine bemerkenswerte Aussage, die zu diesem frühen Zeitpunkt von Insiderwissen zeugte: Er habe Hinweise darauf, dass zwei Waffen, die man im Zwickauer Brandschutt gefunden hatte, aus Belgien stammen können, aus der dortigen „Blood&Honour"-Szene. Und zwar die bei zwei Morden der Ceska-Serie verwandte Pistole Bruni und die Pistole vom Typ TOZ TT33, mit der in Heilbronn auf den Polizisten Michael A. geschossen wurde. Die Dortmunder Polizei nahm diesen Hinweis ernst und stufte die Angaben von Sebastian Seemann als realistisch ein. Der V-Mann war schließlich bis zu seiner Enttarnung 2007 einer der führenden Neonazis in Dortmund, er gehörte einer „Combat18"-Gruppe an, organisierte „Blood & hHonour"-Konzerte und war exponiertes Mitglied der „Oidoxie Streetfighting Crew", die strategisch und politisch die gleichen Ansichten vertrat wie der NSU. Und er war ein guter Kumpel von Robin Schmiemann, mit dem sich später Beate Zschäpe aus der Haft heraus schrieb.



Foto: Recherche Nord

Zschäpes Brieffreund Robin Schmiemann (links) und C18-Anführer William Browning (rechts) beim „Tag der deutschen Zukunft" 2016 in Dortmund.

Dennoch ging die Bundesanwaltschaft dieser Spur nie ernsthaft nach. Dabei kennen die Ermittler bis heute nicht die Herkunft der beiden Tatwaffen Bruni und TOZ.

In der Frühlingsstraße fand sich darüber hinaus ein Asservat, das ebenfalls in die Dortmunder Neonaziszene weist. Dabei handelt es sich um eine Verpackung für Patronen des Typs, die für die Ceska-Morde verwandt wurden. Auf diese Verpackung hat jemand Siggi geschrieben, wobei das Doppel-g mit SS-Rune geschrieben wurde. Das soll ein Erkennungszeichen von Siegfried Borchardt sein, der seit vielen Jahren in der gesamten deutschen Neonaziszene als „SS-Siggi" eine Größe ist. Und dieser Borchardt wohnte in der gleichen Straße, wo der Laden von Mehmet Kubaşık war, der am 4. April 2006 vom NSU erschossen wurde. Auffällig am Mordanschlag auf Mehmet Kubaşık ist, dass ein Ortsunkundiger dessen Kiosk wahrscheinlich gar nicht gefunden hätte. Tatsächlich ist der Kiosk auf den Ausspähnotizen zu Dortmund, die man in der Frühlingsstraße fand, auch gar nicht eingezeichnet. Und noch etwas ist merkwürdig: Im Verkaufsraum hing eine Videokamera. Das konnte jeder sehen, der den Laden betrat. Tatsächlich aber hat diese Kamera nicht funktioniert, was man aber nur hätte wissen können, wenn man den Kiosk vorher gründlich ausgespäht hat. Die Bundesanwaltschaft behauptete in ihrer Anklage hingegen, Mundlos und Böhnhardt hätten sich spontan vor Ort entschieden, den Mord in diesem Kiosk zu begehen. Viel wahrscheinlicher ist hingegen, sie haben von Gesinnungsfreunden vor Ort einen Tipp auf diesen Laden bekommen. Dann aber wäre es nicht mehr von der Hand zu weisen, dass die rechte Szene von der Existenz und den Taten des NSU wusste. •

SCHWERPUNKT

Man ist reiner, besser, handelt immer moralisch und ist daher ehrlicher als der politische Gegner –so beschreiben sich Neonazis öffentlich selber, in Liedern, Artikeln oder andernorts. Noch dazu, auch das betonen Neonazis gern, ist man ein „treuer Kamerad“ oder eine „treue Kameradin“. Wenn sich führende Neonazis allerdings unbeobachtet fühlen, sie ungeschützt E-Mails oder Kurznachrichten schreiben, oder am Telefon offen sprechen – dann wird sofort klar, wie schwer es für führende Neonazis im Alltag ist, das Leben eines besseren oder gar eines überlegenden Menschen auch nur für eine Minute zu führen. Der unverstellte Blick zeigt schnell eine Szene voller Intrigen, in der sich die „Kameraden“ nicht selten untereinander hassen. Zudem gehören vor allem Geldprobleme zum Alltag – die lösen Neonazis regelmäßig, indem sie kriminell werden.

Der NSU und das organisierte Verbrechen

DIRK LAABS

Wie grau und brutal die Welt der Neonazis wirklich ist, zeigt ein Tonband, das beim führenden Neonazi aus Niedersachen Thorsten Heise gefunden und im Zuge der NSU-Aufklärung im Bundestag überhaupt erst gründlich bearbeitet worden ist. Die Tragweite ist jedoch zu schnell wieder in Vergessenheit geraten. Darauf ist - nach Einschätzung des BKA - Heise zu hören, wie er mit einem jungen „Kameraden“ im Auto sitzt, plötzlich stoppt und den Mann dann mit einem Komplizen unter Druck setzt. Es geht um Geld, das unbekannte Täter bei einem Neonazi-Konzert unterschlagen haben sollen. Der Zeitpunkt der Aufnahme ist unklar. Mutmaßlich fand das Gespräch statt, als die D-Mark noch Zahlungsmittel war, also vor dem Januar 2002. Möglicherweise zu einer Zeit, als die NSU-Kernmitglieder Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe abgetaucht waren und nach Waffen suchten.

Thorsten: Wo ist das Geld?
Danny: Welches Geld? …
Thorsten: Es fehlen zwanzigtausend Mark. Wir haben Einnahmen für 250 Leute. Das gehört nicht uns! Raff's ab, Mann!… Das gehört ganz andern Leuten. Raff's ab!… Zwanzigtausend Affen fehlen und nich' siebentausend… Die ham Dich sehr wohl beschissen! Zwanzigtausend Affen fehlen! Zwanzigtausend Mark, verstehste das?
Danny: Ja.
Thorsten: Wir ham noch nicht mal die Unkosten raus, Mann. …Weißte wes… was, was, was wir haben? Wir ham achttausend Mark, Mann. Und weißte wofür das Geld is? (flüstert) Was schätzte, wofür das Geld is? (lauter) Was denkst Du denn?
Danny: Für den Kampf.
Thorsten: Für den Kampf? Ja, für nen ganz besonderen Kampf. Da sind ganz andere Leute mit drin, Mann! Oder was denkst Du wo das …hingeht. Erzähl, wie (seid ihr) auf die Scheiße gekommen?
Danny: Thorsten…
Thorsten: Ich will die Wahrheit.… Du hast's nicht gewusst? …Hast Du so 'ne Angst vor den Pissern? Hast Du so 'ne Angst vor den Wichsern? Soll ich Dir sagen, wo se liegen? …Wo se sind? Mann ey! Raff's mal ab. … Nur wir ham… einen im Verdacht. Heute Abend um sechs, Alter. Ham wir heute Abend um sechs das Geld nich… legen die Euch um, ey.
Danny: Ja gut, aber das sind keine zwanzigtausend Mark.
Thorsten: (unverständlich, eventuell zum Teil: „Pistolenkauf abgeholt werden“)
Danny: Thorsten, es sind aber keine zwanzigtausend Mark.
Thorsten: (brüllt) Es sind zwanzigtausend Mark, erzähl keinen Scheiß!… Da sollten Waffen angeschafft werden, noch mehr Waffen. Wart's mal ab, Mann, da hängen ganz andere Leute drin als die … Brüder. …Was denkste denn, was wir mit dem Geld machen? Was denkste denn? Wir ham so oft…über Politik diskutiert und Du hast nie gerafft, was wir machen? Nie abgerafft, was wir machen? …Du musst mit den Leuten nicht nur saufen, sondern Dich mit den Leuten auch mal unterhalten.
Danny: … hab ich ja…
Thorsten: Wir haben reichlich, reichlich Gruppen im ganzen Bundesgebiet, wir haben reichlich Leute hier, versorgen sich reichlich mit Waffen.… Weißt Du was die Leute mit Dir machen?… Ja, es fehlen 20.000 Mark und die wollen wir haben. Du



weißt, dass Du der HNG[1] auch Geld geklaut hast, ja? Da wir der HNG spenden wollten. … Du weißt, dass Du mit dafür verantwortlich bist, dass dafür vielleicht ein Kamerad in den Knast geht. Weißt Du das? Du weiß, dass die 1.000 Mark an die HNG… an die Kameraden, die inhaftiert sind, die für ihren politische Willen schon sitzen, gehen sollte.[2]

Das Gespräch belegt gleich mehrere Punkte: Geld wird bei Neonazi-Konzerten gesammelt, um damit Waffen zu kaufen, offenbar für Gruppen, die im ganzen Bundesgebiet verteilt waren. Zudem beklauten sich die „Kameraden" untereinander. Schließlich stand offenbar aktuell ein Waffenkauf bevor.

An die Person Thorsten Heise knüpfen damit drängende Fragen an, die auch noch immer im NSU-Komplex – auch fast sieben Jahre nach der sogenannten Selbstenttarnung der Terrorgruppe – unbeantwortet sind. Woher bekommt die militante rechte Szene ihre Waffen? Wie finanziert sie Waffen? Was haben sie damit vor? Und wie vernetzt werden diese Waffen verteilt? Diese Fragen sind alle auch für den NSU relevant. Zwar stellte die Polizei Waffen in der letzten bekannten Wohnung der Kernmitglieder des NSU sicher, dazu im ausgebrannten Wohnmobil neben den toten NSU-Kernmitgliedern Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos. Insgesamt fand man 21 Waffen – vier Gewehre, eine Maschinenpistole, zwölf Pistolen, vier Revolver, darunter Schreckschusswaffen. Allerdings konnte bei den relevanten Waffen nie ermittelt werden, wie genau sie in die Hände der NSU-Mitglieder gelangt sind. Bei gleich zwei Tatwaffen hatte das BKA keine Ahnung, woher die Waffen überhaupt stammen: Mit einer dieser Waffen wurde ein Bankangestellter 2006 in Zwickau schwer verletzt, eine andere Pistole wurde unter anderem bei dem Mord an Enver Şimşek eingesetzt. Bei dieser Pistole, die beim ersten und dritten Mord gemeinsam mit der bekannten Tatwaffe Ceska 83 benutzt wurde – eine Pistole der Marke Bruni, Kaliber 6,35 mm –, kam das BKA in all den Jahren augenscheinlich nicht weiter. Es handele sich um eine umgebaute Schreckschusspistole, hielt man fest – nur: Umgebaut von wem?

Da es – wie das Heise-Tonband zeigt –, offenbar eingespielte Abläufe bei der Waffenbeschaffung in der rechte Szene gibt, könnte man annehmen, dass das BKA angesichts der mangelnden Informationen über die Tatwaffen im nächsten Schritt rechte Netzwerke und ihre Rolle bei der Waffenbeschaffung aufgehellt hätte. Das jedoch passierte nicht. Die Ermittler haben lediglich versucht mit konventionellen Mitteln herauszufinden, woher die Waffen stammen, Nummern abgefragt, eingelagerte Munitionsspuren verglichen, aber die rechte Waffenbeschaffungsstruktur an sich beleuchteten sie nicht. Man tat stattdessen so, als sei diese Struktur nicht relevant oder gar nicht existent. Zudem ist auch nicht ersichtlich, dass das BKA in diesem Zusammenhang systematisch die Schnittmenge von deutscher Organisierter Kriminalität und der Neonazi-Szene untersucht hätte, obwohl die NSU-Waffen schon aus rein logischen Gründen auch aus diesem Bereich stammen könnten. Man opferte auch diesen Ansatz der falschen Ermittlungsrichtung: Die Kernmitglieder hätten komplett isoliert gehandelt. Dieser Ansatz erklärt nun jedoch gerade nicht, woher sie, angeblich isoliert, die vielen Waffen hatten.

Und – wie so oft im NSU-Komplex – blieb es nicht bei den bloß oberflächlichen Ermittlungen, an anderer Stelle wurde sogar die Aufklärung blockiert. Dem NSU-Untersuchungsausschuss in Thüringen, der einzige Ausschuss, der bislang das Thema Organisierte Kriminalität bearbeitet – werden zentrale Akten vorenthalten. In den verantwortlichen Ministerien tut man so, als stimme das Selbstbild der Neonazis, als gäbe es eine hermetische Trennung zwischen politischen Neonazis und allen deutschstämmigen Kriminellen, die etwa in einem der vielen Rockerclubs organisiert sind. So verweigert die Thüringer Behörde die Herausgabe von Informationen, die Vertrauenspersonen der Kripo – das Äquivalent zu den V-Leuten der Verfassungsschutzbehörden – über die Waf-

fengeschäfte der kriminellen Gruppen geliefert haben. Dabei gibt es neben Sachsen gerade in Thüringen diverse Anlässe, sich diese Mischszene ganz genau anzusehen.

Die Česká, die bei neun der zehn NSU-Morde benutzt wurde, wurde ursprünglich von einem Schweizer Mann organisiert, der lange in Thüringen lebte und regelmäßig Waffen für eine Verbrecherbande aus Jena besorgt hatte. Diese Bande wurde von den Zwillingsbrüdern Ron E. und Gil E. angeführt, die beide in den 1990ern Jahren als V-Personen für das Thüringer LKA arbeiteten. Die Behörden behaupten, alle Akten in der Sache seien vernichtet worden, doch Reportern des MDR gelang es, Teile in Archiven wiederfinden.[3] Uwe Böhnhardt hatte schon als Jugendlicher Kontakt zu dieser Verbrecherbande. Gemeinsam mit einem Mann, der für die Brüder das Grobe erledigte - Enrico T. - geriet Böhnhardt im Juli 1993 unter Verdacht, an dem Mord an einem 9-jährigen Jungen beteiligt gewesen zu sein. Die Leiche des Jungen wurde in unmittelbarer Nähe zu einem Mietgaragen-Komplex in Jena gefunden. Enrico T. hatte laut Aussage einer damaligen Freundin Maschinenpistolen und Waffen der Marke Česká im selben Garagenkomplex gelagert, in dem Beate Zschäpe eine Garage für die „Kameradschaft Jena" angemietet hatte, die sogenannte „Bombenwerkstatt". Es gibt also auch eine interessante räumliche Nähe, die Ermittler viel zu lange ignoriert haben.

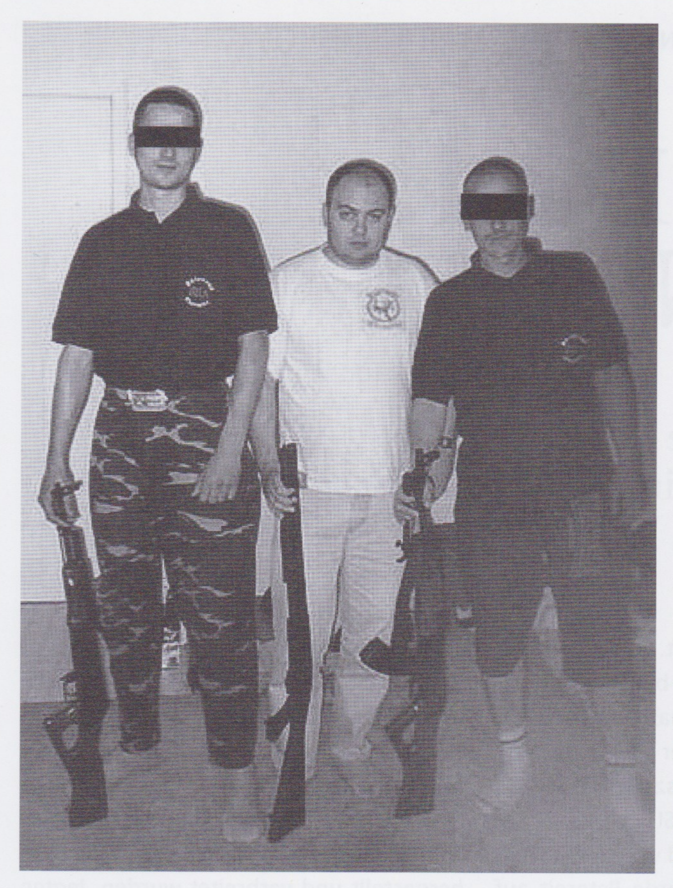
Im NSU-Prozess in München konnte man regelmäßig André Eminger dabei beobachten, wie er in einem Magazin blättert, das über die MCs, die Motorrad-Clubs berichtete. Eminger selber trug oft die auffälligen Lederkutten, hatte zeitweilig seinen eigenen Motorrad-Club. Auch Ralf Wohlleben, der im Prozess hinter ihm saß, wurde in der Nähe eines Clubheims observiert. Vor allem ehemalige „Blood & Honour"-Kader tauchen regelmäßig in diversen Motorradclubs wieder auf, manch einer machte dort Karriere. Aber nicht nur deswegen ist die Verbindung zwischen NSU und Motorrad-Clubs interessant. Die V-Person „Piatto" alias Carsten Szczepanski hatte schon 1998 über diese Verbindung berichtet. Er kam dem NSU - soweit bekannt ist - von allen V-Personen mit am nächsten. „Piatto" berichtete über ein Treffen am 3. Oktober 1998, das wesentlich von Jan Werner (der zum engeren Umfeld des NSU-Kerntrios zählt) organisiert wurde und von dem Thomas Starke (später selber Polizei-Informant) gegenüber „Piatto" berichtete: „Veranstaltungsort war eine abgelegene Gaststätte, die angeblich dem Dresdner Biker- Club ‚KLAN' gehört, von dem die Veranstalter die Räume gemietet hatten. Laut Starke sei dies auch der Grund, warum Konzerte dieser Art stattfinden dürfen.... Gesprächsweise konnte die Quelle von Werner erfahren, daß dieser immer noch auf der Suche nach Waffen für die drei flüchtigen thüringischen Neonazis ist." Allein der Name des Clubs - Klan - zeigt die ideologische Nähe zwischen Neonazis und diesen Rockern.[4]



Die Vertrauten des NSU Jan Botho Werner (oben links) und Polizeiinformant Thomas Starke (oben rechts) posieren Ende der 1990er Jahre mit weiteren bewaffneten Neonazis.

Es wäre also geboten gewesen, aufgrund dieser Information - NSU-Unterstützer suchen in Rockerclubheim nach Waffen - systematisch den Bestand beim BKA und LKA Sachsen über das organisierte deutsche Verbrechen nach Informationen zu durchsuchen, die in der Frage - woher kamen die Waffen? - hätten weiterhelfen können. Genau das ist aber nicht geschehen - jedenfalls hat man eine solche gründliche Suche nicht gegenüber den diversen Untersuchungsausschüssen oder den Prozessteilnehmern in München offengelegt. Auch hier wären etwaige Berichte oder Nachvernehmungen von Vertrauenspersonen der Polizei in dieser Szene extrem wichtig gewesen. Aber auch das ist - nach Lage der offen gelegten Akten - unterblieben. Aber wie auch an anderer Stelle im NSU-Komplex konnten die Ermittler offenbar hier nicht frei und gründlich ermitteln, weil das Skandal-Potenzial an diesem Punkt ebenfalls enorm groß ist. Gerade V-Personen im Rocker-Bereich durften auf Geheiß ihrer Führungsbeamten oft sehr weit gehen, sich etwa am Waffen-Schmuggel oder am Waffen-Handel beteiligen.[5]

Ebenfalls auffällig: Die naheliegende Spur vom NSU zu Rockerclubs wurde nie gründlich abgearbeitet. Darunter eine DNA-Spur. Die dpa berichtete schon 2012: „Eine DNA-Spur, die nach einer Schießerei vor dem Clubhaus der Bandidos in Berlin-Wedding am 5. Juli [2012] gefunden wurde, stimmt zumindest teilweise mit einer Spur aus dem letzten Versteck der Terrorzelle NSU in Zwickau überein.... Bei der Schießerei im Juli waren zwei Bandidos verletzt worden, die Täter konnten entkommen. Als Hintergrund werden Machtkämpfe mit Rockern der Hells Angels vermutet. Beamte stellten später eine Patronenhülse mit DNA-Material sicher."[6] Schnell wurde verbreitet: „Nach einer BKA-Bewertung gilt es als sehr unwahrscheinlich, dass beide Spuren vom gleichen Mann stammen. Weitere Tests sollen Gewissheit bringen." Es soll sich, so hieß es dann später, wie in anderen Fälle auch,



Thomas Starke (Mitte) zählte zu den Spitzeln im NSU-Umfeld, hier 1997 in den USA mit Chemnitzer Neonazis.

um eine verschmutzte DNA-Spur gehandelt haben. Allerdings waren vor allem die Bandidos auch in Thüringen sehr aktiv. Zudem war Beate Zschäpe von einem Zeugen - einem Anwalt - bei einem Rocker-Prozess in Erfurt gesehen worden. Aber auch diese Spur wurde nie mit vollem Einsatz aufgeklärt, man beließ es bei oberflächlichen Zeugenbefragungen. Obwohl ein Mann Beate Zschäpe in einer Rocker-Zeitschrift grüßte. Ausgerechnet ein Analyst des Bundesamtes für Verfassungsschutz fand das bemerkenswert und schrieb schon 2012: „Die persönlichen Kontakte entstanden aus hiesiger Sicht und mit sehr großer Wahrscheinlichkeit, über die ‚alten' B&H-Strukturen. Die noch immer bundesweit aktiven B&H Strukturen stellen eine räumliche Verbindung dar und können noch immer als ein tradiertes und voll funktionsfähiges Netzwerk betrachtet werden, welches der ‚Aufbauhilfe Ost` der Bandidos aus Baden-Württemberg für ihre Chapter in Thüringen den Weg ebnete. Die Tatsache, mit welcher Selbstverständlichkeit sich Beate Zschäpe in Momenten höchster Anspannung und Stresses im Gerichtsgebäude in Erfurt in der Gegenwart von Bandidos und Polizei bewegt hat, belegt, das sie Berührungsängste mit Rockern dieser Qualität zuvor abgelegt hatte und diese Art von Kontakten kultiviert worden ist. Bei vergleichbaren Prozessen zuvor kam es zu teilweise schwersten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. Wenn Beate Zschäpe genau diesen Bandidos- Anwalt in Erfurt für ihre Zwecke gewinnen wollte, so wird sie aus der Szene auf ihn ‚getippt` worden sein und war bereit dafür ein enormes Entdeckungs- und Auseinandersetzungsrisiko im Gericht einzugehen. Es ist demnach davon auszugehen, dass Beate Zschäpe über B&H an die Bandidos herangeführt worden ist und gelernt hat sich in dieser Subkultur zurecht zu finden."[7] Auch diese Spur wurde im NSU-Prozess nicht gründlich überprüft.

Im „Thüringer Heimatschutz" (THS), den die NSU-Kernmitglieder mit aufgebaut hatten, gab es diverse Neonazis, die im Laufe der Zeit schwere Straftaten begangen haben. So raubten mehrere Mitglieder des THS im Oktober 1999 einen Geldtransporter im Thüringer Pößneck aus. Sie erbeuteten 78.000 Mark und investierten die Beute, um das Bordell „Blue Velvet" zu eröffnen. Erst durch die NSU-Ermittlungen wurde diese Tat überhaupt publik. Die Täter wurden für die Tat verurteilt, darunter der Gründer des THS, Sven Rosemann. Im Zuge des Prozesses wurde deutlich, dass ein ehemaliges Mitglied einer osteuropäischen Spezialeinheit den Überfall wesentlich mit plante. Andere Mitglieder des THS gaben später zu, Frauen aus Ost-Europa nach Thüringen geschmuggelt zu haben, die sich dort prostituieren mussten. Abgesehen davon, dass auch diese Fälle zeigen, dass es mit der moralischen Überlegenheit der Thüringer „Heimatschützer" nicht weit her war, ist die Verbindung nach Ost-Europa allein deswegen interessant, weil ein Großteil der Waffen des NSU aus Polen, Tschechien und Russland stammt. Darunter die Pistole/n mit der/ denen die NSU-Mitglieder auf die Polizistin Michele Kiesewetter und ihren Kollegen geschossen haben sollen. Aber auch hier stellte man beim BKA keine Verbindung her oder entfaltete besondere oder gar erfolgreiche Ermittlungsbemühungen, indem man etwa versucht hätte, zu ermitteln, auf welchen Wegen sonst osteuropäische Waffen nach Sachsen gekommen sind oder wer etwa die üblichen Waffenschieber waren. Dass insbesondere „Blood & Honour"-Funktionäre wie Jan Werner Kurierfahrten in die Tschechische Republik etabliert hatten, hätte den Ermittlern ins Auge fallen müssen. Zudem berichtete der Polizei-Spitzel Thomas Starke 2003 über jenen Jan Werner, dass er „umfangreich mit... gestohlenen Handys... und Faustfeuerwaffen handeln" würde.

Weil man all diesen Spuren nicht gründlich folgte, ist auch nach fast sieben Jahren die Aufklärung an dieser wichtigen Stelle - NSU und organisiertes Verbrechen - nicht vorangekommen. Obwohl hier am schnellsten Ergebnisse zu erwarten wären, wenn man systematisch die vielen polizeilichen Erkenntnisse über diese Szene analysiert hätte. Aber genau dieses viele Wissen könnte das Problem sein - und eine Erklärung für die schleppende und blockierte Aufklärung in Sachen NSU und das neonazistisch-organisierte Verbrechen. •

1 Die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" (HNG) 2 Das Protokoll des Gesprächs konnte der Autor einsehen. 3 www.mdr.de/themen/nsu/nsu-waffen-polizeispitzel-102.html 4 Mehr zum Hintergrund des „Klans" oder auch - andere Schreibweise - des „Clans" u.a. bei Andrea Röpke HaGalil.com vom 02.08.2003. 5 www.spiegel.de/panorama/justiz/rockergang-satudarah-fuer-wen-arbeitete-v-mann-christian-j-a-951577.html 6 www.zeit.de/news/2012-09/23/extremismus-nsu-spuren-fuehren-ins-berliner-rocker-milieu-23150605 7 Bundesamt für Verfassungsschutz, Vermerk vom 8. Juni 2012.

SCHWERPUNKT

„Vielen Dank an den NSU…“

Der „Weisse Wolf“ und die Morde im Norden

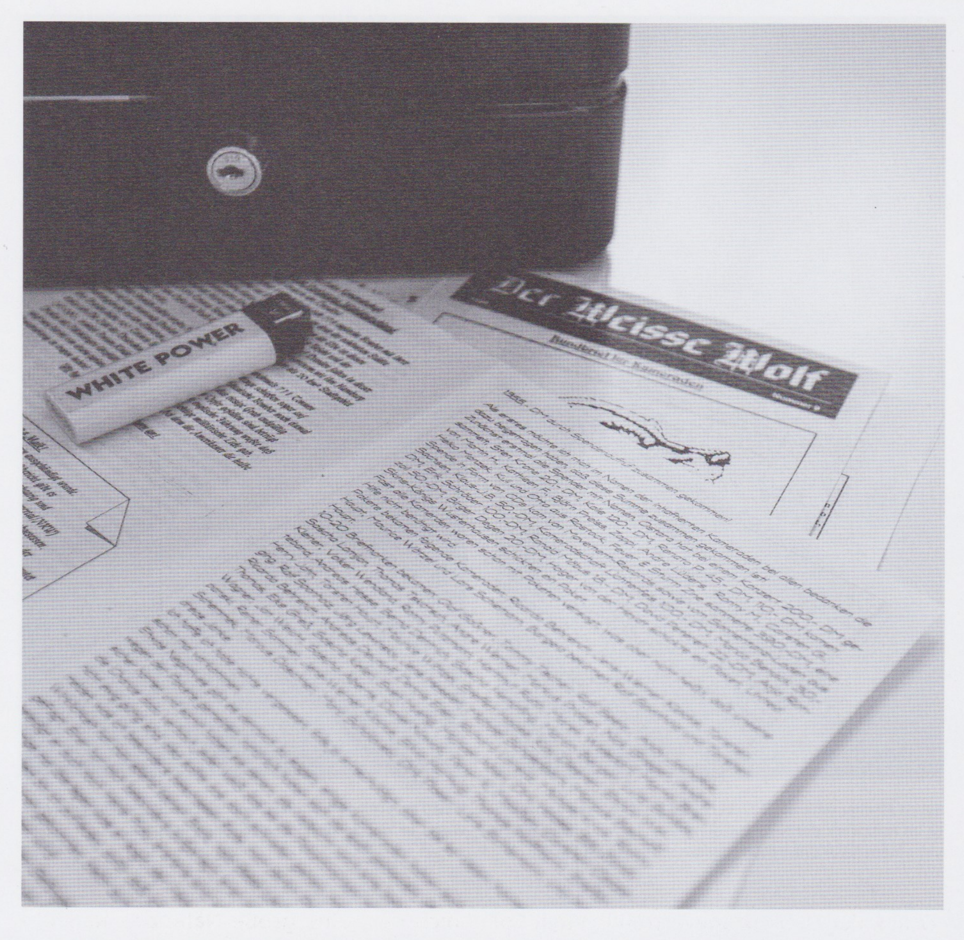
Mecklenburg-Vorpommern (MV) gilt angesichts des bisher unterlassenen ernsthaften Versuchs, den NSU-Komplex parlamentarisch aufzuklären, als ein hervorstechendes Negativbeispiel, obwohl der NSU einzig in MV sowohl einen Mord als auch zwei Banküberfälle beging. Doch trotz des Bekanntwerdens zweifelhafter Maßnahmen und Ermittlungsschritte der Behörden sperrte sich der Landtag in Schwerin bis zum Mai 2018 gegen eine ordentliche Aufarbeitung. Der frisch konstituierte Untersuchungsausschuss soll nun auch einer Reihe weiterer Spuren nachgehen, die das rechtsterroristische Netzwerk im Nordosten hinterließ. Das Fanzine „Der Weisse Wolf“, zu dessen Leserschaft auch das Kerntrio zählte, wird dabei als möglicher Impulsgeber des NSU eine gesonderte Rolle einnehmen müssen.

„Der Weisse Wolf“ rückte im März 2012 schlagartig in den Fokus der Öffentlichkeit, nachdem das „antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin“ (apabiz) auf einen Dankesgruß an den NSU aus dem Jahr 2002 hingewiesen hatte. Fett gedruckt und zwischen zwei schwarzen Balken deutlich hervorgehoben fand sich im Vorwort der 18. Ausgabe die Botschaft: „Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-) Der Kampf geht weiter…“. Hintergrund der bis dato ersten öffentlichen Nennung des rechtsterroristischen Netzwerkes war offenbar eine Spende über 2.500 Euro an die Redaktion des Fanzines. Als Verfasser und Herausgeber wird David Petereit vermutet. Während der Wohnungsdurchsuchung bei Petereit – zu jener Zeit NPD-Landtagsabgeordneter in MV und Schlüsselfigur der mecklenburgischen Kameradschaftsszene – wurde schließlich ein Brief des NSU gefunden, der gemeinsam mit dem Geld verschickt wurde. Erst im Juli 2016 wurde Petereit auf Druck der Nebenklagevertreter_innen vor dem OLG München zum Fanzine und der NSU-Spende befragt. Doch seine Zeugenvernehmung war geprägt durch auffallend große Erinnerungslücken und brachte keine neuen Erkenntnisse zu den Hintergründen der Spende und der Rolle des „Weissen Wolfes“ im NSU-Komplex. Sowohl die Bundes- als auch die Landesbehörden MV sahen offenbar keine Veranlassung für weitere Ermittlungen. Eine nähere Betrachtung der redaktionell verantwortlichen Personen fördert allerdings ein komplexes Geflecht von neonazistischen ProtagonistInnen und Strukturen mit vielfachen Verbindungen ins NSU-Netzwerk zutage.

Vom „Knastrundbrief“ zum überregional bedeutsamen Fanzine

Als „Rundbrief inhaftierter Kameraden der ‚Justizvollzugsanstalt‘ Brandenburg“ gab der in Rostock geborene Maik Fischer ab 1996 mit weiteren Neonazis, die sich in der „Knast- und Kerkergemeinschaft Brandenburg“ zusammenschlossen, erstmalig den Weissen Wolf heraus. [mehr zum ursprünglichen Autorenkreis im AIB 46 / 1.1999] Fischer hatte bereits – bevor er wegen schwerer räuberischer Erpressung in Untersuchungshaft genommen wurde – seinen Lebensmittelpunkt in das brandenburgische Königs Wusterhausen verlegt. Schon die ersten Ausgaben des „Knastrundbriefes“, welche innerhalb der JVA hergestellt und verbreitet wurden, legten nicht nur eine große Nähe des Redaktionskreises zum militanten Netzwerk von „Blood & Honour“ (B&H) nahe. Vielmehr stellte sich das Blatt über die nächsten Jahre als Sprachrohr des bewaffneten Arms von B&H „Combat 18“ auf. Vor allem Fischer verfügte spätestens seit Mitte der 1990er Jahre über gute Kontakte zu B&H-Kadern aus jenen Städten, in denen der NSU untertauchte, raubte und mordete. Die Sektionen aus Chemnitz, Hamburg und Rostock steuerten dem Heft regelmäßig Artikel bei, Namen der dazugehörigen B&H-Mitglieder tauchten immer wieder in den Grußbotschaften auf. Zweifelsohne gilt Fischer als ein Bindeglied zwischen diesen Städten – mit dem „Weissen Wolf“ gab er den lokalen Strukturen eine gemeinsame Plattform, die bereits für sich betrachtet eine gesonderte Rolle im NSU-Komplex einnehmen.

Durch die Beteiligung von Sylvia Endres (Fischers späterer Ehefrau) an der Produktion des Weissen Wolfes gewann die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) ab 1997 deutlich an Platz im „Knastrundbrief“. Über die Arbeit in der HNG, wo sie



zwischenzeitlich als Bundesvorsitzende gehandelt wurde, ergaben sich für Endres zahlreiche Kontakte ins NSU-Netzwerk. Unter anderem „betreute“ sie gemeinsam mit Uwe Mundlos den Neonazi Norbert P., als dieser seine Haftstrafe in der JVA Cottbus absaß. Mundlos, Endres und P. initiierten mit weiteren Neonazis, die ebenfalls im HNG-Kontext in Erscheinung traten, 1997 das „Nationalpolitische Forum / Vereinigte Rechte“ (NPF) als eine „Sammlungsbewegung“, in der das militant-rechte Spektrum geeint und ohne innere Spaltungen aufgehen sollte. Am Aufbau des NPF war auch Mundlos‘ guter Freund, der in Chemnitz wohnhafte Torsten Sch. beteiligt, der ebenfalls für den „Weissen Wolf“ schrieb. Auch nach dem Abtauchen des Kerntrios sind bei Endres enge Verbindungen in den unmittelbaren Unterstützungskreis des NSU belegt. 1998 traf sie sich unter anderem mit den UnterstützerInnen der ersten Stunde, Mandy Struck und Thomas Starke, um wiederum die Knastarbeit zu koordinieren. Aber auch mit dem im mecklenburgischen Goldenbow lebenden Hans Günther Eisenecker verband sie eine „herzliche Freundschaft“, wie sie in einem von ihr verfassten und in der 20. Ausgabe des „Weissen Wolfes“ veröffentlichten Nachruf auf den HNG-Anwalt preisgab. Eisenecker selbst gilt als mutmaßliche Kontaktperson zum NSU-Kerntrio in MV, da er 1999 versuchte, die anwaltliche Vertretung für die bereits abgetauchte Beate Zschäpe zu übernehmen.

Wie und über welchen Weg der mehr als zehn Jahre jüngere Petereit in die Redaktionstätigkeiten des „Weissen Wolfes“ eingebunden wurde, konnte bisher nicht zweifelsfrei geklärt werden. Mutmaßlich über die HNG als Sammelbecken militanter Neonazis kam der damals in Neustrelitz wohnende Petereit Mitte der 1990er Jahre mit Endres in Kontakt. Denkbar ist jedoch auch eine Verbindung über die B&H-Seilschaften Maik Fischers in den Nordosten. In einem Interview mit der Hammerskin-Band „Deutsch, Stolz, Treue“ verrät Petereit im „Weissen Wolf“, dass er „(s)chon früh begann (...) an dem Heft mitzuarbeiten“. Ein erster Beleg für die inhaltliche Mitwirkung Neustrelitzer Neonazis – und möglicherweise Petereits – lässt sich tatsächlich bereits in der vierten Ausgabe des „Weissen Wolfes“ von 1997 finden, in der sich „F und D aus Neustrelitz“ für den Artikel „Für Deutschland?“ verantwortlich zeichnen.

Stärker in den Vordergrund rückten in dieser Ausgabe jedoch noch andere AkteurInnen im Nordosten, die dem „Weissen Wolf“ ebenfalls in den Folgejahren erhalten blieben. Vor allem Martin H. und Kathleen F. aus Rostock spielten innerhalb des „Weissen Wolfes“ bereits früh eine exponierte Rolle. Kathleen F., die Schwester des „Knastrundbrief“-Gründers, zeigte sich unter anderem am Ende der vierten Ausgabe mit einer Grußliste bei einer Reihe von KameradInnen erkenntlich und fand sich damit im Reigen der festen Redaktionsmitglieder des „Weissen Wolfes“ wieder. Wenige Seiten zuvor hielt „M. H. aus Rostock“ – bei dem es sich mit großer Sicherheit um den benannten Martin H. handelt – ein Plädoyer für eine intensivere Feindaufklärung. Namen, Autokennzeichen und Wohnadressen politischer Gegner_innen sollten demnach zentral gesammelt werden, um „mit braunen Batalionen“ (sic) den Kampf aufzunehmen. Martin H. gehörte zur Kameradschaft „Aktionsgruppe Festungsstadt Rostock“, die als lokaler Ableger des „Bündnis Rechts“ vom damaligen Hamburger Christian Worch galt.

Petereit baute 1999 aller Wahrscheinlichkeit nach unter dem Pseudonym „Eihwaz“ die Internetpräsenz des „Weissen Wolfes“ auf. Im selben Jahr taucht er zudem in der neunten Ausgabe erstmalig mit vollem Namen auf – gemeinsam auf einer Spendenliste mit auffällig vielen B&H-AktivistInnen aus Rostock. Spätestens ab diesem Zeitpunkt gehörten Berichte, Artikel und Grußbotschaften von und an ProtagonistInnen der B&H-Sektionen aus MV zum unübersehbaren Repertoire des „Weissen Wolfes“. Im Jahr darauf folgte schließlich eine strukturelle Veränderung des Heftes. Fischer kündigte in der 13. Ausgabe „einen jungen Kameraden“ an, der die Redaktion künftig übernehmen wird – Der „Weisse Wolf“ ist von nun an über eine Postfachadresse in Neustrelitz erreichbar. Die Nutzung des Pseudonyms „Eihwaz“ sowie die neue Kontaktadresse deuten darauf hin, dass Petereit somit bereits zwei Jahre vor

Erhalt der NSU-Spende die Verantwortung für das Fanzine innehatte.

Der Verfassungsschutz – nah dran, aber von nichts gewusst

Ob innerhalb oder außerhalb der Gefängnismauern, ob in Brandenburg oder MV – die Behörden, allen voran der VS, verfolgten aufmerksam nahezu alle Entwicklungsschritte des „Weissen Wolfes“. So berichtete der Mitgefangene und gute Bekannte Maik Fischers, Carsten Szczepanski („Piatto“), seinen V-Mann-Führern beim brandenburgischen VS von der Entstehung bis zur Übergabe des „Weissen Wolfes“ nach MV regelmäßig über die Publikation. In den Folgejahren waren zumindest auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als auch der Landesverfassungsschutz MV mit dem Fanzine beschäftigt. Als Petereit für den Aufbau der Onlinepräsenz des „Weissen Wolfes“ nach „szeneeigenen“ Servern Ausschau hielt, fand er schließlich im Süden Sachsen-Anhalts Hilfe. Über seinen engen Vertrauten Enrico Marx lernte er in Rietnordhausen den BfV-Spitzel Thomas Richter („Corelli“) kennen, der Petereit – wohl im Auftrag seiner V-Mann-Führer – Speicherplatz auf seinem Server oikrach.com zur Verfügung stellte.

Im Frühjahr 2002 erreichte das BfV über den bundesweiten Verfassungsschutzverbund auch die Meldung über eine beachtlich hohe Geldspende an den „Weissen Wolf“, woraufhin sich das Bundesamt die folgende Ausgabe mit dem Dankesgruß an den NSU durch „Corelli“ besorgen ließ. Doch keiner der insgesamt dreizehn mit der Auswertung betrauten Mitarbeiter_innen will die Spende mit dem fett gedruckten Dankesgruß aus der 18. Ausgabe in Verbindung gebracht haben. Überprüfen lässt sich diese (Schutz-)Behauptung allerdings nicht, da das entsprechende Exemplar, in dem mögliche Kommentare und Vermerke zu finden wären, seit 2012 nicht mehr im Amt auffindbar ist.

Der Landesverfassungsschutz MV, der durch seine V-Person im Umfeld der Redaktion ursprünglich über die NSU-Spende informiert wurde, gibt sich seit der Selbstenttarnung des Terrornetzwerkes dagegen völlig unwissend. Das zuständige Innenministerium vertritt bis heute vehement den Standpunkt, dass diese Ausgabe des Fanzines nicht vorlag und somit auch keine Auswertung vorgenommen werden konnte. Dass dem Landesverfassungsschutz die Ausgabe nicht vorgelegen haben soll, erscheint jedoch äußerst unglaubwürdig. Denn einerseits galt das Fanzine bereits 2002 als überregional bedeutsames und durchaus langlebiges Sprachrohr im Bereich des militanten Neonazismus, womit die Schlapphüte unabhängig der Quellenmeldung zu den Abonnent_innen des Fanzines gehört haben dürften. Andererseits ist davon auszugehen, dass die Information über eine Geldspende von 2.500 Euro innerhalb einer überwiegend klammen Neonaziszene ein gesteigertes Interesse an Absender, Empfänger sowie der Herkunft dieser Bargeldmenge seitens des Verfassungsschutzes hervorrufen müsste. Die Skepsis an den Aussagen des Innenministeriums MV wird zudem durch die Aussage des ehemaligen BfV-Präsidenten Heinz Fromm bestärkt, der vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestages einräumte: „Das ist sowohl in Mecklenburg-Vorpommern ausgewertet worden und auch im BfV.“ Es scheint somit deutlich plausibler, dass der Verfassungsschutz spätestens seit 2002 Kenntnis von einer Gruppierung mit dem Kürzel NSU hatte, die über große Bargeldsummen verfügt. Jegliche Dementi reihen sich dagegen mutmaßlich in die ungebrochene Strategie des Verschleierns und Vertuschens ein, mit der die Behörden die Aufarbeitung des NSU-Komplexes seit November 2011 untergraben.

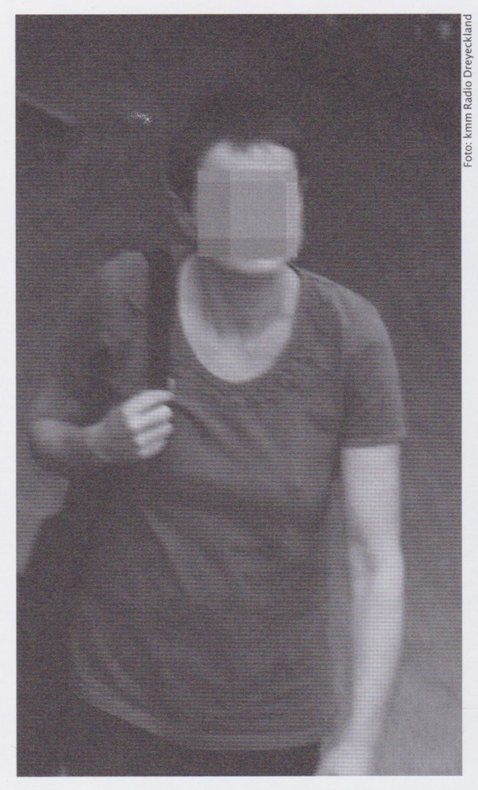
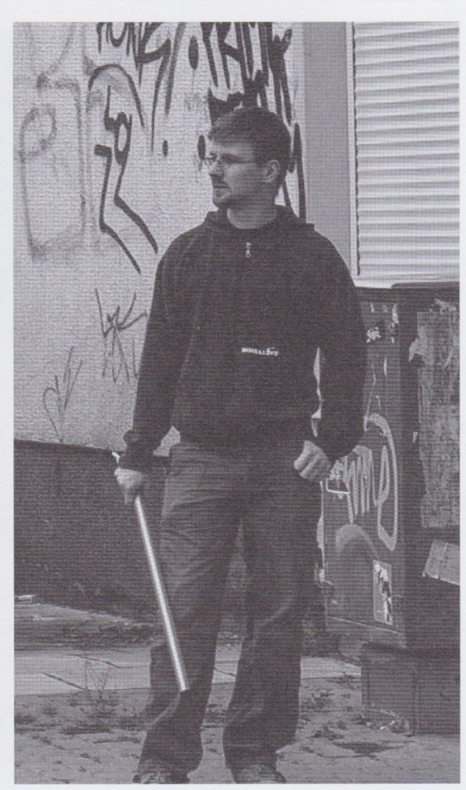


Foto: kmm Radio Dreyeckland

Sylvia Fischer (ehem. HNG) verfügte über diverse Kontakte im Netzwerk der NSU-Unterstützer-Szene. Hier 2017 vor einem NSU-Untersuchungsausschuss in Stuttgart.



David Petereit von der NPD war zeitweilig Herausgeber von „Der Weisse Wolf“. Hier 2007 in Rostock.

Der „Weisse Wolf“ und die Morde im norddeutschen Raum

Dass der „Weisse Wolf“ keine unbedeutende Rolle im NSU-Komplex einnimmt, wird nicht erst durch die beachtliche Geldzuwendung an die Redaktion oder mit Blick auf die enge Verzahnung der mitwirkenden (HNG- und B&H-)Strukturen deutlich, aus denen sich eine Vielzahl der NSU-UnterstützerInnen rekrutierte. Der NSU wagte mit dem Verschicken des sogenannten Spendenbriefs nach bis dato vier Morden und zwei Bombenanschlägen den Schritt in die Öffentlichkeit. Das rechtsterroristische Netzwerk machte sich damit be-



Der mittlerweile verstorbene Rechtsanwalt Eisenecker (rechts) galt als mutmaßliche Kontaktperson zum NSU. Hier 1998 in Rostock.

kannt, um so für weitere UnterstützerInnen zu werben. Im „Weissen Wolf" sah man hierfür offenbar einen geeigneten Multiplikator. In groß geschriebenen Lettern heißt es zum Abschluss des Spendenbriefes:

„DER NSU WIRD NIEMALS DURCH EINE KONTAKTADRESSE ODER NUMMER ERREICHBAR SEIN, WAS ABER NICHT BEDEUTET DAS ER UNERREICHBAR IST. INTERNET, ZEITUNGEN UND ZINE'S SIND GUTE INFORMATIONSQUELLEN – AUCH FÜR DEN NSU."

Das vermeintlich abgeschottete Terror-Trio eröffnete den KameradInnen hiermit zumindest eine indirekte Kontaktaufnahme über das Internet und Fanzines. Doch offenbar nutzte auch der NSU die verschiedenen Quellen für sich und seine Zwecke. Einige Indizien sprechen dafür, dass der „Weisse Wolf" als Art Impulsgeber der NSU-Morde im norddeutschen Raum – dem Verbreitungsgebiet des Fanzines – betrachtet werden kann.

In kurzem zeitlichen Abstand zum Erscheinen der 16. Ausgabe des Fanzines wird am 27. Juni 2001 Süleyman Taşköprü in Hamburg-Bahrenfeld an der Grenze zu Altona ermordet. Abgedruckt ist in dieser Ausgabe ein rassistisch aufgeladener Artikel aus dem Hamburger Abendblatt, in dem über migrantisch geprägte „Parallelwelten" in der Hansestadt, u.a. im Stadtteil Altona, fabuliert wird.

Mit dem Mord an Mehmet Turgut in Rostock am 25. Februar 2004 wichen die RechtsterroristInnen auffallend von ihrem üblichen Muster der Tatort- und Tatzeitauswahl ab. Während neun der zehn Morde jeweils zwischen April und September im „westdeutschen Kampfgebiet" begangen wurden, schlug der NSU nur ein einziges Mal in einer ostdeutschen Stadt und in einem Wintermonat zu. Bemerkenswert scheinen in diesem Zusammenhang im Fanzine abgedruckte Berichte und Beileidsbekundungen, die sich auf die Tötung des 17-jährigen André F. aus Rostock beziehen. Der Neonazi und Bruder des „Knastrundbrief"-Gründers Maik Fischer erlag am 20. Februar 1999 seinen Stichverletzungen, die er sich während einer Auseinandersetzung zuzog – fast auf den Tag genau fünf Jahre später ermordeten die RechtsterroristInnen Mehmet Turgut in Rostock.

Auch wenn es bislang keinen Beleg für einen Zusammenhang zwischen den Inhalten des „Weissen Wolfes" und den NSU-Morden im norddeutschen Raum gibt, ist dies ein möglicher Ansatzpunkt, um der Frage nachzugehen, wie der NSU seine Tatorte auswählte. Vor dem Abtauchen des Kerntrios – und möglicherweise darüber hinaus –, gehörten die RechtsterroristInnen immerhin zur Leserschaft der Publikation. Polizist_innen fanden im Januar 1998 zwei Ausgaben des „Weissen Wolfes" in der zur Bombenwerkstatt umfunktionierten Garage in Jena. Bevor die Geldspende des NSU in der Redaktion des „Weissen Wolfes" einging, bat Petereit in der 17. Ausgabe um finanzielle Unterstützung des Fanzines. In der darauffolgenden Veröffentlichung dankte er dem NSU.

In der Causa „Weisser Wolf" verdichtet sich somit ein – für den NSU-Komplex charakteristisches – Geflecht aus vorgegebener Unwissenheit des Verfassungsschutzes, militant-neonazistischen Strukturen und Schlüsselfiguren mit Nähe zum rechtsterroristischen NSU-Netzwerk bis hin zu möglichen Verbindungen des Fanzines in die rassistische Mordserie. Der kürzlich eingesetzte Untersuchungsausschuss wird unter anderem die Hintergründe der NSU-Geldspende intensiv und kleinteilig aufarbeiten müssen, wenn MV seinen Anteil an der Aufklärung des NSU-Komplexes leisten will. •

SCHWERPUNKT

Kritische Begleitung

CARO KELLER FÜR NSU-WATCH

Am 11. Juli 2018 verließ der im ersten NSU-Prozess angeklagte André Eminger nach fast einem Jahr Untersuchungshaft unter dem Applaus seiner Kameraden das Gerichtsgebäude in der Nymphenburger Straße in München auf freiem Fuß. Eine Woche später konnte auch sein Mitangeklagter Ralf Wohlleben unter Auflagen das Gefängnis verlassen. Zwei überzeugte Neonazis und vorläufig verurteilte Rechtsterroristen kehrten in ihren Alltag zurück, in dem sie als Helden der Szene gefeiert werden.

Der 11. Juli 2018 war der lang herbeigesehnte Tag der Urteilsverkündung im ersten NSU-Prozess und seit diesen Szenen verbinden viele mit diesem Datum die Frage: War es das wert? War die viele Arbeit sinnvoll?

Wir, NSU-Watch, waren jeden Tag im Saal A101 und haben alles mitgeschrieben, denn ein offizielles Protokoll gab es nicht. Wir werden die Worte und Geschichten der Angehörigen der Mordopfer des NSU und der Überlebenden nie vergessen, die immer wieder die Kraft fanden, im Prozess ihren Schmerz, ihre Geschichten aber auch ihre Hoffnungen auf Aufklärung und Gerechtigkeit zu teilen. Wir hörten, wie Vertreter*innen der Nebenklage unermüdlich immer neue Fakten zu Tage und mittels Beweisanträgen in den Prozess förderten. Anfangs war dies noch erfolgreich, doch in den letzten Jahren wurden diese Anträge überwiegend vom Senat abgelehnt. Dennoch war damit das Wissen in der Welt.

Wir sahen die andere Seite, die Neonazis und Vertreter*innen der Verfassungsschutzämter, lügen und sich in Erinnerungslücken flüchten.

Von dieser Beweisaufnahme im ersten NSU-Prozess, die trotz aller Schwierigkeiten die Dimensionen des NSU-Komplexes umriss, blieb in der Urteilsbegründung nichts übrig. Keine Worte für die Angehörigen und Überlebenden, kein großes Unterstützungsnetzwerk, keine Erwähnung der Mitschuld der Sicherheitsbehörden, keine Anmerkungen zur gesellschaftlichen Dimension oder gar zum Rassismus, der den NSU erst ermöglichte.

Als sich unser bundesweites antifaschistisches Bündnis 2012 den Namen NSU-Watch gab, hatten schon Monate lang Antifaschist*innen in unterschiedlichen Konstellationen ihre Archive und Erinnerungen durchkämmt, um Informationen zu dem zu sammeln, was im November 2011 bekannt wurde. Mit zwei toten Neonazis im Wohnmobil waren die alten, von manchen Antifaschist*innen nie vergessenen, Namen wieder da: Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe. Und mit ihnen die in den 1990ern ausrecherchierten Strukturen, der „Thüringer Heimatschutz“ mit seinen bundesweiten und internationalen Verbindungen. All dies ließ sich mit den Fotos und Recherchen nachweisen. In den alten Neonazi-Fanzines ließ sich zudem nachlesen, was der NSU umgesetzt hatte: Die rechten Terrorkonzepte.

Gleichzeitig und angesichts des vielen Materials, das innerhalb weniger Monate zusammengestellt werden konnte, wurde aber auch klar: Trotz all dem hatten Antifaschist*innen den NSU vor 2011 nicht wahrgenommen. Wir konnten den Neoazis bei ihrer Mord- und Anschlagsserie nicht in den Arm fallen.

Das ist die Rolle, die die antifaschistische Linke im NSU-Komplex einnimmt. Wir haben die Angehörigen und Überlebenden nicht gehört, als sie öffentlich auf ein mögliches rechtes Motiv der Morde und Anschläge hinwiesen, 2006 sogar mit zwei Demonstrationen in Kassel und in Dortmund mit mehreren Tausend Menschen. Wir haben den Familien der Ermordeten nicht beigestanden, als die Polizei rassistisch gegen sie ermittelte und gemeinsam mit den Medien rassistische Stories über ihre ermordeten Verwandten erfanden.

All das ist Grund und Motivation, über ein erstes Aufarbeiten hinaus die Aufklärung des NSU-Komplexes als Antifaschist*innen kritisch zu begleiten. Konkret hieß und heißt das, dass Aktivist*innen von NSU-Watch landauf- landab in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und eben in dem Prozess in München auf den Plätzen für die Öffentlichkeit sitzen und mitschreiben. Das Mitgeschriebene wird in Protokolle, Berichte und Zusammenfassungen verwandelt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Da wir uns aber nicht als reine Beobachter*innen, sondern als Akteur*innen in der Aufklärung des NSU-Komplexes verstehen, dürfen eigene Analysen und Interventionen nicht zu kurz kommen. All dies bedeutet viel Arbeit in den Landesprojekten von NSU-Watch und der Bundesstruktur, die immer wieder unterschätzt wurde.

Sich so nah an die staatliche Aufklärung des NSU-Komplexes heranzuwagen wurde häufig von außerhalb unseres Bündnisses kritisiert und auch von uns stets kritisch im Hinterkopf behalten. Spielt doch der Staat mit Polizei und den Verfassungsschutzämtern eine eigene Rolle bei der Hervorbringung des NSU und seinem Unentdecktbleiben. Wie sollten staatliche Stellen hier für Aufklärung sorgen? Wäre



Foto: kubia, P7115014, (CC BY-NC 2.0) flickr.com

es nicht besser, da einfach von außerhalb zu kritisieren? All die Fakten und Puzzlestücke, die wir ohne diese Beobachtung einfach verpasst hätten, überzeugen uns vom Gegenteil.

Wer sich am NSU-Komplex abarbeitet, muss trotzdem auch immer wieder ohnmächtig zusehen, wie all diese Gremien und mit ihnen die Gesellschaft keine folgerichtigen Schlüsse aus ihren Ergebnissen ziehen. Der Verfassungsschutz wurde nicht aufgelöst, sondern mit mehr Mitteln ausgestattet. Spätestens seit 2013 erleben wir einen Rechtsruck der Gesellschaft, der mit einer Abschaffung der Bedingungen, die den NSU hervorbrachten, nicht möglich gewesen wäre. Bis heute werden Betroffene von Rassismus und rechtem Terror nicht als Hauptzeug*innen des Geschehenen gehört und ernst genommen. Vielmehr interessiert sich das Publikum für die Gefühle der Täter*innen, allen voran von Beate Zschäpe. Doch all dies war bei einer deutschen Aufarbeitung von rechtem Terror natürlich erwartbar.

Die Nebenklage im NSU-Prozess, Journalist*innen, engagierte Abgeordnete, Aktivist*innen, Antifaschist*innen, NSU-Watch – wir alle haben über die letzten sieben Jahre ein Wissen über den NSU-Komplex, über Neonazis, rechten Terror, Rassismus, die Polizei, den Verfassungsschutz und nicht zuletzt die deutsche Gesellschaft erarbeitet und errungen, das auch ein niederschmetterndes Urteil im NSU-Prozess nicht zunichte machen kann.

Dieses Wissen zeigt auf die (antifaschistischen) Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten. Der gesellschaftliche Rechtsruck bringt rechten Terror mit sich. Nicht nur beim OEZ-Attentat in München wurde er bereits Realität. Es ist nicht erkennbar, dass gesellschaftlich wirklich aus dem NSU-Komplex gelernt wurde. Der Verfassungsschutz gilt den Medien wieder als verlässliche Quelle zur extremen Rechten und spielt die Gefahr rechten Terrors regelmäßig herunter. Von der mutmaßlichen Finanzierung der Neonaziszene durch die ununterbrochene Führung von V-Leuten ganz zu schweigen. Die Polizei erkennt rechte Anschläge und rechten Terror selbst mit „Bekennerschmierereien“ und Hitlergruß nicht. Rassistische Übergriffe und Hetze kommen aus allen Ecken der Gesellschaft.

Wer sich mit dem NSU-Komplex ernsthaft auseinandersetzt hat diese Dynamik, dieses gesellschaftliche Zusammenspiel, das zum rechten Terror dazu gehört, klar vor Augen. Dieses Wissen muss eine weitere Verbreitung finden zusammen mit der Forderung, dass dies aufhören muss. Dabei können wir als Antifaschist*innen eines mit Sicherheit tun: Die eigene Rolle beim gesellschaftlichen Mittun am rechten Terror ändern. Wir wissen, wie rechter Terror funktioniert, und wie ernst diese Bedrohung zu nehmen ist. Wir nehmen die eigenen Analysen ernster und versuchen mit unseren Recherchen, aufzudecken, was passiert ist und was geplant ist. Die große Veröffentlichung zu „Combat18“ durch antifaschistische Gruppen vor kurzem zeigt, dass dies möglich ist. Wir hören Betroffenen und Überlebenden von rechten Anschlägen zu und unterstützen sie, anstatt sie allein zu lassen. Dass dies einen großen Unterschied macht, zeigt uns die Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektas seit 2012.

Das Urteil im ersten NSU-Prozess ist unbestreitbar ein Zeichen in die Neonazi-Szene, dass rechter Terror möglich ist und weitestgehend ungestraft bleibt. Doch wir vergessen die Beteiligten nicht, wir werden weiterhin alles daran setzen, die Namen aller Neonazis des Unterstützungsnetzwerks herauszufinden. Die Straf- und Konsequenzlosigkeit ist und bleibt ein fatales Zeichen, aber ein neuer NSU ist kein unabwendbares Schicksal. Da werden wir als Antifaschist*innen dieses Mal mitzureden haben. •

SCHWERPUNKT

Der Münchner Staatsschutzsenat liefert sein Urteil

RA ALEXANDER HOFFMANN / NSU-NEBENKLAGE

Am Ende ging dann doch alles viel schneller als gedacht: Nicht mal den ganzen 438. Verhandlungstag benötigte der Vorsitzende Richter des 6. Staatsschutzsenats des Oberlandesgerichts München, Manfred Götzl, um am 11. Juli 2018, nach mehr als fünf Jahren Hauptverhandlung, nun das Urteil zu verkünden.

Das Gericht verurteilte Beate Zschäpe wegen aller angeklagten Morde, versuchten Morde, Anschläge und Raubdelikte zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe und stellte die besondere Schwere der Schuld fest, sodass eine vorzeitige Haftentlassung nach 15 Jahren nicht möglich ist. Interessant, aber aus der mündlichen Urteilsbegründung heraus nicht richtig nachvollziehbar, war der Umstand, dass die Verurteilung für einen Teil der Straftaten in Tateinheit mit der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung erfolgte, für andere aber nicht, ohne dass so recht klar wurde, an welchem Punkt Zschäpes Mitgliedschaft festgemacht wurde. Dies wird erst die schriftliche Urteilsbegründung deutlich machen. André Eminger wurde, zur Überraschung der meisten Beobachter_innen und im Widerspruch zur Begründung des Ende letzten Jahres vom Gericht gegen ihn erlassenen Haftbefehls, lediglich wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und unter Freispruch im Übrigen zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Der Haftbefehl gegen Eminger wurde aufgehoben. Holger Gerlach wurde, ebenfalls wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt.

Auch für Ralf Wohlleben fiel die Strafe niedriger aus, als von vielen erhofft und erwartet. Die von ihm begangene Beihilfe zu neun Morden hält das OLG München mit einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren für angemessen bestraft. Der Haftbefehl gegen Wohlleben wurde allerdings erst nach ein paar Tagen „Anstandsfrist" aufgehoben. Für die selbe Tat, nämlich die Beschaffung der Ceska, wurde der Angeklagte Carsten Schulze unter Anwendung von Jugendrecht zu einer Jugendstrafe von 3 Jahren verurteilt.

Der Urteilsspruch und die Begründung hinterließen viele Beobachter_innen einigermaßen ratlos. Insbesondere die im Gerichtssaal anwesenden Mitglieder der Familie Yozgat, Şimşek, Kubaşik, Boulgarides, Turgut, Taşköprü und die Nebenkläger aus der Kölner Keupstraße waren nicht nur über die Tatsache empört, dass der Angeklagte Eminger nach der Verkündung des Urteils als freier Mann das Gericht verließ und seine Neonazifreunde im Publikum das Urteil lautstark feiern konnten, sondern vor allem darüber, dass der Vorsitzende einmal mehr keinerlei empathische Geste gegenüber den Tatopfern und ihren Angehörigen zeigte. Im Gegenteil: Götzl wirkte, als wolle er seinen Text so schnell wie irgendwie möglich absetzen, als wäre es ihm egal, ob jemand wirklich versteht, was er erzählt. Darüber hinaus wandte sich das Urteil an keiner Stelle an die Opfer oder deren Angehörige.

Triothese durchgedrückt

Das Urteil verfolgt konsequent die mit dem Eröffnungsbeschluss eingeschlagene Linie, nach der zwar die Beweisaufnahme an einigen Stellen gegenüber der Anklage weiter gefasst wurde, im Kern aber die Grundthese des Generalbundesanwalts (GBA) bestätigt werden sollte, nach der der NSU lediglich eine isolierte Gruppe war, bestehend aus drei Personen und nur wenigen UnterstützerInnen. Mit der Eröffnung des Hauptverfahrens hatte der Senat dem GBA immerhin deutlich widersprochen, indem er den Anklagepunkt, in dem Zschäpe wegen der Splitterbombe in der Kölner Keupstraße 22-facher versuchter Mord vorgeworfen wurde, auf Antrag der Nebenklage auf 32 Fälle erweiterte. In der laufenden Hauptverhandlung hatte der Senat, auch wegen des starken Drucks der Nebenklage, die Beweisaufnahme auf V-Männer ausgedehnt und die Unterstützerszene in Chemnitz, das „Blood & Honour"-Netzwerk, ins Auge genommen. Dieses Abweichen von der Anklage konnte aber zu keinem Zeitpunkt verschleiern, dass der Senat im Kern die „Drei-Einzeltä-



Foto: Rasande Tyskar, „kein schlussstrich" demonstration Hamburg (CC BY-NC 2.0) flickr.com

ter-These" des GBA teilte, jedes Mitverschulden staatlicher Stelle leugnete und in Bezug auf diese Fragen keinerlei Aufklärungsinteresse zeigte. Im Gegenteil: Anträge der Nebenklage zur Frage, warum Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe nicht frühzeitig vor Begehung der meisten Straftaten festgenommen wurden, lehnte der Senat mit abstrusen Begründungen ab. Selbst wenn es frühzeitig einen Festnahmeversuch gegeben hätte, sei ja nicht sicher, ob die drei nicht hätten fliehen können. Aus diesem Grunde sei ein Verschulden von Polizei und Verfassungsschutz an den später begangenen Straftaten auszuschließen. Damit war frühzeitig klar, dass der Senat die staatlichen Behörden auf jeden Fall von jeglicher Verantwortung freihalten würde. Anträge auf Vernehmungen von Zeugen aus Zwickau, die einen Kontakt und möglicherweise eine Zusammenarbeit der drei mit dem V-Mann Marschner[1] hätten bezeugen können, wurden ebenfalls abgelehnt. Es sei nicht erkennbar, dass sich aus dieser Beweisaufnahme Informationen gewinnen lassen würden, die für die Verurteilung der Angeklagten relevant wären. Die Beteiligung eines weiteren V-Mannes wäre aus Sicht des Gerichts also unerheblich. Auch in Bezug auf den Verfassungsschutz war danach von diesem Gericht keine Kritik zu erwarten.

Hoffnung darauf, dass das Gericht diesen Kurs zumindest teilweise verlässt, hatte noch die Verkündung des Haftbefehls nach dem Plädoyer des Bundesanwalts im letzten Herbst geweckt. Dieser hatte zum ersten mal im gesamten Prozess auf die Ideologie der Angeklagten abgestellt, hatte die auf Drängen der Nebenklage eingeführten Fanzines der Brüder Eminger angesprochen, in denen offen zum Aufbau von bewaffneten Zellen im Rahmen des „führerlosen Widerstandes" und zum „heiligen Rassenkrieg" aufgerufen wird. Es sei nicht vorstellbar, dass Eminger – der Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt 1998 kennengelernt hatte – solche politisch-ideologischen Positionen vertrete, gleichzeitig im Alltag beständig mit den dreien zu tun hatte und nichts von deren Aktivitäten mitbekommen habe. Im Gegenteil: Seine Hilfeleistung durch Überlassung seines Führerscheins bzw. durch das Anmieten von Fahrzeugen, Hilfe im Alltag, das zur Verfügungstellen von Bahncards und vieles mehr lasse den Schluss zu, dass er dies getan hat, um diese Taten zu unterstützen und sich selbst aktiv am „Rassekrieg" des NSU zu beteiligen. Das Gericht hatte daraufhin Eminger in Untersuchungshaft genommen. Dieser hatte zuvor brav vier Jahre lang am Prozess teilgenommen, sodass Fluchtgefahr eigentlich nur angenommen werden konnte, wenn tatsächlich eine hohe Strafe im Raum stand. Die Beweiserhebung zu den Eminger vorgeworfenen Taten lag auch bereits zwei Jahre zurück. Es hatte sich seit dem nichts Neues ergeben, das den Tatverdacht hätte verstärken können. Sollte das Gericht zu diesem Zeitpunkt in Erwägung gezogen haben, Eminger auch wegen Beihilfe zu den zwei mit seiner Hilfe durchgeführten Banküberfällen und dem Bombenanschlag auf den Laden in der Kölner Probsteigasse zu verurteilen, wäre der Erlass des Haftbefehls nachvollziehbar.

Allerdings zeigten die Reaktionen der Öffentlichkeit und Medien auf die Inhaftierung Emingers schnell, dass eine solche Verurteilung Emingers die Botschaft des gesamten Urteils verändern würde: Schnell wurde von Eminger als viertem Mitglied des NSU gesprochen. Damit wurde deutlich, dass sich die Mär von der isolierten Gruppe so kaum aufrecht erhalten lassen würde. Eminger wurde mit großer Wahrscheinlichkeit nur für die zur Verfügungstellung der beiden Bahncards verur-



Foto: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag (CC BY-NC 2.0) flickr.com

teilt, damit nicht das Bild eines NSU mit mehr als vier Mitgliedern seinen Weg ins Urteil findet.

Die Begründung für den teilweisen Freispruch Emingers, insbesondere für die Beihilfe zu den beiden Banküberfällen, klingt völlig absurd: Eine Verurteilung hätte weiterer Indizien bedurft. Es habe nicht festgestellt werden können, dass Eminger tieferen Einblick in die Beschaffung von Geld durch Banküberfälle hatte. Er habe zwar Kenntnis vom illegalen Leben der drei und der Verwendung gefälschter Pässe durch diese gehabt. Eminger habe gewusst, dass der Grund für das Untertauchen der drei der Fund der Rohrbomben in der Garage in Jena gewesen war, und er habe gewusst, dass die Drei ihren Lebensunterhalt gut bestreiten konnten. Es habe aber nicht festgestellt werden könne, dass er Kenntnis von der Diskussion über den bewaffneten Kampf in der Jenaer Gruppe gehabt habe. Es lägen auch keine Indizien dafür vor, dass Eminger über die Raubüberfälle und die ideologisch motivierten Taten informiert worden wäre. All dies reiche insgesamt nicht aus, um davon auszugehen, dass Eminger damit rechnete, dass mit seiner Hilfe ein Sprengstoffanschlag und Banküberfälle begangen werden würden. Über so viel rechtsstaatliche Fürsorge hätte sich sicher manch ein früherer Angeklagter, der von Götzl ohne viel Federlesen verurteilt wurde, gefreut. Es ist typisch für die deutsche Justiz, dass meistens nur Neonazis die positiven Seiten des Rechtsstaates spüren, während Linke oder „Nichtdeutsche" auf Teufel komm raus verurteilt werden. Es ist die selbe Logik, mit der die Rechtsprechung, mit der das KPD-Verbot begründet wurde, im NPD-Verbotsverfahren aufgegeben wurde. Neonazis werden nicht als „systemgefährdend" wahrgenommen. Deshalb kann ihnen gegenüber, auch aus taktischen Gründen, rechtsstaatliche Milde erfolgen, während gegen Linke und „Nichtdeutsche" gnadenlose Härte erfolgt. Hier erfuhr Eminger Milde, um das Konstrukt der „isolierten Gruppe" weiter aufrecht zu erhalten.

In der selben Logik erhielt der Angeklagte Wohlleben, Zentralfigur der UnterstützerInnen und Lieferant der Ceska, zwei Jahre weniger, als der Bundesanwalt gefordert hatte. Auch hierbei kann es nur darum gehen, die Schuld der UnterstützerInnen möglichst gering zu halten, um möglichst jeden Eindruck eines größeren Netzwerks zur Unterstützung der bewaffneten Aktionen zu vermeiden.

Basis des Urteils: Die „glaubhafte Einlassung Beate Zschäpes"

Für alle, die die von Zschäpes Neuverteidigern Borchert und Grasel formulierten und verlesenen Erklärungen im Gerichtssaal mitverfolgt haben, ist es überraschend, wie klar sich das Gericht bei seiner Urteilsbegründung darauf festlegt, zentrale Punkte aus ihrer Einlassung zur Begründung heranzuziehen. Insbesondere für den freisprechenden Teil des Urteils gegen André Eminger bezog sich Götzl mehrfach auf Zschäpes Angaben. Weil Zschäpe erklärte, Eminger habe erst nach den ihm vorgeworfenen Autoanmietungen erfahren, dass sie, Böhnhardt und Mundlos von Banküberfällen lebten, erfolgte der Freispruch für die beiden Eminger vorgeworfenen Taten der Beihilfe zum bewaffneten Raub. Damit hat sich Zschäpes Änderung ihrer Prozessstrategie im Endeffekt doch gelohnt: Nicht nur hat sie keine/n ihrer „KameradInnen" belastet, sie hat Eminger etliche Jahre Gefängnis erspart.

Für das Gericht ist das Abstellen auf Zschäpes Einlassung nicht nur insoweit bequem, als dass mit dieser Einlassung die „Einzeltäterthese" der isolierten Gruppe aufrecht erhalten werden kann und die Taten des NSU als nachgewiesen gelten kön-

nen. Darüberhinaus schmeichelt es der Eitelkeit des Vorsitzenden Richters Götzl, war er es doch, der durch monatelanges Zuwarten, das teilweise an Prozessverschleppung grenzte, Zschäpes Einlassung herbeigeführt hat. Dass er dabei nah daran war, in das bestehende Verteidigerverhältnis der „Altverteidiger“ einzugreifen, mag deren Hilflosigkeit geschuldet sein. Dass das Gericht aber diese Einlassung nun einfach als glaubhaft seinem Urteil zu Grunde legt, zeigt, wie wenig Aufklärungsinteresse tatsächlich auf Seiten des Senats vorhanden war. Die Einlassung an sich ist in Teilen widersprüchlich, steht in manchen Punkten im Gegensatz zur Beweisaufnahme und ist im Kern widerlegt. Kern der Einlassung war das Bild der Beate Zschäpe, die willenlos und geprügelt das jahrelange Zusammenleben mit Böhnhardt und Mundlos erträgt, ihren Kummer in Schaumwein ertränkt und die beiden Männer immer wieder bittet, keine weiteren Straftaten zu begehen. Die Beweisaufnahme hatte ein gegenteiliges Bild ergeben: Böhnhardt und Mundlos, die Angst haben, von Zschäpe beim Prahlen mit ihren Waffen erwischt zu werden, Zschäpe, die die Entscheidung trifft, nicht nach Südafrika zu gehen sondern in Deutschland zu bleiben, Zschäpe die zusammen mit André Eminger in einer schwierigen Situation zur Polizei geht, um Fragen zu beantworten. Das Gericht hat bei seiner Verurteilung Zschäpes ihre wesentlichen Angaben als nicht glaubhaft herangezogen und sie in vollem Umfang verurteilt. Gleichzeitig stellt das Urteil beispielsweise beim Teilfreispruch Emingers auf Zschäpes „glaubhafte Angaben“ ab, anstatt die gesamte Erklärung einfach unberücksichtigt zu lassen.

Kein Schlussstrich? Kein Schlussstrich!

Die antifaschistische Bewegung hat frühzeitig erkannt, dass der Prozess vom Bundesanwalt als Schlussstrich für das gesamte Thema verwendet werden soll. Genau aus diesem Grund waren nicht nur viele der Nebenklagen auf Aufklärung gerichtet, NSU-Watch tagtäglich aktiv. Der NSU-Prozess wurde von hunderten Veranstaltungen und Mobilisierungen begleitet. Tatsächlich spielt es keine besondere Rolle, was genau in dem vermutlich mehr als tausend Seiten dicken Urteil stehen wird, das der Senat nächstes Jahr präsentieren wird. Gesellschaftlich besteht kein Zweifel daran, dass der NSU Teil eines Netzwerks von Neonazigruppen war, dass der Inlandsgeheimdienst kein Interesse an der frühzeitigen Festnahme hatte und selbst an der Entstehung dieser Neonaziszene nicht unmaßgeblich beteiligt war. Die Frage ist, wie mit diesem gesellschaftlichen Wissen umgegangen wird. Es wird nicht ausreichen, immer wieder auf die Straftaten des NSU zu verweisen, um politische Forderungen durchzusetzen. Es dürfte sich allerdings lohnen, weiterhin öffentlichkeitswirksam die Netzwerke zu beleuchten, aus denen der NSU entstanden ist, die mit dem NSU und seinen UnterstützerInnen zusammengearbeitet haben, und dabei immer wieder auch zu untersuchen, welche Verstrickungen es zum Verfassungsschutz gibt. Dass Ralf Wohlleben mit Unterstützung des „Artgemeinschafts“-Aktivisten Jens Bauer sein Leben nach der Haft beginnt, ist dabei nur eine Spur. Das Thema NSU ist mit dem Urteil mit Sicherheit nicht beendet.

„Der Bundesanwalt führt die Ermittlungen fort.“

Neben dem NSU-Prozess beim OLG München werden neun Verfahren gegen bekannte mutmaßliche UnterstützerInnen des NSU geführt, darunter Personen aus der ehemaligen „Kameradschaft Jena“, wie André Kapke, Unterstützer in Chemnitz, wie Jan Werner und Thomas Starke und Helfer aus Zwickau. Außerdem führt der GBA nach wie vor ein sogenanntes „Unbekanntverfahren“, in das alle weiteren Informationen gepackt wurden. Akteneinsicht erhielten die Prozessbeteiligten des NSU-Prozesses lediglich in Form magerer Zusammenfassungen zu den Beschuldigten, soweit diese als ZeugInnen im Prozess geladen wurden. Diese Zusammenfassungen enthielten wenig, und sicherlich nicht alle Informationen, die dem Bundesanwalt vorliegen. Akteneinsicht in das „Unbekanntverfahren“ wurde zu keinem Zeitpunkt gewährt.

Der GBA wurde nicht müde zu erklären, dass diese Verfahren weiter geführt werden. Mit dem Beschuldigtenstatus aus diesen Ermittlungsverfahren verfügten all diese Personen über ein nicht angreifbares Zeugnisverweigerungsrecht, denn sie dürfen natürlich nicht dazu gezwungen werden, sich selbst zu belasten. Dabei dürften die meisten der diesen Personen vorgeworfenen Taten längst verjährt sein. Da nach der Logik des Bundesanwalts, die jetzt mit dem Urteil des OLG München bestätigt wurde, alle Beschuldigten lediglich als Unterstützer verfolgt werden können, waren ihre Unterstützungstaten, soweit sie sich nur auf die Unterstützung der „terroristischen Vereinigung NSU“ beziehen, nach zehn Jahren verjährt. Mit dem Urteil des Münchner Gerichts, das festgeschrieben hat, dass selbst André Eminger nur wegen Unterstützung zu verurteilen war, können fast alle diese Verfahren als erledigt angesehen werden. Es wird nur noch eine Frage des Anstands sein, wann der GBA die Einstellung verkündet. Lediglich soweit Lieferungen von Waffen im Raum stehen, wie beispielsweise bei Jan Werner, wäre auf dieser Grundlage eine Anklage noch möglich. So verwundert es nicht, dass alle wiederholt unternommenen Versuche, Einsicht in das gegen diesen geführte Verfahren zu erhalten, abgeschmettert werden. Zuletzt entschied der Ermittlungsrichter beim BGH, dass Akteneinsicht nicht gewährt werde, unter anderem weil die Ermittlungsakte schützenswerte Daten des Beschuldigten enthielten. Wieder einmal werden damit die Interessen der Opfer des NSU auf Aufklärung beschränkt, sei es zu Gunsten der beschuldigten Neonazis, oder vielleicht doch zu Gunsten der verwickelten Behörden und damit des Staates, der den NSU erst möglich gemacht hat. Auch diese Ermittlungsverfahren sind eben „Staatsschutzverfahren“. •

Der Autor war als Nebenklagevertreter am Prozess am OLG München beteiligt.

1 Der Neonazi Ralf „Manole“ Marschner war von 1992 bis 2002 als V-Mann für das Bundesamt für Verfassungsschutz tätig und wird verdächtigt, in Zwickau engen Kontakt zum NSU-Kerntrio gehabt zu haben.

SCHWERPUNKT

Staatliche Schadensbegrenzung – Die Rolle der Bundesanwaltschaft im NSU-Prozess

ISABELLA GREIF

Im Prozess gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zeigte sich die entscheidende Rolle von Staatsanwaltschaften in der Strafverfolgung rechtsterroristischer Gewalt. Die Bundesanwaltschaft (BAW) leitete die Ermittlungen, verfasste die Anklage und vertrat die BRD als Geschädigte. Laut BAW war der NSU ein „isoliertes Trio", das die rechtsterroristische Mord-, Anschlags- und Raubserie ohne Netzwerk begangen haben soll.

Die engen Grenzen der Aufklärung

Knapp ein Jahr nachdem der NSU im November 2011 öffentlich wurde, erhob der Generalbundesanwalt (GBA), dem die BAW untersteht, Anklage gegen Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, André Eminger, Holger Gerlach und Carsten Schultze. Dem NSU wurden zehn Morde, zwei Sprengstoffanschläge und 15 Bank- und Raubüberfälle zur Last gelegt. Die „singuläre Vereinigung aus drei Personen" habe mit dem Tod von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt aufgehört zu existieren. Das Trio sei im Jahr 1998 untergetaucht und habe dreizehn Jahre abgekapselt und allenfalls mit einem „eng begrenzten Kreis an Unterstützern" im Untergrund verbracht. So verneint die Behörde auch, dass V-Personen und Nachrichtendienste Informationen über den NSU hätten erlangen können.

Mit der Anklage wurde das Narrativ vom Trio zum Verhandlungsgegenstand, während Anwält_innen der Nebenklage, parlamentarische Untersuchungsausschüsse, antifaschistische Initiativen und Journalist_innen die Trio-These zur Genüge widerlegt haben.[1] Dazu kommen die über 40 V-Personen des Verfassungsschutzes, der Landeskriminalämter und des Bundeskriminalamtes im mehr oder weniger engen Umfeld des NSU. Die strategische Engführung konterkarierte die BAW auch selbst durch parallele Ermittlungen. In neun Ermittlungsverfahren gegen Personen und einem sogenannten Strukturermittlungsverfahren gegen Unbekannt ermittelt sie, ob es weitere Unterstützer_innen des NSU gab. Die parallelen Verfahren werden wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" geführt und nicht wegen möglicher „Beihilfe zum Mord", was unter anderem Nebenklageanwalt Mehmet Daimagüler scharf kritisiert.[2] Unter dieser Prämisse bekam die Nebenklage kein Akteneinsichtsrecht. So verfügt die BAW über einen komfortablen Informationsvorsprung und Aktenparkplatz. Beweisanträge der Nebenklage zu Personen aus den parallelen Ermittlungen lehnte die BAW mit Verweis auf die Anklage, das Beschleunigungsgebot oder die laufenden Ermittlungen immer wieder ab.

Bemühungen der Nebenklage, das Unterstützungsnetzwerk, das staatliche Wissen und die Folgen der rassistischen Kriminalisierung der Betroffenen in den Ermittlungen zu thematisieren, wurden seitens der BAW immer wieder diskreditiert. Oberstaatsanwältin Anette Greger unterstellte den Anwält_innen sogar, sie hätten ihren Mandant_innen „Hintermänner versprochen". Bundesanwalt Herbert Diemer rechtfertigte das Vorgehen mit der immunisierenden und kontrafaktischen Aussage: „Anhaltspunkte für eine strafrechtliche Verstrickung von Angehörigen staatlicher Stellen sind nicht aufgetreten. Wären sie aufgetreten, wären sie in gesetzlich vorgesehener Weise aufgeklärt worden."[3]

Konfliktlinien der BAW

In der Stellung der BAW zu anderen Behörden ist ein Gewaltenteilungsproblem angelegt. Prinzipiell sind Behörden Teil der Exekutive, wobei der Status von Staatsanwaltschaften als Behörden der Exekutive oder Judikative umstritten ist. Als politischer Beamter ist der Generalbundesanwalt (GBA) dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz gegenüber weisungsgebunden. Anstelle von Neutralität besteht ein Einfallstor (partei-) politischer Einflussnahme auf die Justiz.

Bei der Strafverfolgung von rechtsterroristischer Gewalt, bei der V-Personen aus der Neonaziszene involviert sind, zeigen sich Konflikte zwischen BAW, dem Verfassungsschutz, dem Bundesjustizministerium und Bundesinnenministerium. Auf den Punkt gebracht hat sie Klaus-Dieter Fritsche, der von 1996 bis 2005 Vize-Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) und als solcher mitverantwortlich für die Führung von V-Personen im NSU-Komplex war. In seiner Vernehmung vor dem 1. NSU-Bundestagsuntersuchungsausschuss im Jahr 2012 erklärte er: „Es dürfen keine Staatsgeheim-

Screenshot: youtube / tagesschau



Die Bundesanwälte Herbert Diemer, Anette Greger und Jochen Weingarten in München

nisse bekannt werden, die ein Regierungshandeln unterminieren." Fritsche argumentierte im Sinne des Staatswohls mit dem Vorrang staatlicher Interessen. So werden Ermittlungen mit dem Argument des Quellenschutzes von V-Personen blockiert. Es erstaunt insofern nicht, dass die Frage, wieso Hinweise auf das Kerntrio nicht weitergeleitet wurden, keine Erwähnung in der Anklage finden.

Deutlich wird dies auch in der Causa Temme: Der Verfassungsschutzmitarbeiter Andreas Temme war während des Mordes an Halit Yozgat am 6. April 2006 in dessen Internetcafé in Kassel anwesend. Einem Gutachten des Londoner „Institute for Forensic Architecture" zufolge ist Temmes Aussage, nichts gesehen oder gehört zu haben, schlicht falsch. Es stehe vielmehr die Frage im Raum, ob er den oder die Mörder Halit Yozgats gesehen oder gar selbst geschossen hat. Dem Beweisantrag der Nebenklage auf Einführung des wissenschaftlichen Gutachtens in den Prozess sowie der Wunsch der Familie Yozgat nach einer Tatortbegehung schloss sich die BAW nicht an.

Staatsräsonale Straffreiheit

Durch die eng geführte Anklage stand der Prozess von Beginn an unter der Maßgabe, was eben nicht aufgeklärt werden sollte. Die Ermittlungen zum NSU folgten allein der Vorgabe des Trio-Konstrukts der BAW. Ihr vehementer Widerstand gegen die Thematisierung staatlicher Verstrickungen oder des „Netzwerks von Kameraden" (Selbstbezeichnung des NSU im sogenannten NSU-Brief und im Bekennervideo) folgte dem staatlichen Selbstschutz.

Bis heute wird die Aufklärung des NSU-Komplexes durch die Vertuschung von Beweisen in den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden verhindert. Während der ehemalige Referatsleiter des BfV Axel Minrath (Deckname Lothar Lingen) im November 2011 vorsätzlich die Vernichtung von Akten von V-Personen anordnete und im Beisein der BAW im Sommer 2014 erklärte: „Vernichtete Akten können [...] nicht mehr geprüft werden"[4], argumentierte die BAW, Lingen sei nicht prozessrelevant. Erst Ende September 2016 wurde die Vernehmung Lingens öffentlich, sie beweist das Gegenteil, und dass die BAW zum Schutz staatlicher Interessen auch bereit ist, die Unwahrheit zu sagen. Neben dem staatlichen Wissen über den NSU-Komplex hielt sie auch den institutionellen Rassismus aus dem Prozess heraus. Die sinngemäße Formulierung in der Anklage, das Feindbild des NSU habe auch die „antirassistisch verfasste" BRD umfasst, zeigt ihr defizitäres Verständnis von Rassismus sowie ihr fehlendes Interesse, institutionellen Rassismus zu thematisieren.

Die Urteilsverkündung am 11. Juli dieses Jahres löste bei den Angehörigen Wut und Trauer aus. Die Urteile für den wegen der Beschaffung der Tatwaffe, also Beihilfe zum neunfachen Mord, angeklagten Ralf Wohlleben und den wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, Beihilfe zum versuchten Mord und Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion angeklagten André Eminger blieben sogar hinter den Forderungen der BAW zurück. Eminger wurde einzig wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt und verließ den Gerichtssaal unter dem Jubel anwesender Neonazis. Zwei Wochen nach Prozessende wurde bekannt gegeben, dass die BAW hinsichtlich des Teilfreispruchs von Eminger Revision eingelegt hat. Nach allem, was über ihr Agieren zum NSU bekannt ist, sind die Worte des Generalbundesanwalts Peter Frank, das Urteil dürfe „Kein Schlussstrich" sein, schlicht zynisch. Angesichts der Tatsache, dass über mehr als fünf Jahre keine Erkenntnisse aus den parallelen Ermittlungen bekannt gegeben wurden, zeichnet sich ja eben dieser Schlussstrich ab. Bislang gibt es seitens der BAW keine Auskunft darüber, ob sich ein zweiter NSU-Prozess ergeben könnte.

Der NSU-Prozess hat die strukturellen Defizite in der Strafverfolgung rechtsterroristischer Gewalt aufgezeigt und eindringlich dargelegt, wie die BAW als politisch agierende Behörde den Staat schützt und eine strafrechtliche Aufarbeitung im Sinne der Betroffenen verhindert. •

1 Siehe dazu von der Behrens, Antonia (Hrsg.): Kein Schlusswort. Nazi-Terror, Sicherheitsbehörden, Unterstützungsnetzwerk. VSA Verlag. 2 Daimagüler, Mehmet (2017): Empörung reicht nicht! Unser Staat hat versagt. Jetzt sind wir dran. Bastei Lübbe. 3 Plädoyer der Bundesanwaltschaft vom 25.07.2017. 4 Lingen zitiert nach: Aust, Stefan/Laabs, Dirk (2016a): NSU-Ausschuss: „Das ist eine völlig neue Qualität des Skandals". Welt Online, 29.09.2016.

SCHWERPUNKT

Kein Schlussstrich: Ein Versprechen für die Zukunft

PATRYCJA KOWALSKA,
SPRECHERIN DER KAMPAGNE KEIN SCHLUSSSTRICH

■ Nach eineinhalb Jahren Vorbereitung war es so weit: Tag X, der Tag der Urteilsverkündung im NSU-Prozess, fiel auf Mittwoch, den 11. Juli 2018.

Im Gedenken an die 10 Ermordeten Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter begann um 8 Uhr morgens unsere Kundgebung in München vor dem Gericht. Kurz nach 10 Uhr die ersten Informationen zum Urteil. Fassungslosigkeit machte sich breit. Wenige Minuten zuvor hatte ich noch in einem Interview gesagt: „Es geht nicht nur um die fünf Angeklagten – die werden höchst wahrscheinlich hoch bestraft – es geht auch darum auf weitere juristische Belangung des Unterstützerumfelds zu drängen." Diese Prognose war breit geteilt worden. Gerade im Fall Emingers erwarteten langjährige Prozessbeobachter*innen eine hohe Haftstrafe. Retrospektiv erscheint selbst diese geringe Erwartung als naive Hoffnung, die der Richterspruch des 6. Strafsenats am OLG München komplett unterminierte. Dass viele Menschen davon ausgingen, nach jahrelanger dichter Beweisführung im Prozess würden zumindest die engsten Unterstützer hoch verurteilt, lag nicht im bloßen Wunsch nach Bestrafung begründet: Es ist für weitere Prozesse durchaus relevant, wie die Unterstützungstaten vorher juristisch gewertet wurden. Wenn die Strafzumessung von zweieinhalb Jahren für André Emingers 13-jährigen Tatbeitrag zu der raubenden, bombenlegenden und mordenden rechtsterroristischen Untergrundorganisation so gering ausfällt, werden damit andere Unterstützungsleistungen strafrechtlich ins Irrelevante verschoben.

„Wir erkennen das Urteil nicht an."
Das gab Familie Yozgat schon Wochen vorher öffentlich bekannt. Ohne das Eingeständnis des Gerichts, dass im Falle Halits keine Aufklärung stattgefunden hat, konnte es für seine Eltern Ayşe und İsmail Yozgat kein legitimes Urteil geben. Einige Nebenklagevertreter*innen resümierten, der Staatsschutz-Senat habe sein Urteil im wörtlichsten Sinne gesprochen – „den Staat schützend und die Betroffenen einmal mehr im Stich lassend". Aber dieses Urteil schützt nicht nur den Staat, der den NSU in dieser Form erst möglich machte – beispielsweise wegen der unterlassenen Festnahme des Kern-Trios 1998 in Chemnitz, wodurch die Mordserie hätte verhindert werden können. Durch die niedrige Strafzumessung relativiert das Gericht die Taten, minimiert die Chancen auf weitere NSU-Verfahren und schafft damit eine Rechtsprechung, die zum Nährboden für weitere nationalsozialistische Untergrundgruppen werden kann. Denn als der Senat mit seinem Urteil die Trio-These der BAW bestätigte, sendete er ein Signal an die rechte Szene, das Unterstützungsumfeld und an potenzielle weitere rechtsterroristische Gewalttäter*innen. Die Rezeption dieses Signals fand sogar noch im Gerichtssaal ihren plastischen Ausdruck, als die anwesenden Neonazis auf der Zuschauertribüne bei der Urteilsbegründung in Jubel ausbrachen. Fakt ist: Das Urteil im NSU-Prozess ist als politischer Freispruch des Unterstützungsnetzwerks zu werten. Ungleich lauter ertönten wenig später die Rufe hunderter wütender Antifaschist*innen, die auf dem Vorplatz des Gerichtsgebäudes lautstark entgegneten: „Der NSU war nicht zu dritt!". Die vorherige Fassungslosigkeit und Trauer war in kämpferische Wut umgeschlagen. Diese Wut zeigte sich auch in den Worten Elif Kubaşık's, der Witwe des ermordeten Mehmet Kubaşık, die über ihre Anwälte auf der Kundgebung erklären ließ: „Vielen Dank an das Gericht. Vielen Dank, dass Sie mir einen weiteren schweren Schlag versetzt haben. Und zwar einen Schlag mit den niedrigen Strafen insbesondere für Eminger und Wohlleben. Einen Schlag für mich und eine weitere Ermutigung der Dortmunder Naziszene, mit der ich alltäglich zu tun habe. (…) Ich Elif Kubaşık reagiere hier im vollkommenen Unverständnis auf diese Art des Urteils." Arif S., Betroffener des Keupstraßen-Anschlags, fand auf der Bühne stärkende und kämpferische Worte für die Zukunft: „Trotz allem werden wir hier weiterleben. Hier werden wir unsere Hoffnungen wachsen lassen. Niemand kann das verhindern, denn sie haben nicht mit den Millionen von standhaften antifaschistischen und demokratischen Menschen dieses Landes gerechnet."

Im Jahr 2006 hatten die Familien Kubaşık, Yozgat und Şimşek mit Freund_in-

nen und Nachbar_innen aus der migrantischen Community noch ohne große Unterstützung und Aufmerksamkeit demonstriert und „Kein 10. Opfer!" gefordert. Zwölf Jahre später demonstrierten nun die Familien Kubaşık und Şimşek, Arif S. und weitere Betroffene des Keupstraßen-Anschlags, Freund*innen, Anwält*innen und Unterstützer*innen und forderten: „Kein Schlussstrich!". Hinter ihnen reihten sich rund 6.000 solidarische Menschen ein. Bundesweit waren es über 10.000 Menschen, die anlässlich der Urteilsverkündung auf die Straße gingen.

Antifa bleibt Handarbeit

Unser Antrieb für die politische Arbeit zum NSU-Komplex war die Solidarität mit den Betroffenen rechten Terrors, aber letztlich auch die Erkenntnis, nicht zugehört zu haben, den rechten Terror nicht als solchen erkannt und den NSU nicht aufgedeckt zu haben. Die Aufklärung des NSU-Komplexes kann nicht der Justiz, den Ermittlungsbehörden, dem Staat überlassen werden. Deshalb war es Teil antifaschistischer Intervention, gezielt öffentlichen Druck auf das Verfahren auszuüben, weitere Informationen zu gewinnen und die Deutungshoheit eben nicht denen zu überlassen, die den NSU so erst ermöglichten. Deshalb schlossen sich Antifaschist*innen zusammen, durchforsteten kritisch ihre unter schwierigsten Bedingungen gesammelten Materialien der letzten Jahrzehnte und stellten die erarbeiteten Analysen für den Kampf um Aufklärung zur Verfügung. Viele Kapazitäten wurden in Prozessbeobachtung, Untersuchungsausschüsse, Recherchen, Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerktreffen und Bündnisse gesteckt. Überlebende des NSU-Terrors gingen mutig an die Öffentlichkeit um aufzuklären und Antworten zu finden auf das unerträgliche Leid, dass ihnen angetan wurde – von Neonazis, Beamt*innen und all denen, die nicht zugehört hatten und sie damit zu Täter*innen machten. Antirassistische Initiativen knüpften Kontakt zu ihnen und trieben die Suche nach Antworten und Rehabilitation Seite an Seite voran. Engagierte Vertreter*innen der Nebenklage thematisierten im Verfahren unermüdlich die gesamte Bandbreite des NSU-Komplexes, betonten Lücken und Leerstellen im Prozess und leisteten wertvolle Aufklärungsarbeit. Das alles, zusammen mit den investigativen Recherchen von Journalist*innen, wissenschaftlichen Kontextualisierungen und den vielen künstlerischen Auseinandersetzungen mit dem NSU-Komplex sind die Gründe dafür, warum klar ist: Einen Schlussstrich kann und darf es nicht geben. Der Erfolg der Kampagne Kein Schlussstrich, die mediale und diskursive Durchsetzung, baute auf eben dieser jahrelangen Arbeit auf und knüpfte an die jahrzehntelang geführten Kämpfe an.

Kein Schlussstrich! Aber wie weiter?

Als antirassistische und antifaschistische Bewegung haben wir dazugelernt und Konsequenzen gezogen. Der Versuch, den NSU-Komplex aufzulösen, hat eine intensive Aufarbeitung rechten Terrors in Deutschland angestoßen. Trotz aller Fehler hat sich gezeigt, dass konstante und qualitativ hochwertige antifaschistische Recherchearbeit zwingend notwendig ist. Denn ohne die Recherchen der 1990er Jahre wäre der NSU ein noch dunkleres Kapitel in der Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland. Damit an dieses Wissen angeknüpft und eine sinnvolle Einordnung vorgenommen werden kann, braucht es aber solidarischen Austausch. Nirgends sonst wird die Hinfälligkeit einer vermeintlichen Trennung von „Antifa- und Antira-Arbeit" deutlicher als im NSU-Komplex. Und nirgends offenbart sich die Bedeutung des Einander-Zuhörens schmerzlicher, als in der Tatsache, dass die zehn Morde nicht verhindert wurden. Ibrahim Arslan, Überlebender des Brandanschlags in Mölln 1992, mahnt genau das an und folgert: „Opfer und Überlebende sind keine Statisten, sie sind die Hauptzeugen des Geschehenen." Sie dürfen nie wieder vergessen oder überhört werden.

Durch den Kontakt zu den Betroffenen des NSU-Terrors haben sich neue Zusammenschlüsse ergeben – sie müssen ausgebaut und gepflegt werden. Es gibt noch viel zu tun: Offene Fragen sind zu beantworten, es gilt Formen des gemeinsamen würdigen Gedenkens zu etablieren, bisherige Erkenntnisse müssen zusammengetragen und ausgewertet werden, Wege für weitere Aufklärungsarbeit sind zu finden. Letztlich geht es schlicht um die kontinuierliche Weiterarbeit. Denn Kein Schlussstrich war die richtige Forderung am Ende dieses Prozesses, aber sie ist auch ein Versprechen. Ein Versprechen, dem zukünftige Arbeit folgen muss. •

SCHWERPUNKT

Ein Plädoyer für gründliche Recherchen statt spektakulärer Hypothesen

TOMAS LECORTE

■ Fast sieben Jahre sind seit der Aufdeckung des NSU vergangen, mehr als elf Jahre seit dem – soweit bekannt – letzten Mordanschlag. Dennoch ist dieses Kapitel des deutschen Rechtsterrorismus weit davon entfernt, geschlossen zu werden.

Das liegt auch daran, dass sich der „Fall NSU" kaum vom Thema gesamtgesellschaftlichem Rassismus und/oder Fremdenfeindlichkeit trennen lässt. Vor allem aber gibt es rund um die Kerngeschichte des NSU-Trios ein breites Feld bekannter, vermuteter oder auch rein spekulativer Strukturen und Beziehungen, deren Personal von Neonazis bis hin zu staatlichen Akteuren reicht. Die Annahme, es müsse um mehr gehen als um drei FanatikerInnen, die jahrelang eine isolierte Terrorkampagne durchziehen, ist praktisch „common sense" in allen Milieus, die sich mit dem Thema beschäftigen.

Die Bandbreite der verschiedenen Deutungen und Theorien sprengt den Rahmen eines kurzen Artikels. In den vergangenen Jahren waren es oft nicht die gründlich recherchierten Beiträge, welche die größte Wirkung erzielten, sondern kurze und spektakuläre Hypothesen. Es gibt verschiedene psychologische und kollektiv-emotionale Dynamiken, die bewirken, dass der NSU größer und mächtiger gezeichnet wird, als er wirklich war. Es soll hier nicht der Versuch gemacht werden, Verschwörungsideen zu besprechen – denn Glaube und Gefühl lassen sich nicht mit Argumenten widerlegen.

Eine Untersuchung der kommunikativen Mechanismen, die bei der öffentlichen Be- und Verarbeitung des NSU-Falles wirksam waren, wäre eine Bereicherung dieser Debatte. Die Feststellung, es gebe viel Ungeklärtes und Rätselhaftes an diesem Fall, ist nur die halbe Wahrheit.

Tatsächlich gibt es wenige Kriminalfälle, die so gründlich durchleuchtet wurden. Es gibt zehntausende Seiten an Material: Dokumente, Aussagen und Material des NSU selbst. Deren eigene Sammelwut war absurd und der Versuch, das Material mittels Brandlegung zu vernichten, war dilettantisch. Hinzu kommen Nachermittlungen nahezu aller Sicherheitsbehörden, und schließlich – vor allem dank der Untersuchungsausschüsse – umfangreiche Informationen über die Neonazi-Szene und die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes. Die Sorge des Verfassungsschutzes vor Publizität, die zu Datenvernichtungsaktionen führte, war berechtigt, inklusive der Furcht vor der Enttarnung von V-Leuten. Dass sich komplexe „Lebenssachverhalte" nie restlos widerspruchsfrei und objektiv darstellen lassen, dass Fragen unbeantwortet bleiben und nicht alles logisch erscheint ist normal und in jedem Kriminalfall werden Fehler gemacht. Im Leben wird gelogen, falsch erinnert und ungenau erzählt. Die ungeklärten und rätselhaften Aspekte im Fall NSU sind nicht besorgniserregend zahlreich, sie werden nur ungewöhnlich stark öffentlich diskutiert.

Nachdem sowohl der Prozess vor dem OLG München, als auch die Arbeit der meisten Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern ein vorläufiges Ende gefunden haben, bleiben sicherlich Fragen unbeantwortet. Viele „große" Fragen sind durch die Akten und die weiteren Untersuchungen hinreichend geklärt: Das Trio wurde 1998 nicht in den Untergrund „eskortiert", sondern es gab über mehrere Jahre eine intensive, allerdings erschreckend schlechte Fahndung durch Polizei und Verfassungsschutz nach den „Bombenbastlern von Jena". Die Aktivitäten des NSU, das jahrelange Leben in der Illegalität, die Banküberfälle und Mordanschläge sind plausibel nachvollziehbar und finanziell und logistisch möglich gewesen ohne „schützende Hände". Die rassistische Ideologie des „führerlosen Widerstands" und die Eigendynamik von Radikalisierung und Illegalität erklären die Taten des NSU. Mundlos und Böhnhardt haben am 4. November 2011 im Wohnmobil in Eisenach Doppelselbstmord begangen.

Selbstverständlich gibt es auch noch offene Fragen, zum Beispiel: Wer außerhalb des Trios gehörte zum „inner circle", der wusste, was der NSU tat? Gab es eine feste logistische Struktur, die z.B. bei der Waffenbeschaffung tätig war? Was hat sich 2007 in Heilbronn genau abgespielt? Warum hatten Mundlos und Böhnhardt im November 2011 so viele Waffen und Geld im Wohnmobil? Was hat Andreas Temme, ehemaliger LfV-Beamter und 2006 in Kassel am Tatort anwesend, verschwiegen? Warum hat sich der thüringische Verfassungsschutz in der Fahndungsphase von 1998 bis 2003 so stark engagiert?

Dazu ein paar Gedanken: Es gibt keinen Anlass zu der Vermutung, ausgerechnet der NSU habe die Regeln der Konspiration



Foto: Rasande Tyskar „kein schlussstrich"-Demonstration Hamburg (CC BY-NC 2.0) flickr.com

nicht beachtet. Dazu gehört das „need-to-know"-Prinzip: Alle wissen nur das, was sie wissen müssen. Es dürfte einige HelferInnen geben, die nicht wussten, worin sie verwickelt waren. Es war eine politisch-kriminalistische Strategie der deutschen Sicherheitsbehörden gegen die radikale Linke der 1970er und 1980er Jahre, alle Personen als „RAF" zu denunzieren, die irgendeinen Kontakt in diese Richtung hatten. Diese Kontaktschuld-Methode sollten wir uns nicht zu eigen machen. Es gab nicht hunderte von NSU-NetzwerkerInnen, aber es gab mit Sicherheit Personen, die genauer Bescheid wussten – vermutlich im Bereich der inneren „Blood & Honour"-Struktur.

Die Herkunft der meisten Waffen des NSU ist ungeklärt. Waffen zirkulieren auf dem Schwarzmarkt, werden gekauft und verkauft und Waffenfetischisten reden nicht über Ideologie oder geplante Verwendungszwecke. Kaum einer aus diesen Kreisen wird dazu öffentlich Aussagen machen, schon aus Eigenschutz und Geschäftsinteresse. Die Waffen des NSU waren nicht auffällig hochwertig oder einheitlich – vermutlich wurde genommen, was zu kriegen war. Dennoch ist dies ein NSU-Bereich, in dem die Logistik relativ gut aufgestellt war und wo deshalb zu fragen ist, ob das allein zu bewerkstelligen war. Der Mordanschlag in Heilbronn 2007 ist vermutlich das am schlechtesten aufgeklärte Verbrechen des NSU. Warum haben Mundlos und Böhnhardt ihren Aufenthalt spontan verlängert und waren sie am Tatort allein? War es ihre letzte Tat, und wenn ja, warum? Gab es eine Verbindung zu Michèle Kiesewetter? Vorstellbar scheint, dass die Tat einen qualitativen Sprung des NSU einleiten sollte, dass aber die Umstände der Tatausführung selbst und die Folgen im Gegenteil zu einer Verunsicherung und Demotivierung des NSU führten: Erhöhter Fahndungsdruck, bizarre öffentliche Meldungen (Fahndung nach dem „Phantom"), vielleicht auch das Bewusstsein, sich überschätzt zu haben und nur durch Glück entkommen zu sein. War es Fetischismus und Kriegerkult, der Mundlos und Böhnhardt dazu brachte, sich im Wohnmobil mit ihrer Beute und ihren Waffen zu umgeben oder hatten sie nach dem Bankraub weitere Pläne? Andreas Temme taugt nicht zum Mitverschwörer, aber offensichtlich ist, dass er gelogen hat.

Die Fahndung nach den Untergetauchten ab 1998 ist rein faktisch nachvollziehbar, es bleibt aber die Frage, was das LfV Thüringen antrieb. War es das skurrile Ego von Behördenchef Roewer, der der Polizei zeigen wollte, dass er besser ist? Wollte man das flüchtige Trio anwerben?

In den vergangenen sieben Jahren hat es keinen stichhaltigen Hinweis auf eine größere von staatlichen Stellen planvoll inszenierte Verschwörung gegeben. Spekulationen beruhen auf vereinfachten und aus dem Rückblick verkürzten Betrachtungen der Ereignisse, sie schreiben die Geschichte auf das vorher festgelegte Ende hin, sind also ahistorisch. Ihr festes Gerüst ist das „cui bono" (wem nützt es), das als Motivation der Verschwörer_innen unterstellt wird und alle faktischen Widersprüche überspült. Doch dieses Argument funktioniert nicht – was ist der politische Sinn einer rassistischen Mordkampagne, von der praktisch niemand wusste, dass sie rassistisch gemeint war? Welche politischen Widerstände etwa gegen seine damalige Migrationspolitik hätte ein Staatsapparat bekämpfen wollen, der eben diese Politik seit Jahren fast ohne hörbare Opposition durchsetzte?

Der radikale Flügel der Linken hat dazu beigetragen, den politischen Druck gegen Vertuschungen und den „Übergang zur Tagesordnung" zu erhöhen. Das ging oft auf Kosten von tatsächlicher Aufklärung und emanzipativem Denken. Mystifizierungen und Ressentiments gegen unklar definierte Mächte, die lügen und manipulieren, sind der Stoff, aus dem auch die neurechte Massenbewegung schöpft. Davon sollten wir die Finger lassen und uns die Mühe des genauen Hinschauens und Hinhörens machen. •

Tomas Lecorte analysiert und schreibt zum NSU seit 2012 auf seiner Webseite www.lecorte.de 2017 erschien bei NSU Watch sein Artikel zu den Todesfällen von Zeug_innen im NSU-Komplex.

NS-SZENE

Heidenau im Rückblick

KRISTIN PIETRZYK

■ Am 21. August 2015 versammelten sich im sächsischen Heidenau mehrere hundert Menschen, um gegen die Unterbringung von Geflüchteten in einem ehemaligen Praktiker-Markt zu protestieren. Noch im Laufe der Demonstration wurden Zettel verteilt, die dazu aufriefen, im Anschluss die Zufahrtsstraße zum Baumarkt zu blockieren und somit die Unterbringung der Geflüchteten zu verhindern. Die „asylkritische“ rechte Demonstration wurde so gering von der Polizei begleitet, dass es im Anschluss über hundert Personen unschwer gelang, sich über verschiedene Wege direkt an das Gelände der Unterkunft zu bewegen. Nach Einbruch der Dunkelheit begaben sich diese Personen auf die Straße, um die Zufahrt zum Baumarkt zu blockieren. Als die wenigen Polizeikräfte vor Ort versuchten, dies zu unterbinden, wurden sie von der vermummten und teilweise stark alkoholisierten Menschenmenge unter Rufen von „frei, sozial und national“ mit Steinen, Pyrotechnik, Warnbarken einer angrenzenden Baustelle, dem Inhalt von Feuerlöschern und Flaschen beworfen. Mindestens drei Polizeibeamte wurden in dieser Nacht verletzt. Auch am nächsten Tag trafen sich wieder über hundert Personen in Heidenau, um die Ausschreitungen zu wiederholen. Neben Akteuren des Vorabends wie Timo Schulz - verurteilter Rädelsführer der rechtsterroristischen „Gruppe Freital“ - waren nun auch Mitglieder der „Freien Kameradschaft Dresden“ (FKD) vor Ort. Nach dem Vorgehen der Polizeibeamten am Vorabend waren die Rechten entschlossen, sich an den Polizeikräften, die nunmehr zusätzlich zu der Geflüchtetenunterkunft auch noch eine Demonstration von AntirassistInnen vor Ort schützen sollten, zu rächen. Noch massiver als am Vorabend ging man gegen die Polizeibeamten vor.

Startschuss Heidenau

Heidenau war nicht der Druck, der aus einem Kessel entweicht, wenn man die Ängste und Sorgen der Bürger und Anwohner nicht ernst nimmt. Nein, Heidenau war nicht eine Situation, die sich aus einem dynamischen Demonstrationsgeschehen einfach so entwickelte. Heidenau war eine gezielte und geplante Inszenierung, das Aufleben alter, militanter Neonazistrukturen, und diente der Vernetzung neuer extrem schnell radikalisierter Rechter. Heidenau war für die Akteure vor Ort der Startschuss für den vermeintlichen Abwehrkampf des „Deutschen Volkes“, welches sich von seiner Regierung „im Stich gelassen“ wähnte, zum Schutz vor angeblicher „Überfremdung“ und „Islamisierung“.

Vernetzte Akteure

Die vom damaligen NPD-Stadtrat, Rico Rentzsch, am 21. August 2015 in Heidenau „als Privatmann“ angemeldete Demonstration ist als Ausgangspunkt der Ausschreitungen anzusehen. Für den Samstag wurde über die Facebook-Seite „Widerstand Heidenau“ bereits in den Nachmittagsstunden dazu aufgefordert, sich noch zurückzuhalten und erst wenn es dunkel ist, die Straße zu stürmen. Auch für die darauffolgenden Tage wurde dort dazu aufgerufen mit Beiträgen wie: „Leute versammelt euch ab 20.00 Uhr auf dem Real Parkplatz wie werden dann versuchen an den Praktiker ran zu kommen!“ und „Heidenau macht mobil wir greifen an!!!“. Die Ausschreitungen an sich wurden jedoch vor allem von anderen Akteuren bestimmt. In einer Vielzahl von Prozessen gegen rechte Gewalttäter - unter ihnen führende Mitglieder der „Freien Kameradschaft Dresden“ (FKD) - stand Heidenau entweder auf der Liste der angeklagten Taten oder wurde zumindest thematisiert. Insgesamt wurden die Angeklagten oftmals zu hohen Haftstrafen verurteilt. Jedoch machte Heidenau dabei nur einen Teil der angeklagten Taten aus. Die Vielzahl der Prozesse gegen Mitglieder der rechten Szene, in denen Heidenau eine Rollte spielt, zeigt zum einen, dass Heidenau ein Ort der Vernetzung für die rechte Szene in Sachsen war und den Tätern die Möglichkeit brachte, gemeinsames Agieren auszuprobieren. Der Umstand, dass mehrere verurteilte Mitglieder der sogenannten „Gruppe Freital“ und der FKD an den Ausschreitungen in Heidenau teilnahmen und danach unter anderem das linke Hausprojekt „Mangelwirtschaft“ in Dresden in einer fast militärisch geplanten und ausgeführten Aktion angriffen, zeigt, dass diese Zusammenarbeit erfolgreich fortgeführt wurde. In Heidenau fanden sich damit radikale Rechte zusammen, die bereit waren, in organisierten Strukturen über die eigenen Gruppen hinaus, Geflüchtete, MigrantInnen und Andersdenkende anzugreifen und in Form der „Gruppe Freital“ auch mit versuchten Morden den Tod von Menschen in Kauf zu nehmen. Diese Vernetzung nicht konsequent unterbunden zu haben, ist ein Feh-


Foto: Christian Ditsch

ler der sächsischen Sicherheitsbehörden, dessen Tragweite nicht zu unterschätzen ist, versucht man rassistische Mobilisierungen zu analysieren.

Abwesende Polizei

So hilflos die Polizei am Abend des 21. August 2015 auf Grund der Unterzahl wirkte, so unverständlicher war es, dass auch am Abend des 22. August 2015 nicht viel mehr staatliche Präsenz in Heidenau vorzufinden war. Wasserwerfer oder das SEK – durchaus ein regelmäßiges Bild am Rande linker Demonstrationen in Sachsen – waren nicht nach Heidenau beordert worden, um am 22. August weitere Ausschreitungen zu unterbinden. Erst am Sonntag, den 23. August, als sich antifaschistische AktivistInnen angekündigt hatten, gab es ein Schaulaufen dessen, was der Freistaat an Personal und schwerem Gerät in der Abteilung Aufstandsbekämpfung so zu bieten hat. Die Hilflosigkeit der vergangenen Tage war verschwunden und die antifaschistische Demonstration wurde in gewohnter Weise gegängelt.

Fest steht: Konnte die sächsische Exekutive am Freitag noch überrascht sein, so war sie am Samstag jedoch mehr als vorgewarnt. Dennoch blieb der Freistaat fast untätig und wurde erst aktiv, als linke AktivistInnen sich dem rechten Mob in den Weg stellten. Auch damit verhalf die sächsische Landesregierung und Polizei den Neonazis dazu, Heidenau für sich als Erfolg zu verbuchen, die dort erprobten Praxen fortzuführen und auf die Vernetzungen, die dort geschlossen wurden, aufzubauen.

Zwischen „Pack“ und „Asylkritiker“

Als der damalige Vizekanzler Sigmar Gabriel später Heidenau besuchte, bezeichnete er die Teilnehmer der Ausschreitungen und ihre Unterstützer als „Pack“. Der Shitstorm von rechts und der Standortschutz-Beißreflex der sächsischen Politik war ihm mit dieser Äußerung sicher. Man kann aus heutiger Sicht zwar sagen, dass es noch ein zu verharmlosender und wenig analytischer Blick auf die handelnden Akteure an diesem Wochenende war, im Kern traf Gabriel aber auch den Nagel auf den Kopf. Seine Äußerung ist Ausdruck der Erkenntnis, dass es einen völlig enthemmten Teil der Gesellschaft gibt, der weder über ein demokratisches noch humanistisches Wertegefüge verfügt noch einer sachlichen Diskussion zugänglich ist. Und Gabriel stellte im Gegensatz zur etablierten sächsischen Politik klar, dass mit diesem Teil der Gesellschaft ein Diskurs nicht zu führen sein wird. Im Gegensatz dazu stand in der Folgezeit die immense Aufwertung der „Asylkritiker“. Jedes „die Ängste ernst nehmen“ bedeutete eine Verharmlosung eines entfesselten nationalistischen und völkischen Mobs und eine Aufwertung eines nicht existenten Abwehrkampfes gegen Geflüchtete zum diskussionswürdigen Argument. Rassistische Hetze, Entmenschlichung von Geflüchteten, Ausgrenzung, Rassismus und die sich daraus ergebenden Taten wurden somit salonfähig und alltäglich. Stattdessen wäre konsequente Ausgrenzung dieser „asylkritischen“ Gesellschaftsteile, ein Ende des Diskurses mit ihnen und ein Beginn der Debatte darüber, wie ihnen das Handwerk zu legen sei, der richtige Weg gewesen.

Nun mag eingewendet werden, dass die Täter von Heidenau – sofern man ihrer habhaft wurde – hart bestraft wurden oder werden. Die Mitglieder der „Gruppe Freital“ wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Fast alle Mitglieder der FKD stehen vor Gericht und müssen ebenfalls mit mehreren Jahren Haft rechnen. Doch Repression wird den Nährboden, der aus Ausschreitungen, wie denen in Heidenau entstanden ist, nicht allein austrocknen. Das Urteil gegen die Mitglieder der „Gruppe Freital“ wird in breiten Teilen der sächsischen Bevölkerung als zu hart angesehen. Einen gesellschaftlichen Diskurs über rechte Strukturen, militanten Fremdenhass, rassistische Hetze und wie dies alles zusammenwirkt, vermisst man im Freistaat weiterhin.

Die mangelnde Konsequenz gegenüber rassistischen Mobilisierungen, die andauernde Manifestation der Feindbestimmung zu Lasten von AntifaschistInnen durch die Landesregierung und die fehlende gesellschaftliche Debatte und Intervention führen dazu, dass sich die Reihe rechter Ausschreitungen in Sachsen fortsetzen wird. •

NS-SZENE

Der Machtkampf in der NPD ist wieder eröffnet

Im Januar 2017 verkündete das Bundesverfassungsgericht, dass es die NPD zwar für verfassungsfeindlich halte, aber aufgrund ihrer politischen Bedeutungslosigkeit dem Antrag auf ein Verbot nicht stattgebe. Diese Entscheidung veränderte grundsätzlich die Rechtsprechung zu Partei-Verbotsverfahren in Deutschland und dürfte in den kommenden Jahren vor allem kleineren, radikaleren Neonazi-Parteien einiges mehr an Verbotssicherheit gewähren. Für die NPD war das Verbotsverfahren die letzte große Bühne, die der Partei in den zurückliegenden Monaten geboten wurde. Alle Prognosen und andauernden Durchhalteparolen haben nichts genützt: Die Neonazi-Partei ging keineswegs gestärkt aus dem zweiten gescheiterten Verbotsverfahren hervor. Noch in der März-Ausgabe 2017 der Parteizeitung „Deutsche Stimme" sagte der noch amtierende Parteivorsitzende Frank Franz: „Was uns nicht verbietet, macht uns stärker!" Zwischen diesem Satz und der aktuellen Entwicklung liegen beispielsweise Landtagswahlergebnisse in Franz´ Heimatbundesland dem Saarland mit 0,7 Prozent (März 2017) oder Nordrhein-Westfalen mit 0,34 Prozent (Mai 2017). Auch bei der Bundestagswahl im September 2017 erlangte die NPD nur noch 0,4 Prozent und damit fast einen Prozentpunkt weniger als noch 2013. Schon die Wahlergebnisse zeigen, dass es die WählerInnen nach dem gescheiterten Verbot keineswegs zur NPD zurückgezogen hat. Franz, der seit 2014 an der Spitze der Partei steht, war ohnehin nie in der gesamten Partei wohlgelitten. Seine derzeitigen Misserfolge rufen nun aber auch seine innerparteilichen GegnerInnen auf den Plan. Bereits auf dem Bundesparteitag in Saarbrücken im März 2017 wurde klar, aus welcher Richtung nun der Gegenwind für Franz kommen würde: Von Thorsten Heise. Heise war im Februar desselben Jahres bereits zum Landesvorsitzenden der NPD-Thüringen gewählt worden. Der Alt-Neonazi ordnete sich in seiner Parteitagsrede selbst dem „etwas radikaleren Flügel" der Partei zu. Man habe in der Vergangenheit an der Zielgruppe der NPD vorbeigearbeitet, so ein Vorwurf Heises an die Führungsriege. Für ihn sei die Zukunft der Partei im „sozial-nationalen-Bereich" und er kritisierte Franz vor allem dafür, dass nicht „entschieden genug geführt" würde. Im Kern ging es Heise bereits im März des vergangenen Jahres um die vermeintliche Verbürgerlichung der NPD. „Mir fehlt die deutliche Unterscheidung zwischen der Alternative für Deutschland und der NPD", polterte er gegen die damalige Parteiführung. Mit diesem Frontalangriff konnte Heise in Saarbrücken die Mehrheit der Delegierten noch nicht für sich gewinnen. Für Franz gaben am Ende 102 der Anwesenden ihre Stimme ab und Heise erhielt lediglich 69 Stimmen. Dennoch zeigte das Ergebnis deutlich, dass Franz keineswegs unangefochten an der Spitze der Partei steht und durchaus eine größere Gruppe innerhalb der NPD existiert, die die Partei wieder auf einen radikaleren Kurs bringen möchte.

Der „Völkische Flügel"

Die Angriffe auf Franz und die aktuelle Ausrichtung der NPD waren aber mit Heises Niederlage auf dem Parteitag keineswegs beendet. Am 30. Januar 2018 folgte die Veröffentlichung einer Proklamation und einer damit verbundenen neuen parteiinternen Gruppierung: Der „Völkische Flügel". Die Ähnlichkeiten zur Entwicklung der AfD rund um Höcke sind wohl kaum von der Hand zu weisen. Der „Völkische Flügel", so heißt es in der Proklamation, sei „ein nationalistisch und völkisch orientiertes Bündnis innerhalb der NPD" und „soll grundlegend die Aufgabe übernehmen, dem Liberalisierungsprozess, dem Mitglieder- und Aktivistenschwund, sowie der Perspektivlosigkeit und der schwindenden Moral innerhalb der Partei, Einhalt zu gebieten". Noch deutlicher als es Heise bei seiner Kandidatur auf dem Bundesparteitag 2017 getan hatte, wird in der Erklärung die aktuelle Parteiführung attackiert. „Der Zustand der NPD verschlechterte sich in den vergangenen Jahren, sowohl in der Quantität, als auch in der Qualität, in schier jedweder Form", heißt es weiter. Verantwortet wird die eigens angelegte „Flügel"-Homepage von Thorsten Heise. Neben Heise führt die Seite eine ganze Reihe von UnterzeichnerInnen der Erklärung. So zählen dazu verschiedene Landesvorsitzende (u.a. Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein), Parteivorstandsmitglieder („Baldur Landogart" /Tobias Schulz und Ricarda Riefling) und zahlreiche Funktionäre der kommunalen Ebene. Damit konnte Heise seine doch recht breite Unterstützung innerhalb der ohnehin ausgedünnten Funktionärsebene der Partei zeigen. Am gleichen Tag erschien außerdem eine Stellungnahme

Foto: Exif Recherche



Thorsten Heise (vorne Mitte) organisiert einen „völkischen Flügel" in der NPD.

der „Jungen Nationalisten", der Jugendorganisation der NPD. Diese hatte sich Mitte Januar 2018 nicht nur einen neuen Vorstand gegeben, sondern auch ihren Namen geändert (früher „Junge Nationaldemokraten"). Neben Christian Häger (NRW) stehen dem Vorstand noch Paul Rzehaczek (Sachsen) und Dominik Stürmer (Bawü) vor. Frühere JN-Funktionäre wie Michael Schäfer oder Julian Monaco hat es mittlerweile ins Umfeld der „Neuen Rechten" und der „Ein Prozent"-Initiative verschlagen. In der Stellungnahme der JN sind nur wenig kritische Worte in Richtung des „Flügels" zu finden, es wird klar, dass der Angriff auf die aktuelle Parteiführung grundsätzlich mitgetragen wird. Dort heißt es: „So wurde unserer Betrachtung nach zu lange mit einem bürgerlichen Kurs die Realität verkannt". Und weiter: „Die mit diesen Anstrengungen verbundenen Verluste von Zeit, sehr viel Geld und dem Verprellen von fähigem Personal ist eine der schweren Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre". Für die NPD ist eben jene Konfliktlinie in den vergangenen fast 20 Jahren wohl die größte innerparteiliche Kampflinie: „Verbürgerlichung" oder „Weltanschauungspartei". Fast deckungsgleich verliefen schon die Debatten rund um die Kandidaturen von Andreas Molau 2009 oder die strategischen Auswürfe von Holger Apfel.

Mit Provokation am Steuer halten

Während die NPD kaum noch öffentlich wahrnehmbar ist, versucht die Parteiführung mit Provokationen immer mal wieder Medienaufmerksamkeit zu erhaschen. Im Juni 2018 startete das Projekt „Schutzzonen", welches der Partei wieder etwas mediale Aufmerksamkeit bescherte. NPD-Aktivisten laufen mit Warnwesten und „Schutzzonen"-Aufdruck in bürgerwehrähnlicher Art Patrouille. Man wolle erreichen, so gab Franz im August in der Parteizeitung an, „daß [sic] sich Deutsche auf die NPD zubewegen, ohne gleich mit den drei Buchstaben mit der Tür ins Haus zu fallen". Mit anderen Worten: Mit dem Label NPD lässt sich trotz aller Beteuerungen und Prognosen aus dem Verbotsverfahren immer noch kein Blumentopf gewinnen. Gleichzeitig gab Franz, wenn auch vorsichtig formuliert, einen Einblick in die schlechte Lage der Partei. Man habe „in den letzten Jahren einige Mitglieder verloren". Aber alles natürlich kein Problem, denn die „NPD könne noch immer auf eine gute Aktivistenstruktur bauen". Ganz anders klang dies wohl bei Tobias Schulz, der unter dem Namen Baldur Landogart in der Öffentlichkeit auftritt und im NPD-Parteipräsidium für Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Er verantwortet auch das Neonazi-Hochglanzmagazin „Werk Kodex", welches seit einigen Monaten auf dem Markt ist. Für die Erstausgabe wurde auch der Alt-Hippie Rainer Langhans interviewt. Laut Medienberichten sagte Langhans zum Kontakt mit Schulz: „Er sagte mir, dass er zur NPD gehöre, die sich aber in Auflösung befände". •

BRAUNZONE

Akademiker für Deutschland

AUTONOME ANTIFA FREIBURG (AUTONOME-ANTIFA.ORG)

In der AfD spielen Korporierte und insbesondere Burschenschafter seit der Gründung der Partei eine prägende Rolle. Ihre Erfahrungen mit Organisierung und mit Machtkämpfen innerhalb hierarchischer Strukturen sowohl auf Verbindungs- als auch auf Dachverbandsebene, ihre Ressourcen in Form von Verbindungshäusern und langjährigen Netzwerken wurden vielfach für Parteikarrieren nutzbar gemacht. Nicht nur unter Parteifunktionären, sondern auch unter Mandatsträgern und in ihren Büros finden sich erstaunlich viele Verbindungsstudenten. Ihr Ziel ist nicht nur parlamentarische Macht, sondern ein reaktionäres Rollback. Ihre strukturelle Bedeutung für die Partei macht eine nähere Beschäftigung mit den Protagonisten und ihren Vernetzungen notwendig.

Die „Korporierten in der AfD"

Seit den ersten Wahlerfolgen der AfD gab es Organisierungsbestrebungen der Verbindungsszene in der AfD, die in den letzten Monaten Schwung aufnahmen. Federführend sind „Alte Herren" der „Deutschen Burschenschaft" (DB), aber es beteiligen sich Mitglieder aller Arten von Studentenverbindungen an der Initiative der „Korporierten in der AfD".



Screenshot: tbk.com

Der bayerische Regionalbeauftragte für die Kooperiertenvernetzung Christoph Birghan.

Nach jahrelanger informeller Organisierung über Mailinglisten und Facebookgruppen begann ein „Alter Herr" der „Burschenschaft Gothia Berlin" in Korporiertenkreisen Anfang 2017 für einen formellen Zusammenschluss von Korporierten in der AfD zu werben: Christoph Birghan. Im Frühjahr 2018 verabredeten sich schließlich etwa drei Dutzend AfDler mit Verbindungshintergrund – größtenteils aus Burschenschaften – für ein erstes Treffen der Korporierten in der AfD. Insgesamt sollen bei der Initiative „Korporierte in der AfD" bereits über hundert Parteimitglieder gelistet sein. Ziel ist die Gründung eines AfD-nahen Akademikerverbandes in Deutschland. Sowohl in der Gesamtliste der „Korporierten in der AfD" als auch unter den Teilnehmern des Treffens in Berlin finden sich Funktionäre, Mandatsträger und Mitarbeiter der AfD, Wortführer in Social Media ebenso wie stille Organisatoren, die sich eher im Hintergrund halten.

Das erste Treffen fand am 21. April 2018 im größten deutschen Parlamentsgebäude statt, dem Jakob-Kaiser-Haus in der Dorotheenstraße in Berlin. Als Ziel setzten sich die 28 Teilnehmer des pseudoelitären Männerbunds bei szeneüblichem Bierkonsum „neben der weiteren Vernetzung von Korporierten in der AfD die Etablierung eines parteinahen Akademikerverbandes, der auch Nichtparteimitglieder und Nichtkorporierte umfassen soll".

Da es für einen richtigen deutschen Verein eine Satzung braucht, gründete sich ein „Vorbereitungssauschuss", der für das zweite Treffen einen als „vertraulich" gekennzeichneten Satzungsentwurf erstellte. Die Präambel des darin vorläufig „Akademikerverband" genannten Zusammenschlusses orientiert sich stark am Grundsatzprogramm der Partei:

„Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten."

Der Vereinszweck beinhaltet neben der Vernetzung und der „Wahrnehmung der Interessen der im Berufsleben stehenden Akademiker" unter anderem „die Organisation und Durchführung von wissenschaftlichen, beruflichen und/oder politischen Veranstaltungen und die Verbreitung von Informationen und Stellungnahmen im Sinne der in der Präambel dargestellten Grundsätze des AV."

Gründungstreffen abgesagt

Das zweite Treffen, das in Verbindungskreisen als „Gründungstreffen" beworben wurde, sollte am 28. Juli 2018 in Erfurt stattfinden. Hier sollten der Name und die Satzung des Vereins beschlossen und die Vorstandsämter besetzt werden. Die Räumlichkeiten für das Treffen wurden von Torben Braga von der „Marburger Burschenschaft Germania" organisiert – im Raum F101 des Thüringer Landtags. Aufgrund der antifaschistischen Veröffentlichung haben die „Korporierten in der AfD"



das Gründungstreffen allerdings kurzfristig abgesagt. Erst Wochen später lud Birgahn unter der Überschrift „Neues Gründungstreffen Großraum Berlin am 22. September 2018“ zu einem Ersatztermin ein:

„Der erste Versuch der Gründung einer Organisation zum Ausbau unserer Arbeit im akademisch/korporativen Umfeld im Juli war aus verschiedenen Gründen nicht erfolgreich. Der immer stärker werdende Gegenwind zeigt aber, dass wir auf dem richtigen Weg sind und in unseren Bemühungen nicht nachlassen dürfen. Daher gehen wir die Sache nochmal an. Dazu wurden Räumlichkeiten organisiert, die man uns nicht so leicht streitig machen kann.“

Die Funktionäre des geplanten Vereins

Bereits beim ersten Treffen der „Korporierten in der AfD“ in Berlin wurden für jedes Bundesland „Regionalbeauftragte“ eingesetzt, die weitere Interessenten werben und als Ansprechpartner fungieren sollten. Diese Funktionäre des geplanten „Akademikerverbands“ sollen im folgenden kurz vorgestellt werden, eine Langversion unserer Recherchen zur Geschichte, Struktur, personellen Zusammensetzung und Intention der parteiinternen Gruppierung „Korporierte in der AfD“ findet sich online.

Für Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein ist Frank Weber von der „Burschenschaft Tuiskonia Karlsruhe“ verantwortlich, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Ratsfraktion der Stadt Braunschweig. Als Ansprechpartner für Mecklenburg-Vorpommern fungiert Sandro Hersel, der für die AfD im dortigen Landtag sitzt und als Schatzmeister Mitglied des Landesvorstands der „Jungen Alternative“ in Mecklenburg-Vorpommern ist. Hersel durchlief diverse Burschenschaften in Greifswald und Dresden und wurde zuletzt als Mitglied der „Pennalen Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz“ und der „Burschenschaft Arminia zu Leipzig“ geführt. Gemeinsam mit Holger Arppe und anderen AfD-Mitgliedern und -Funktionären war Hersel Mitglied einer geheimen Facebookgruppe namens „Info Identitäre Bewegung Mecklenburg Vorpommern“, in der die AfDler ihre Zusammenarbeit mit der Identitären Bewegung koordinierten. Beispielsweise schrieb Arppe am 5. Februar 2016:

„Wir suchen gerade im AfD-Landesverband MV ein mitreißendes Wahlkampfmotto mit dem Potential, sich für alle Ewigkeit ins kollektive Gedächtnis einzubrennen. Habt Ihr vielleicht irgendwelche coolen Ideen und Vorschläge, die ich beim Landesparteitag als meine eigenen ausgeben kann ;-) ?“

Der „Identitären“-Kader Daniel Fiß antwortete darauf:

„Sandro Hersel hatte uns das auch schon gefragt. Da steckt doch Kalkül dahinter“.

Als Ansprechpartner der „Korporierten in der AfD“ für Berlin und Brandenburg fungiert Ambros J. Tazreiter, Beisitzer im Vorstand des Bezirksverbands Mitte der AfD und Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Udo Hemmelgarn und des Berliner Abgeordnetenhaus-Mitglieds Stefan Franz Kerker. Franz Kerker ist zwar nicht an der Initiative der Korporierten in der AfD beteiligt, ist aber ebenfalls Verbindungsmitglied, sein Bund ist die „Sängerschaft Borussia Berlin“. Kerker gehört seit September 2017 als Stellvertreter dem Vorstand des Regionalverbands Nordost der reaktionären „Christen in der AfD“ an und organisierte Räumlichkeiten im Bundestag für eine ChrAfD-Vorstandssitzung im Oktober 2017. Tazreiter trägt wie Kerker das Band der „Sängerschaft Borussia Berlin“, was die für eine AfD-Karriere nützlichen Verbindungs-Seilschaften illustriert.

Für Bayern fungiert - wenig überraschend - Christoph Birghan als „Regionalbeauftragter“. Er ist nicht nur „Alter Herr“ der „Burschenschaft Gothia Berlin“ sondern auch der „Burschenschaft Markomannia Aachen Greifswald“ und der Schülerverbindungen „Iuvenis Gothia Berlin„ und „Ernst-Moritz-Arndt Greifswald“. Birghan arbeitet als Patentanwalt in München, ist seit Februar 2018 Sprecher des bayerischen „Landesfachausschuss 6“ für „Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Kultur- und Medienpolitik“ der AfD und parteiintern entsprechend gut vernetzt.

Für Nordrhein-Westfalen ist Jörg Schneider der Ansprechpartner. Schneider ist „Alter Herr“ der „Hamburger Burschen-





Oben: Der AfD-Funktionär Ambros Tazreiter präsentiert sich auf der Online-Plattform XING als Büroleiter.

Unten: Der AfD-Politiker Sandro Hersel im „Bürgerdialog".

schaft Germania" und Bundestagsabgeordneter der AfD. Vor seiner Parteikarriere bei der AfD war Schneider unter anderem Mitglied der extrem rechten und antimuslimisch-rassistischen Partei „Die Freiheit". Für Rheinland-Pfalz und Saarland sollte Sebastian Noll einen Vertreter vorschlagen. Noll gehört dem AfD-Kreisverband Mainz an und arbeitet für die AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst.

In Hessen ist Rainer Hermes der Ansprechpartner, der als Wahlkreismitarbeiter für den Bundestagsabgeordneten Anton Friesen arbeitet und dem „Corps Rhenania Stuttgart" und dem „Corps Hassia Darmstadt" angehört. Für Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen ist Torben Braga verantwortlich. Braga ist „Alter Herr" der „Burschenschaft Germania Marburg", Mitarbeiter der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, Pressesprecher des Landesverbands, Beisitzer im Landesvorstand und Mitglied des AfD-Kreisverbands Mittelthüringen.

Die „Arschlochliste" der Burschenschafter

Von der „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn" sind mehrere Burschenschafter an der Initiative beteiligt. Die Raczeks sind in Burschenschafterkreisen nicht nur wegen des von ihnen verursachten „Arierparagraph-Skandals" umstritten. Auch aktuell sorgen sie unter Burschenschaftern für Unruhe. Der Rechtsanwalt Matthias Brauer, Rechtsanwalt in der Kanzlei des Greifswalder AfDlers und Burschenschafters Enrico Komning und „Alter Herr" der Raczeks und der „Rugia Greifswald", soll seit Jahren eine Art „schwarze Liste" mit hunderten Namen missliebiger Burschenschafter führen. In extrem rechten Burschenkreisen ist die Existenz dieser Liste ein offenes Geheimnis, sie ist unter dem Namen „Arschlochliste" bekannt. Von solchen „schwarzen Listen" wusste schon Heinrich Heine 1862 zu berichten:

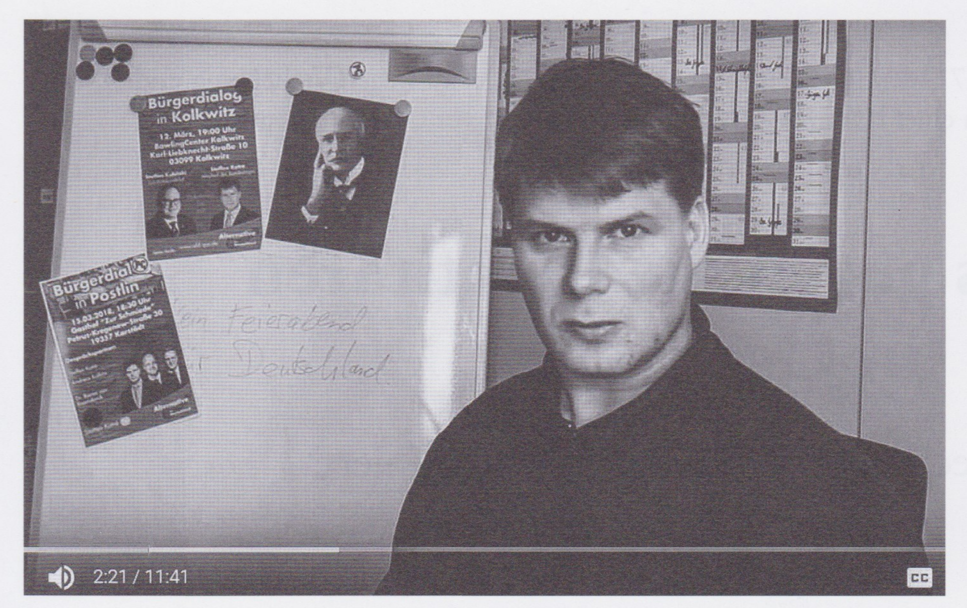
„Im Bierkeller zu Göttingen mußte ich einst bewundern, mit welcher Gründlichkeit meine altdeutschen Freunde die Proskriptionslisten anfertigten für den Tag, wo sie zur Herrschaft gelangen würden. Wer nur im siebenten Glied von einem Franzosen, Juden oder Slaven abstammte, ward zum Exil verurteilt. Wer nur im mindesten etwas gegen Jahn oder überhaupt gegen altdeutsche Lächerlichkeiten geschrieben hatte, konnte sich auf den Tod gefaßt machen, und zwar auf den Tod durchs Beil, nicht durch die Guillotine"

Auf der Proskriptionsliste verfemter Burschenschafter stehen um die 400 Namen, darunter einige Prominente wie der CSU-Politiker Hans-Peter Uhl von der „Münchener Burschenschaft Arminia-Rhenania" und Eberhard Diepgen (CDU) von der „Burschenschaft Saravia Berlin", aber auch Angehörige vermeintlich „liberaler" Bünde oder Burschenschafter, die sich gegen nationalsozialistische Umtriebe in ihren eigenen Bünden wehren. Auch Kai Ming Au von der „Burschenschaft Hansea zu Mannheim" findet sich auf der Liste.

Die Spaltung der „Deutschen Burschenschaft"

An Au statuierten die Anhänger des „volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffs" in der „Deutschen Burschenschaft" auf dem Burschentag 2011 ein Exempel, das als „Arierparagraph-Skandal" bekannt wurde. Dabei ging es um die Auslegung von Artikel 9 der Verfassung der „Deutschen Burschenschaft", in der der „volkstumsbezogene Vaterlandsbegriff" festgeschrieben ist. Die Raczeks stellten auf diesem Burschentag zwei Anträge, in der Begründung des ersten Antrags heißt es unter anderem:

„Der Abstammung kommt im Rahmen von Art. 9 VerfDB eine indizierende Hinweisfunktion zu, um die Zugehörigkeit eines Menschen zu einer bestimmten geschichtlichen Schicksalsgemeinschaft bejahen oder abweisen zu können. Beispielsweise weist eine nichteuropäische Gesichts- und



Der AfD-Politiker Steffen Kotré präsentiert sich auf dem Youtube-Kanal „KotreKompakt“.

Körpermorphologie auf die Zugehörigkeit zu einer außereuropäischen populationsgenetischen Gruppierung und damit auf eine nicht-deutsche Abstammung hin. Mangels deutscher Abstammung kann eine solche Person auch nicht der geschichtlichen Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes angehören.“

Als Konsequenz aus dem ersten Antrag forderten die Raczeks in ihrem zweiten Antrag den Ausschluss der „Burschenschaft Hansea Mannheim“ wegen der „Aufnahme eines chinesischstämmigen Mitglieds“ und fachten damit die Spaltung der „Deutschen Burschenschaft“ an. Die folgende mediale Kampagne beschädigte den Ruf der „Deutschen Burschenschaft“ nachhaltig und befeuerte die internen Flügelstreits.

Eine Mitgliedschaft in der „Deutschen Burschenschaft“ wurde plötzlich zum Problem. Dutzende Burschenschaften traten aus dem Dachverband aus, so dass die DB in drei Jahren um die Hälfte schrumpfte - sowohl an Mitgliedern als auch an Mitgliedsbünden. Zeitgleich traten aus dutzenden Bünden hunderte „Alte Herren“ aus, weil sie die extrem rechte Ausrichtung ihrer eigenen Bünde meist aus Angst vor Stigmatisierung und Jobverlust nicht länger mittragen wollten.

AfD statt Abgrenzung

Doch dann wurde 2013 die „Alternative für Deutschland“ gegründet und Korporierte aller Couleur witterten Morgenluft. Interessanterweise nähern sich nun durch die Korporierten in der AfD einige Burschenschafter wieder einander an, die sich in den letzten Jahren über die Ausrichtung der DB zerstritten hatten. Aber nicht nur Burschenschafter aus der „Deutschen Burschenschaft“ und der 2016 in Abgrenzung zu den extrem rechten Umtrieben der DB gegründeten „Allgemeinen Deutschen Burschenschaft“ beteiligen sich an der Initiative. Es finden sich Mitglieder aus der gesamten Bandbreite des Korporationswesens unter ihnen, deren Bünde und Dachverbände sich noch vor wenigen Jahren lautstark von der DB distanzierten.

Mit Steffen Kotré aus Mittenwalde findet sich beispielsweise einer von mehreren Corpsstudenten unter den Gründungsmitgliedern der Korporierten in der AfD. Kotré ist „Alter Herr“ des „Corps Berlin“ und inzwischen Bundestagsabgeordneter der AfD. Er organisierte die Bundestags-Räumlichkeiten für das erste Treffen der Initiative in Berlin.

Auch mehrere Mitglieder christlicher Studentenverbindungen sind involviert, beispielsweise Tobias Teuscher von der „Borusso-Saxonia Berlin“ im CV, dem Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen. Teuscher arbeitet für die AfD im Europaparlament und gehörte dem beim ersten Treffen in Berlin gegründeten „Vorbereitungssauschuss“ an, der für das geplante Gründungstreffen in Erfurt einen Satzungsentwurf für den zukünftigen „Akademikerverband“ erstellte.

Neben mehreren Mitgliedern vom „Vereinen Deutscher Studenten“ (VdSt), von Sängerschaften und des Wingolf sind auch einige Mitglieder von Pennälerschaften, Turnerschaften und Landsmannschaften an der Gründung des AfD-Akademikerverbands beteiligt. Beispielhaft kann hier Hansjörg Müller vom AfD-Kreisverband Berchtesgadener Land genannt werden, der die Bänder der „Turnerschaft Germania Dresden“ und der „Akademischen Landsmannschaft der Salzburger zu Salzburg“ trägt. Müller sitzt für die AfD im Bundestag und ist parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion.

AfD: Die Partei der alten Männer

Wenig verwunderlich finden sich allerdings fast ausschließlich Männer in der Akademikerverband-Initiative der AfD. Frauen sind in der AfD in der Minderheit und aus den männerbündischen Verbindungen fast immer ausgeschlossen. Eine Ausnahme ist Lydia Freifrau von Stockmar-von Wangenheim aus Nürnberg. Die Nachwuchspolitikerin ist Vorsitzende des Kreisverbands Nürnberg-Fürth der „Jungen Alternative“ und Mitglied der gemischten „G.V. Rhenania zu Geisenheim“. Sie ist mit Marcus Mackeldey von der „Burschenschaft Gothia Berlin“ im Vorstand der „Jungen Alternative Nürnberg-Fürth“ und der „Jungen Alternative Franken“. Außerdem ist sie als Beisitzerin im Vorstand der „Jungen Alternative“ auf Bundesebene.

Bei den AfD-Korporierten sind Frauen also nur eine Randerscheinung und Misogynie ein Wesensmerkmal. Aber auch in der Gesamtpartei ist Antifeminismus integraler Bestandteil des Selbstverständnisses. Das spiegelt sich auch in den Mitgliederzahlen wider. Die AfD hat einen Männeranteil von über 80 Prozent. Zudem sind fast 80 Prozent der Mitglieder älter als 40 Jahre und über 30 Prozent älter als 60 Jahre. Die „Alternative für Deutschland“ ist die Partei der alten Männer und den „Alten Herren“ gefällt das. •

BRAUNZONE

Im Juli 2018 mussten sich 17 „Identitäre" aus Österreich unter anderem wegen Verhetzung und Bildung/Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung in Graz vor Gericht verantworten.

Prozess gegen die Identitären in Österreich

Extrem rechte Aktivitäten erneut legitimiert?

PROZESS.REPORT

■ Im Prozess gegen Mitglieder der „Identitären Bewegung Österreich" (IBÖ) am Landesgericht für Strafsachen Graz verkündete der Einzelrichter am 10. Verhandlungstag das mit Spannung erwartete Urteil. Die Beschuldigten wurden in den Hauptanklagepunkten freigesprochen, es folgten zwei Verurteilungen zu Geldstrafen wegen Sachbeschädigung bzw. wegen Nötigung und Körperverletzung. Die Staatsanwaltschaft hat bezüglich aller Entscheidungen Berufung eingelegt, demnach ist das Urteil bisher nicht rechtskräftig. Doch wie kam es soweit?

Nur drei Tage nach den medial präsenten Hausdurchsuchungen in Privatwohnungen und vier Geschäfts- und Vereinslokalen, am 30. April 2018, erhob die Staatsanwaltschaft Graz nach fast zweijährigen Ermittlungen Anklage gegen 16 Männer und eine Frau. Der Großteil der Angeklagten waren bzw. sind bis heute führende Mitglieder und waren teilweise bereits 2012 an der Gründung der selbsternannten „Identitären Bewegung Österreich" beteiligt. Die Anklageschrift beschränkte sich jedoch nur auf vier Vorfälle, bei denen vier unterschiedliche strafrechtliche Vergehen vorgeworfen wurden: Verhetzung, Mitgliedschaft und Gründung einer kriminellen Vereinigung, Sachbeschädigung und Nötigung.

Die Ermittlungen begannen, nachdem sich mehrere Personen der rechten Gruppierung gemeinsam mit weiteren unbekannt gebliebenen SympathisantInnen am 6. April 2016 Zugang zum Dach der Grünen Partei Steiermark verschafft hatten. Sie entrollten dort ein Transparent mit der Aufschrift „Islamisierung tötet", verschütteten Kunstblut und skandierten rassistische Parolen. Diese Aktion war nur eine von vielen, im Vorhinein bis ins Detail geplant, von den eigenen Leuten dokumentiert und zu einem Spektakel inszeniert. Ähnliche Aktionen folgten, so zum Beispiel auf dem Brandenburger Tor in Berlin oder der türkischen Botschaft in Wien. Letztere war ebenfalls Teil der Anklageschrift. Medien berichteten damals wie gewöhnlich vom Geschehen, übernahmen das Bildmaterial der ‚Identitären' und verbreiteten somit auch deren menschenverachtende Forderungen in einer breiteren Öffentlichkeit.

Für Außenstehende und Menschen, die die ‚Identitären' nicht einzuordnen wissen, wirken solche Aktionen wie legitimer Protest, und das ist bewusst kalkuliert. Schließlich nutzen sie bis heute die verharmlosende Selbstbezeichnung als „patriotische NGO", rechtfertigen ihre menschenfeindliche Ideologie mit dem Argument der Meinungsfreiheit und versuchen, Einflussnahme auf den vorpolitischen und außerparlamentarischen Raum zu erlangen, um langfristige Veränderungen in der Gesellschaft zu bewirken. Inszenierten sie sich anfangs noch als die „schweigende Mehrheit", die mit ihren Forderungen vermeintlich für einen Tabubruch sorgte, folgte in den letzten Jahren eine Gewöhnung an ihre extrem rechten Positionen, die längst im Diskurs angekommen und in der österreichischen Gesellschaft anschlussfähig geworden sind.

Dank der unermüdlichen Arbeit von Antifaschist_innen, Antirassist_innen und Expert_innen zur Extremen Rechten gelang es, die zugespitzten und verkürzten Forderungen inklusive der dahintersteckenden Ideologie zu demaskieren und ihr Gefahrenpotenzial darzustellen. Hierzu wollen wir auf den Sammelband „Untergangster des Abendlandes" hinweisen, der eine umfassende Analyse der Ideologie und Rezeption der extrem rechten ‚Identitären' bietet.

Nach dem Ausbleiben großer Erfolge und der vermehrten Thematisierung von Gewalttaten der ‚Identitären' wie in Wien und Graz gegen Antifaschist_innen und bei der Stürmung der Theatervorstellung „Die Schutzbefohlenen" von Elfriede Jelinek im Wiener Audimax der Universität, kippte die bis dahin bestehende mediale und öffentliche Wahrnehmung. Es wurde mehr als deutlich, dass die ‚Identitären' nicht vor Gewalt zurückschrecken, um gegen Geflüchtete, Migrant_innen und Muslim_innen zu hetzen.

Nur zwei Monate nach der Stürmung in Wien, am 9. Juni 2016, störten mehrere



Foto: stoppdierechten.net

IBÖ-Chef Martin Sellner mit der rechten Medien-Aktivistin Brittany Pettibone und weiteren Angeklagten und Unterstützern vor ihrer Verhandlung in Graz.

Angeklagte eine Vorlesung über Asyl und Migration in der Universität Klagenfurt, stellten eine Steinigung nach, skandierten rassistische Parolen und versuchten, Stimmung gegen Zuwanderung und Integration zu machen. Als der Rektor der Universität versuchte, eine Person am Verlassen zu hindern, wurde er in den Bauch geschlagen. Im Grazer Prozess wurde dieser Angriff als Körperverletzung gewertet und auch so verurteilt.

Erneut wurde eine Universität zu einem Ort extrem rechter Gewalt, Personen wurden verletzt, Geflüchtete berichteten nach den Störaktionen von Retraumatisierungen und den hervorgerufenen Ängsten. Beide Vorfälle hatten juristische Konsequenzen. Auch wenn die erneuten Freisprüche bezüglich der Hauptvorwürfe einer Legitimierung gleichkommen, so zeigte der Prozess in Graz erneut deutlich, was hinter der modernisierten, extrem rechten Fassade steckt.

Obwohl die Anklageschrift auf vier Vorfälle zwischen April 2016 und März 2017 reduziert war, thematisierte der zuständige Staatsanwalt weitere Störaktionen, Angriffe auf Gegendemonstrant_innen und Sachbeschädigungen, um den Vorwurf der Verhetzung und die systematische Gewaltbereitschaft der Gruppe aufzuzeigen. Doch für den Einzelrichter war die Beweislage nicht ausreichend, bezüglich der Verhetzungsvorwürfe entschied er im Zweifel für die Angeklagten. Zum Beispiel sei die als strafbare Verhetzung angeklagte Parole „Islamisierung tötet" so auszulegen, dass es „nicht um Glauben und Islam geht", sondern um einen „Prozess, der vom radikalen politischen Islam angestrebt wird". Da der „Kernbereich" der IBÖ nicht aus strafrechtlich relevantem Vorgehen bestehen würde, wurden sie ebenfalls bezüglich der kriminellen Vereinigung freigesprochen. Der Richter folgte demnach den verharmlosenden Schutzbehauptungen und Relativierungen und kam zu dem Schluss, ihre Forderungen seien vielfach gesellschaftlicher Konsens (geworden). Die Ausführungen des Richters wirken wie ein Freibrief für die ‚Identitären' und angesichts der FPÖ/ ÖVP-Regierung scheint ein gesamtgesellschaftliches Vorgehen gegen die extreme Rechte dringend geboten.

Ob und wann es zu der von der Staatsanwaltschaft eingelegten Berufung kommt, ist schwer einzuschätzen. Doch es scheint mittlerweile sehr wahrscheinlich, dass sich Teile der ‚Identitären' auf ein weiteres Verfahren vorbereiten müssen. Wie die Staatsanwaltschaft und ein Zeuge vom Bundesamt für Verfassungsschutz und „Terrorismusbekämpfung" preisgaben, laufen aktuell weitere Ermittlungen wegen des Verdachts der Geldwäsche, bei denen bisher 57 österreichische Konten betroffen sind, die den ‚Identitären' zugeordnet werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten: die politische Selbstinszenierung der Gruppierung setzte sich auch in diesem Verfahren fort. Während die Aussagen von Betroffenen und Expert_innen kaum präsent waren, schafften es die Angeklagten immer wieder, dieselben verharmlosenden Schutzbehauptungen zu platzieren, die auch ein Großteil der Journalist_innen unkommentiert übernahm. Wir können uns der Stellungnahme vom „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes" nur anschließen, in der es heißt: „Die von der IBÖ vorgenommene rhetorische Modernisierung des altrechten Projekts einer ethnischen Homogenisierung hat den Rechtsextremismus ein Stück weit gegen juristische Verfolgung immunisiert, wie das vorliegende Urteil dokumentiert."

Doch was nicht vergessen werden darf: Angesichts der Regierungsbeteiligung der FPÖ, den gescheiterten Großmobilisierungen der ‚Identitären' in den letzten Jahren und den sich immer wiederholenden Aktionsformen, verliert diese extrem rechte Gruppierung immer mehr an Bedeutung. Abschreiben können wir sie noch nicht, aber sie sind nur ein kleiner Teil der extremen Rechten, die es zu bekämpfen gilt. Verlassen wir uns nicht auf Gerichte, sondern sorgen wir dafür, dass menschenverachtende Positionen nicht als gleichberechtigt im öffentlichen Diskurs wahrgenommen werden und sich nicht weiter normalisieren. Kritische Prozessberichterstattung kann einen Teil dazu beitragen und wird hoffentlich zu einer breiteren Auseinandersetzung führen. •

prozess.report berichtet seit 2014 von politischen Gerichtsprozessen, und hat sich zur Aufgabe gemacht, beobachtete Prozesse übersichtlich und in ihrer Komplexität nachvollziehbarer aufzubereiten. Dabei liegt der Fokus auf einem kritischen Blick und einer Kontextualisierung des Verhandelten, da auch die Justiz nicht frei von gesellschaftlichen Mechanismen agiert.

ANTIFA

Mark Bray, Historiker und politischer Aktivist, lehrt am Dartmouth College im US-Bundesstaat New Hampshire. Er ist Autor zahlreicher Bücher über die Geschichte des Anarchismus und des Buches „Antifa. The Anti-Fascist Handbook", das im vergangenen Herbst erschienen ist.

„Wachsendes Verständnis für die Antifa"

INTERVIEW MIT MARK BRAY ÜBER ANTIFA IN DEN USA

Vor etwas mehr als einem Jahr wurde die Antifaschistin Heather Heyer bei antirassistischen Protesten von einem Neonazi umgebracht. Welche Auswirkungen hatte ihr Tod auf die US-amerikanische antifaschistische Bewegung?
Nach dem Mord an Heather Heyer in Charlottesville letztes Jahr wurde Antifaschismus, ganz besonders der Begriff „Antifa", zum Teil des politischen Mainstream-Diskurses. Die antifaschistische Bewegung, ihre Ziele und Aktionsformen traten ins öffentliche Bewusstsein ein. Gleichzeitig stieg das Interesse von jungen Linken und radikalen Aktivist_innen, sich in antifaschistischen Gruppierungen zu organisieren. Der augenscheinlichste Wandel, den Heathers Tod nach sich zog, waren mehr Öffentlichkeit, ein größerer Bekanntheitsgrad und ein wachsendes Verständnis für die Antifa. Die Strategie und Taktik der bereits bestehenden aktiven Gruppen hat er nicht verändert. Vor Charlottesville war die Medienberichterstattung über Antifaschismus, die bei den Gegenprotesten gegen den Alt-Right-Provokateur Milo Yiannopoulos in Berkley in 2017 begonnen hatte, sehr abwertend. Sie stellte Antifaschismus und Faschismus meist gleich. Nach Charlottesville veränderte sich dieses Narrativ bei einigen Medien für eine Weile. Der Grund war wohl, dass Trump diesen berüchtigten Kommentar von den „guten Menschen auf beiden Seiten" abgegeben hatte – was den Medien sauer aufstieß.

Wie war der Zustand der Bewegung in den Jahren vor Trump?
Die US-Bewegung hatte sich ursprünglich, was ihre Militanz angeht, in den späten 1980er Jahren von Antifa-Aktivitäten in England und Deutschland inspirieren lassen. Das bestehende autonome Netzwerk „Antiracist Action", das in den 1990er Jahren aus hunderten von Gruppen bestand, nationale Treffen ins Leben rief und auch Geld für Gefangene zur Verfügung stellte, war in den Nullerjahren geschrumpft. Sein Nachfolger war das kleinere „Torch Network", ebenfalls autonom organisiert. Von 2010 bis 2012 standen antifaschistische Aktivitäten und Organisationsarbeit auf der Prioritätenliste radikaler Linker weit unten. In großen Teilen der US-Linken herrschte Unverständnis darüber, weshalb man sich zur Zeit des ersten afroamerikanischen Präsidenten – Barack Obama – ausgerechnet auf den Kampf gegen extrem Rechte konzentrieren solle. Antifaschismus war damals in der radikalen Linken ein Randphänomen. Das änderte sich aber schnell mit dem Aufkommen der Alt-Right und mit dem Trump-Wahlkampf in den Jahren 2015 und 2016.


Foto: Ted Eytan, 2017.03.04 Pro-Trump Rallies Washington, DC USA (CC BY-SA 2.0)

Trump führte zur Wiederbelebung von antifaschistischem Engagement?
Viele neue Antifa-Gruppen bildeten sich als Reaktion auf ihn und die Alt-Right. Verallgemeinernd kann man sagen, dass der Aufstieg und Niedergang von antifaschistischer Organisierung in den USA direkt mit dem Aufstieg und Niedergang der extremen Rechten zusammenhängt.

Wie ist „Antifa USA" zu definieren?
Antifaschismus ist eine sehr breiter Begriff. Darin sind verschiedene Traditionen enthalten. Historiker_innen benutzen ihn oft im weitesten Sinne, indem sie darunter jede Kraft fassen, die gegen die Achsenmächte des II. Weltkriegs Widerstand leisteten. Der

sozialistisch-antikapitalistischen Definition nach, die sich davon unterscheidet, hat der Widerstand gegen den Faschismus nicht nur deshalb zu erfolgen, weil er tyrannisch und undemokratisch ist, sondern auch, weil er einen Verteidigungsmechanismus des kapitalistischen Systems darstellt. Antifa, wie ich ihn verwende, erfolgt in der englischsprachigen Definition aus einer „militant antifascist tradition" heraus. Der Staat, die Polizei und die Gerichte können dabei nicht die Rolle des antifaschistischen Akteurs einnehmen, weil sie strukturell dazu nicht in der Lage sind. Insofern bedeutet „Antifa" staatsfeindliche oder staatsferne Politik.

Was bedeutet „Antifa" us-amerikanischer Prägung?

In den USA rührt diese „militant antifascist tradition", also Antifa, von der Tradition des Netzwerks Antiracist Action seit den 1980er Jahren her. Der Begriff wird in den USA erst seit Mitte der Nullerjahre verwendet. Viele US-Linke teilen die strategischen und taktischen Perspektiven des militanten Antifaschismus nicht und identifizieren sich auch nicht mit dem Begriff „Antifa".

Wie sieht die US-Antifa die Trump-Regierung?

Die Trump-Regierung wird von den einen als faschistisch, von anderen als rechtspopulistisch eingestuft. „Antifa" und Antifaschist_innen in den USA umfassen ja inzwischen allerlei Linke, also Anarchist_innen, Sozialist_innen und Kommunist_innen unterschiedlichster Couleur. Es gibt keine einheitliche Definition.

Welche faschistischen Bedrohungen sind aus Antifa-Sicht am gefährlichsten?

Rechte Gewalt hat in den letzten Jahren zugenommen, besonders seit Trumps Wahlkampf. Es gab sehr viel mehr antisemitische sowie antimuslimische Gewalt und Übergriffe, Angriffe auf queere und Trans-Menschen, auf Linke. Ich sehe zwei Arten von Gefahren. Das Offensichtlichste ist physische Gewalt. Die Gruppe „Atomwaffen" zum Beispiel hortete Bombenbaumaterial und plante ernsthafte Anschläge. Neben explizit faschistisch-nazistischen Gruppen wie dieser gibt es die „Identitären". Deren Ideologie zufolge haben sie, wenn es schwarzen Nationalismus oder schwarze Identitätspolitik gibt, ebenso das Recht, dasselbe zu vertreten -in diesem Fall eben für Weiße. Die Organisation „Identity Evropa" versucht, sich an Universitäten breit zu machen. Wenn sie nicht aufgehalten wird, ist eine gewaltige Einflussnahme auf entfremdete weiße Menschen zu befürchten. Es gab weitere Versuche, die „Traditionalist Workers Party" zu gründen, die mit der angeblichen Arbeiternähe des Faschismus warb. Aber die Partei fiel wieder auseinander.

Wie gefährlich ist die Alt-Right?

Der Begriff Alt-Right ist ein weiter Begriff, unter deren Schirm sich all diese extrem rechten Gruppierungen und Tendenzen bewegen. Dazu kommen rechte Libertäre und die „Incels", also frauenfeindliche, weiße, heterosexuelle Internet-Subkulturen. Richard Spencer hatte den Begriff Alt-Right geprägt mit dem Ansinnen, sich von KuKluxKlan-Roben und Naziuniformen zu distanzieren und mit der Modernisierung von extrem rechtem Gedankengut US-Jugendliche zu rekrutieren. Seit Charlottesville ist diese Rekrutierungsfähigkeit stark zurückgegangen, denn jetzt wird Alt-Right vom Mainstream ziemlich klar mit „Nazi" gleichgesetzt.

Welche Bedeutung haben die „Proud Boys"?

Die „Proud Boys" sind eine frauenfeindliche, westlich-chauvinistische Organisation von hauptsächlich wütenden jungen Männern. Vor Kurzem demonstrierte eine Proud-Boy-Gruppierung in Portland im Bundesstaat Oregon zusammen mit einer anderen extrem rechten Gruppierung namens „Patriot Prayer". Beide haben gemeinsam versucht, ein militante Präsenz zu entfalten. Es gab in den letzten Monaten mehrere Straßenschlachten mit Antifaschist_innen, besonders im pazifischen Nordwesten der USA, also in den Staaten Oregon, Washington State und im nördlichen Kalifornien. Das sind andere gefährliche Gewaltgruppierungen, die sich auf der Straße austoben wollen, jenseits der Bombenbastler und derjenigen, die Waffen einsetzen wollen.

Welche Bündnispolitik verfolgen die Antifa-Gruppierungen in den USA?

So breite Bündnisse wie möglich. Schon in Oregon gab es das. Auch in der US-Hauptstadt Washington ging im August ein breites Bündnis gegen die faschistischen „Unite the Right 2"-Aufmarschversuche auf die Straße, inklusive Einzelgewerkschaften, „Black Lives Matter" und linker und liberaler Menschen. Aber solche Bündnisse und Demonstrationen reichen bei weitem nicht aus. Ein probates Mittel ist zur Zeit das sogenannte Doxxing, mit dem die Daten von Neonazis, Faschisten und anderen extremen Rechten veröffentlicht werden. Ein Grund, weshalb die Teilnehmendenzahl der Faschistendemo „United the Right 2" so klein war, bestand in der Tatsache, dass einige führende Neonazis ihren AnhängerInnen von der Teilnahme abgeraten hatten, weil sie ansonsten ihre Jobs verlieren würden. Das Doxxing hatte nach Charlottesville Erfolge gezeigt, als TeilnehmerInnen feststellen mussten, dass sie gekündigt worden waren. Es waren Bilder und Fotos von ihnen erschienen und Familienmitglieder hatten sich von ihnen distanziert.

Wird in der US-Antifa Bewaffnung diskutiert?

Es gibt ein US-weites Netzwerk von Aktivist_innen namens „Redneck Revolt" in mehreren US-Bundesstaaten, in denen die Schusswaffengesetzgebung Bewaffnung zulässt. „Redneck Revolt" bezieht sich auf die Tradition etwa der Black Panther Party in den 1960ern und 1970ern mit Bezug auf eine revolutionäre Unterklassenpolitik und bewaffnete Selbstverteidigung. Ein Großteil der Aktivitäten besteht in der Waffenausbildung in zugelassenen Clubs. Ein Teil ihrer Politik besteht darin, das Monopol der extremen Rechten in der Waffenkultur zurückzudrängen. „Redneck Revolt" rekrutiert beispielsweise auf Gun Shows. Das Netzwerk war vor zehn Jahren gegründet worden, versackte dann und ist vor gut drei Jahren wieder auferstanden, mit wachsendem Zulauf. •

Das Interview wurde geführt von Max Böhnel, New York

RASSISMUS

Die durch „das Foto“ und den lauten Rücktritt Mesut Özils aus der Nationalmannschaft ausgelöste „Integrationsdebatte“ drückt das Unvermögen der deutschen Öffentlichkeit aus, sich ehrlich mit sich selbst und einer jahrzehntelang verfehlten Einwanderungspolitik zu beschäftigen. Stattdessen wurde lediglich der patriotisch-rassistische Beißreflex vieler Deutscher getriggert und die Debatte entglitt in rasantem Tempo.

Das Deutschsein steht zur Debatte

Der Fall Mesut Özil

■ Angefangen hatte es mit „dem Foto“: Zwei deutsche Nationalspieler, Mesut Özil und İlkay Gündoğan, huldigen dem türkischen Präsidenten Recep Erdoğan während des Wahlkampfs in der Türkei. Unerhört! Sofort beschwört Bild „Entsetzen, Wut, Fassungslosigkeit“ herauf. Ein hessischer SPD-Stadtrat beschimpft die Nationalspieler auf Facebook als „Ziegenficker“. Der Chef des Deutschen Theaters in München twittert: „Verpiss dich nach Anatolien!“ Deutsche Altfußballer und Politiker zweifeln öffentlich an Özils Zugehörigkeit zu Deutschland. Nachdem ein deutscher Fan Özil als „Türkenschwein“ beschimpft, titeln viele einschlägige Medien „Özil legt sich mit deutschen Fans an.“

2010 wurde Özil vom Burda-Verlag der Bambi-Preis für Integration aufgezwängt. DFB und Politik versuchten ihn als perfektes Beispiel für Integration zu stilisieren. Bei genauerer Betrachtung zeichnete sich jedoch eine Diskrepanz zwischen dem vermeintlichen „Vorzeigemigranten“ Özil und der Realität ab. Zwar entschied sich Özil für das deutsche Nationaltrikot – eine Entscheidung, die ihm viele türkische Fans übelnehmen – dennoch betet er vor jedem Spiel zu Allah und schweigt beim Abspielen der deutschen Nationalhymne. Er wurde sowohl von türkischen Fans ausgepfiffen als auch von deutschen Medien für seine undeutschen „hängenden Schultern“ kritisiert. Auch machte Özil nie einen Hehl aus seiner Unterstützung für Erdoğan, traf ihn in der Vergangenheit bereits mehrere Male öffentlich.

Das Echo der deutschen Öffentlichkeit auf „das Foto“ ebenso wie die rasche Eskalation der Debatte muss überwältigend für Özil und Gündoğan gewesen sein – und kalkuliert von Erdoğan. Denn wo sich Özil noch erfolgreich der Vereinnahmung als Integrationsmaskottchen durch die deutsche Politik und den DFB erwehrte, ließ er sich – bewusst oder unbewusst – von Erdoğan instrumentalisieren.

Selbstverständlich ist Kritik an Wahlkampftreffen mit autokratischen Herrschern, die Menschenrechte mit Füßen treten, legitim. Auch dürfen politische Meinungen anderer kritisiert werden. Doch darum geht es in dieser „Integrationsdebatte“ nur nachrangig. Die wahre Empörung resultierte aus der gefühlten Illoyalität Özils gegenüber Deutschland. Über Nacht wurde er vom „Vorzeigemigranten“ zum Symbol einer gescheiterten Integration.

Deutschland duldet keine Geliebten im nationalen Ehebett

In der Debatte ist „gelungene Integration“ ein Euphemismus für Assimilation. Der bedingungslose Anspruch an Einwanderer, ihre alte Kultur restlos abzulegen und sich die deutsche Kultur überzustreifen. Wehe denen, die nicht dem Idealbild entsprechen. Wehe ihnen, sollten sie sich noch der Heimat ihrer Eltern oder Großeltern verbunden fühlen. Im deutschen Kopf gibt es keine Pluralität, keine Identität zwischen den Identitäten. Wer neben Deutschland noch andere Liebschaften pflegt, ist ein Verräter, kann nicht wirklich deutsch sein.

Mit seinem Rücktritt aus der Nationalmannschaft befreite sich Özil aus der Rolle des Integrationsmaskottchens und rieb der deutschen Öffentlichkeit all die Missstände deutscher Einwanderungspolitik unter die Nase, welche seit Jahrzehnten mittels Symbolpolitik versteckt werden sollen. Wie viele Einwanderer hat Özil die Türkei nicht einfach vergessen, weil es in Deutschland so schön ist, sondern identifiziert sich, auch in dritter Generation, mit der Heimat seiner Eltern. Das liegt zu nicht unerheblichen Teilen an der deutschen Kultur des Ausgrenzens – sowohl gesellschaftlich als auch politisch. Wenn man Menschen immer wieder vermittelt, sie seien minderwertige Deutsche, sei es in Behörden, der Gesetzgebung oder der Öffentlichkeit, dann suchen sie sich woanders Anerkennung. Besonders, wenn man als Bürger zweiter Klasse behandelt wird und das Gefühl hat, unwillkommen in Deutschland zu sein.

Ein großer Teil dieser Unwillkommenskultur ist die deutsche „Einwanderungspolitik“. Seit Bestehen der BRD weigerte sich die deutsche Öffentlichkeit, insbesondere die Politik, anzuerkennen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Erst 1965 wurde das Ausländergesetz verabschiedet, welches maßgeblich den Aufenthalt von Ausländer_innen reglementierte. Zuvor wurden lediglich Anwerbeabkommen mit anderen Ländern geschlossen, welche nach dem „Rotationsverfahren“ die Arbeitserlaubnis von „Gastarbeiter_innen“ auf maximal 12 Monate begrenzten und eine Rückkehr ins Heimatland vorsahen. Das



Rotationsverfahren wurde bereits im späten 19. Jahrhundert in Preußen erfunden, um Saisonarbeiter_innen wieder aus dem Land jagen zu können.

Mit der Ölkrise 1973 wurde ein Anwerbestopp verkündet und die „Remigration" der nicht zurückgekehrten „Gastarbeiter_innen" gefördert. Erstmals wichtiges Thema im Wahlkampf wurde die „Ausländerpolitik" Anfang der 80er Jahre. In der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP aus dem Jahr 1983 heißt es entsprechend: „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Es sind daher alle humanitär vertretbaren Maßnahmen zu ergreifen, um den Zuzug von Ausländern zu unterbinden." 1986 folgte eine „Asylkampagne" der Unionsparteien mit dem Ziel, das Asylrecht im Grundgesetz massiv einzuschränken. Die ersten Asylbewerberunterkünfte werden angegriffen. Pünktlich zur Bundestagswahl 1990 verschärfte sich die sogenannte „Asyldebatte" mithilfe der Springermedien massiv. Begriffe wie „Scheinasylant" und „Asylmissbrauch" sowie die deutsche Wassermetaphorik („Flut", „Schwemme", „Abschotten") wurden geboren. Der Spiegel titelte die NPD-Parole: „Das Boot ist voll!". Es folgten die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Nach massiven Einschränkungen des Asylrechts mit einer Grundgesetzänderung beruhigte sich die Lage in Deutschland – die Neonazis verschwanden wieder in ihre Keller.

Es sollte noch bis zum Jahr 2005 dauern, bis mit dem Zuwanderungsgesetz erstmals offiziell von Einwanderung gesprochen wird. Im Jahr 2015 kommt es zur „Flüchtlingskrise" und einem kurzen, barmherzigen Impuls des Helfens – bis die Debatte der 1980er Jahre Deutschland zurückerobert und wieder Unterkünfte brennen.

In diesem Klima der Unsicherheit, des Aufhetzens der Mehrheitsgesellschaft gegen Einwander_innen, sollen sich diese zu Deutschland bekennen? Wer alle zwei Jahre Angst haben muss, seine Duldung zu verlieren, soll sich mit einer Gesellschaft der Ausgrenzung identifizieren, mit einem Regime der Diskriminierung?

Özils Vorwürfe von Rassismus beim DFB wurden als „Quatsch", seine Rücktrittserklärung von Bild als „wirre Abrechnung" und „Jammer-Rücktritt" abgeschmettert. Das Selbstbild des geduldigen, toleranten Deutschen, der seine Contenance nur verliert, wenn jemand das deutsche Vertrauen missbraucht, wurde standfest auch gegen die #metwo-Kampagne verteidigt. In der Bild darf ein „Experte" zwischen „gefühlter Diskriminierung" und „tatsächlicher Diskriminierung" unterscheiden und schon kann der deutsche Michel wieder beruhigt schlafen. Dabei zeigt sich in fast allen Zahlen der sogenannten „Integrations-Indikatoren" des Statistischen Bundesamtes – wie Schulabschluss oder Arbeitslosigkeit – die strukturelle Diskriminierung Eingewanderter und ihrer Kinder.

Dass diese „Integrationsdebatte" den Fußball als Auslöser hatte, ist seiner Rolle als wohl derzeit wichtigste nationale Identitätsstiftung geschuldet. Doch um „Integration" geht es nicht in dieser Debatte, die der eigentlichen Rassismusdebatte übergestülpt wurde. Sie soll klären, ab welchem Grad der Assimilierung Zugewanderte als deutsch anerkannt werden, nicht, was die deutsche Gesellschaft tun muss, damit Eingewanderte sich hier anerkannt fühlen. Aus dem Blick gerät dabei, dass Integration erst gelingen kann, wenn sich das Ministerium für Heimat für die Belange von Zugewanderten als zuständig betrachtet. •

GESCHICHTE

Aggressive Opferrolle – SA-Männer im Bürgerkriegsszenario

OLIVER RESCHKE

■ Im Sommer 1932 erreichten die politischen Unruhen in der Weimarer Republik ihren Höhepunkt. Fast täglich berichteten die Zeitungen über Ausschreitungen und Zusammenstöße. Jeder gab dem politischen Gegner die Schuld und berief sich auf das Recht zur Notwehr. Am 25. Juni 1932 ereignete sich ein besonders schwerer Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbanner, der reichsweit riesige Schlagzeilen machte. Das Vorwärts-Gebäude (auch SPD-Parteihauptsitz) in der Lindenstraße 3 war von der SA überfallen worden. Unter den sich wehrenden Reichsbannermännern wurden einige schwer verletzt.

Die Gewaltwelle setzte ein, nachdem durch Inkrafttreten der „Notverordnung gegen politische Ausschreitungen" des Reichspräsidenten das reichsweite SA-Verbot am 17. Juni 1932 wieder aufgehoben worden war. Die Aufhebung des SA-Verbotes war in eine Zeit gefallen, in der die Lage sowieso schon äußerst angespannt gewesen war. Die nun verstärkte Präsenz der Nationalsozialisten auf den Straßen wurde von nunmehr täglicher provokatorischer Gewalt der SA begleitet. Die Kommunisten, deren Roter Frontkämpferbund weiterhin verboten blieb, reagierten ihrerseits verbittert mit einer Welle von Überfällen auf ihre verhassten GegnerInnen. Die Aufhebung des SA-Verbotes heizte die ohnehin schon angespannte Atmosphäre also zusätzlich an.

Besagter Gewaltwelle fiel auch ein SA-Mann des Kreuzberger Sturmes 24 zum Opfer, dessen Fall (wie noch zu sehen sein wird) eine besondere Bedeutung für die nationalsozialistische Bewegung erlangen sollte. Ihre Version über den Tathergang lautete so: „Am 21. Juni 1932 hielt der Sturm 24 im Lokal „Zur Hochburg", Gneisenaustraße 17 seinen ersten Uniformappell nach dem SA-Verbot ab. Danach machte sich eine Gruppe von 16 SA-Männern auf den Weg um zwei Kameraden, die in einer besonders gefährlichen Gegend wohnten, nach Hause zu bringen." In dieser Nacht wären zudem sämtliche „Berliner Kampfbund gegen den Faschismus"-Kampfstaffeln mobil gewesen. Beim Einbiegen von der Gneisenaustraße in die Schleiermacherstraße wäre die SA von zwei Straßenseiten unter Beschuss genommen worden. Der SA-Scharführer Helmut „Bobby" Köster, von Beruf Kaufmann, brach in den Kopf getroffen vor dem Hause Schleiermacherstraße 23 zusammen. Der Schuss soll aus der „Kommunekneipe" „Tante Emma", Gneisenau- Ecke Schleiermacherstraße, abgegeben worden sein. Noch in der Nacht zum 22. Juni 1932 starb Köster im Krankenhaus.

Doch war es die SA, welche den Zusammenstoß bewusst provoziert hatte. Schon den ganzen Nachmittag und Abend des 21. Juni 1932 waren uniformierte SA-Männer die Gneisenaustraße auf und ab gegangen, dabei die Aufforderungen der Polizei, sich zu zerstreuen, missachtend. Als nach behördlichen Angaben 20 bis 25 SA-Männer das kommunistische Lokal auf dem Weg in die Schleiermacherstraße passierten, stürmten die Kommunisten aus dem Lokal und bildeten eine Kette über die gesamte Straßenbreite. Die SA-Leute begannen ihre Schulterriemen abzuschnallen, um damit gegen die Gegner loszugehen. Fast zeitgleich fielen dann auch schon die ersten Schüsse, wobei von beiden Seiten geschossen wurde. Elf Kommunisten wurden anschließend verhaftet.

Tatsächlich war Köster aber wohl von seinen eigenen Leuten erschossen worden: Bei der von der Polizei als zuverlässigster Zeuge eingestuften Person handelte es sich um einen Anwohner, der das Geschehen vom Balkon der 4. Etage des Hauses Schleiermacher Straße 21 aus genau beobachten konnte und der obendrein NSDAP-Mitglied (also für eine Falschaussage zuungunsten der Nazis wohl eher unverdächtig) war. Nicht zuletzt aufgrund seiner Aussagen kamen die Kriminalbeamten zu dem Schluss, dass die Nazis als erste geschossen haben müssen. Auch ist es schon bemerkenswert, dass die Polizei – obwohl sie von Anfang an einseitig gegen die Kommunisten ermittelte und man eine antikommunistische Haltung aus den Akten herauslesen kann – es nicht vermochte, die sofort in U-Haft genommenen Kommunisten trotz aller Anstrengungen der Tat zu überführen. Sie mussten am 17. Januar 1933 wegen mangelnder Beweise aus der Haft entlassen, das Verfahren am 26. Januar 1933 eingestellt werden.

Obwohl also viele Saal- und Straßenschlachten durch die Nazis provoziert wurden, sah die bürgerliche Öffentlichkeit einseitig in den ArbeiterInnen bzw. der KPD die Schuldigen, da sich die Auseinandersetzungen fast ausschließlich in den



Arbeiterbezirken abspielten. Die Nationalsozialisten spielten sich als die einzige Kraft auf, die den „Marxismus" niederringen und wieder Ruhe und Ordnung schaffen könnte.

So nahmen sie den Todesfall Kösters – im Gegensatz zu den Kommunisten, die mindestens genauso viele Opfer im Straßenkampf zu beklagen hatten – zum Anlass, ihren guten Draht zu den Mächtigen des Landes glühen zu lassen. Noch in der Tatnacht gab der Standartenführer Heck der Standarte 8 ein Telegramm an den Reichsinnenminister Freiherr Wilhelm von Gayl auf, in dem er das achte Todesopfer der Standarte beklagte und behauptete, dass alle durch KommunistInnen ermordet worden wären. Die Standarte 8 würde nunmehr ein endgültiges Verbot der KPD und rücksichtsloses Durchgreifen der Polizei erwarten, deren Verhalten in allen Fällen jede Tatkraft vermissen gelassen hätte. Die Angaben zu den Opfern der Standarte 8 waren eine bewusste Fehlinformation. Von den acht Toten der Standarte 8 waren, nach eigenen Angaben der Nationalsozialisten, nur fünf ermordet worden. Die anderen drei waren durch einen „Unglücksfall" verstorben.

Zuvor hatte Hitler schon auf einer geheim gehaltenen Zusammenkunft am 21. März 1932 im „Kaiserhof" seine Presse- und Propagandaobleute dazu angehalten, aus dem Tod von SA-Männern mehr politisches Kapital für die Wahlkämpfe zu schlagen. Jeder Tote der Bewegung wurde fortan im Angriff Seiten- und Nummernweise ausgeschlachtet, so auch der Tod des SA-Mannes Köster. Bei Köster kam jedoch noch hinzu, dass er der erste „Blutzeuge" war, der nach Aufhebung des SA-Verbotes und nach Beginn der neuen Gewaltwelle auf dem „Friedhof der Bewegung" (Alter Luisenstädtischer Friedhof in Berlin-Kreuzberg, Bergmannstraße) beigesetzt wurde. Ein gefundenes Fressen für den Propagandisten Goebbels: Auf der Beerdigung am 25. Juni 1932 putschte er die anwesenden SA-Leute auf. So äußerte er u.a: „Das ist das letzte Opfer, das wir straflos in die Erde legen! […] Mit diesen Zuständen wird jetzt Schluß gemacht! Endgültig! So oder so! Von nun an wird das ein Ende haben: Wir wollen nicht mehr Ambos bleiben – wir wollen Hammer werden!!" Anschließend zog ein großer Trupp SA, von Goebbels aufgehetzt und von der Aufhebung des SA-Verbotes beflügelt, durch Kreuzberg und verursachte mehrere Zusammenstöße, darunter den o.g. Überfall auf das Vorwärts-Gebäude.

Hinter der Vorgehensweise der SA steckte wie gesehen also Methode: Der Bürgerkrieg wurde geschürt und gleichzeitig stellte man sich selbst als Opfer dar, um damit wiederum einen Vorwand zu haben, gewaltsam gegen seine politischen GegnerInnen vorgehen zu können. •

Eine längere Version dieses Artikels befindet sich auf der Homepage des Autors: www.doktor-oliver-reschke.de/helmut-koester.

GESCHICHTE

Im vergangenen Jahr jährte sich das rassistische Pogrom in Rostock-Lichtenhagen zum 25. Mal. Anlässlich dessen hat das Projekt „Lichtenhagen im Gedächtnis“ eine umfangreiche Sammlung historischer Dokumente erstellt, auf deren Basis zukünftig auch Bildungsarbeit zum Thema erfolgen soll. Wir sprachen mit dem Trägerverein „Soziale Bildung“ (SoBi) über das Projekt und die Frage, welche Rolle das Progrom in Rostock heute spielt.

„Lichtenhagen ist Teil einer identitätsstiftenden Meistererzählung“

INTERVIEW MIT „SOZIALE BILDUNG E.V.“ (ROSTOCK)

Die Idee, eine Projektstelle zur Aufarbeitung und Vermittlung der rassistischen Massengewalt in Rostock 1992 zu schaffen, geht auf einen Beschluss der Rostocker Bürgerschaft im Jahr 2015 zurück. Ihr seid dann mit der Umsetzung beauftragt worden. Noch fünf Jahre zuvor war in der medialen Berichterstattung zum 20. Jahrestag des Pogroms zu lesen, dass es bisher keine Aufarbeitung gegeben hat. Wie kam es zu diesem Beschluss?

Zunächst ist der Behauptung, es habe keine Aufarbeitung gegeben, nicht ganz zuzustimmen. Der Dokumentarfilm „The Truth Lies in Rostock“ (1993), die Ausstellung „Von Menschen, Ansichten und Gesetzen“ (2007), Artikel in Zeitschriften und Sammelbänden, auch im AIB, verweisen auf vielfältige Bemühungen, sich dem Pogrom anzunähern. In den kommunalen Vertretungen wurde den Ereignissen hingegen lange Zeit nicht erinnert. Nicht zuletzt die sehr überstürzt wirkenden Ansätze des Jahres 2012 - die Pflanzung eines Baumes als Gedenkort und die Rede Joachim Gaucks sowie die Reaktionen aus dem zivilgesellschaftlichen Lager - scheinen hier für einen Bruch gesorgt zu haben. Der Einsicht, dass eine „Friedenseiche“ kein akzeptabler Erinnerungsort ist, konnten sich im Nachhinein auch kommunale Vertreter_innen anschließen.

Mittlerweile gibt es ein offizielles Gedenken an das Pogrom. Von wem werden die Gedenkveranstaltungen heute getragen?

Nicht zuletzt bei den Träger_innen des Gedenkens in der Kommune ließ sich seit 2012 eine wellenartige Bewegung erkennen: Existierten im Kontext des 20. Jahrestages noch heftige Spannungen zwischen migrantischen Selbstorganisationen und der Stadtvertretung, ebneten sich diese seither zunehmend ein - mit einer Ausnahme: der Beschreibungskategorie. Während zivilgesellschaftliche Akteur_innen, aber auch die Geschichtswissenschaft aus guten Gründen von einem Pogrom sprechen, firmieren die Ereignisse in städtischen Darstellungen grundsätzlich als Ausschreitungen. Dieser Begriff verschleiert die breite Beteiligung von Anwohner_Innen, ihre Funktion als Bystander, die praktische Partizipation staatlicher Instanzen qua Abwesenheit, die Tötungsabsicht der Täter_Innen uvm. Trotz dieser Differenzen war an den Gedenkveranstaltungen 2017 ein breites Spektrum - vom Jugendalternativzentrum (JAZ), über migrantische Selbstorganisationen bis hin zu Teilen der Rostocker Polizeidirektion - beteiligt. Während der Einweihung von fünf (Gedenk-)Kunstwerken zeigte sich jedoch, dass jede Gruppe die Erinnerung weitestgehend für sich gestaltete. 2018 flaute mit etwa 100 Teilnehmenden das Interesse erneut ab. Eine der größten Herausforderungen aktiver Erinnerungspolitik dürfte auch zukünftig darin liegen, das Zusammenwirken staatlicher Maßnahmen, tötungswilliger Neonazis und den mehreren tausend Bystandern als Bedingungen des Pogroms in den Fokus des Gedenkens zu rücken.

Kern des Projektes ist zum einen der Aufbau eines eigenen Archivs, zum anderen die Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Warum diese zwei Schwerpunktsetzungen?

Uns scheint diese Kombination inhaltlich sinnvoll, da Lichtenhagen zwar als Mikronarrativ im Kontext rechter Übergriffe immer wieder aufploppt, eine quellenfundierte Auseinandersetzung allerdings eher selten zu finden ist. Wissenschaftliche, aber auch pädagogisierende Zugänge benötigen ein möglichst breites Fundament, auch um die Grenzen einzelner Blickwinkel erkennen zu können. Ein Beispiel: Oft fehlt in der medialen sowie polizeilichen Berichterstattung die Perspektive der Betroffenen. So verschwindet aus der Erinnerung aber nicht „nur“ eine Stimme, vielmehr wird das nationale Narrativ - in Ermangelung eines Korrektivs - eher geglaubt. Zudem erlauben multiperspektivische Quellen individuellere Zugänge. In einem auf

Demokratisierung angelegten Bildungsansatz laufen beide Ansprüche letztlich zusammen: Die Ermächtigung von Lernenden, sich selbst einem Gegenstand anzunähern, gleichzeitig aber auch mit den Grenzen historischen Wissens kompetent umgehen zu können. Lichtenhagen ist – auch in der Linken – inzwischen Teil einer identitätsstiftenden Meistererzählung, die zum Teil wenige Schnittpunkte zu den Ereignissen des Sommers 1992 aufweist. Dies zu ändern ist auch ein Anspruch unserer Arbeit.

Als Verein seid ihr schon viele Jahre in der politischen Bildungsarbeit aktiv. Welche Rolle spielt das Gedenken an Lichtenhagen und die Auseinandersetzung mit Rassismus und Neonazismus in der Jugendbildungsarbeit heutiger Schulgenerationen, die damals noch gar nicht geboren waren?

Implizit ist Lichtenhagen gerade für eine bestimmte Generation der Aktiven von SoBi präsent, da ihr politischer Erfahrungsraum durch das Pogrom geprägt wurde. Für eine adäquate Auseinandersetzung mit dem Pogrom in der Bildungsarbeit ist der Dokumentenbezug, Zeitzeug_innenschaft sowie der Rekurs auf Erinnerungen im Eltern- und Verwandtenkreis der Lernenden unumgänglich – eine gleichsam spannende wie herausfordernde Gemengelage. Ein wesentlicher Teil des schulischen Bildungsangebotes fußt auf dem Erfragen von Erinnerungen der Eltern, welche die Lernenden vorab erkunden sollen. In den Kursen selbst offenbart sich uns ein Spannungsfeld von aktiv sich reflektierenden Bekannten, bis hin zu Verwandten, die sich als stolze Teilnehmende des Pogroms erinnern. Gerade diese Brücke zwischen Narrativen, denen die Jugendlichen zunächst trauen und einer quellengestützten Auseinandersetzung, die zur Irritation dieser Narrative beitragen kann, ist einer der größten Beiträge, die wir zur Reflexion von „Lichtenhagen" leisten können.

Erinnern und Gedenken ist so eine Sache, aktiv werden heute eine andere. Wie verknüpft ihr beides in der Jugendbildungsarbeit – oder spielen aktuelle Debatten da weniger eine Rolle?



Foto: PM Cheung

Die konkrete Melange von Erinnerung und Gegenwartsbezügen hängt mit der jeweiligen Zielgruppe zusammen. Zuweilen induzieren die Bilder des Pogroms in den Lernsituationen selbst Gegenwartsbezüge und die Frage nach eigenen Handlungsmöglichkeiten. Bewusst forcierte Referenzen auf Aktuelles spielen in anderen Bildungsprojekten von uns allerdings eine stärkere Rolle. Nicht dass wir diese Bezüge scheuten, allerdings scheint uns der historische Vergleich oftmals schwieriger, als das auf den ersten Blick zu vermuten wäre. Gegenwartsbezüge sind im Bildungsprogramm, das sich aus „Lichtenhagen im Gedächtnis" entwickelte, eher abstrakter Natur, denn auch für uns verbindet sich das Erinnern an das Pogrom mit der Frage, wie einem staatlich wenig reglementierten, zum Mord bereiten Mob begegnet werden kann.

Im Jahr 2004 wurde in Rostock Mehmet Turgut vom NSU ermordet. Nach der Selbstenttarnung des NSU gestaltete sich auch hier das Gedenken als konfliktbehaftet. Im AIB Nr. 102 wird darüber berichtet, dass Rostock sich gerne als Opfer inszeniert – etwa mit dem Verweis, die TäterInnen 1992 und 2005 seien nicht aus Rostock. Mittlerweile gibt es zwar ein Denkmal für Mehmet Turgut, der Vorschlag, eine Straße nach ihm zu benennen, stieß jedoch auf breite Ablehnung. Wo seht ihr Parallelen in der Erinnerung an Opfer rechter und rassistischer Gewalt in den 1990er Jahren und heute?

In der Tat ist diese Abwehrhaltung auffällig im Umgang mit beiden Ereignissen. Eine weitere Parallele besteht im Kreis der Initiator_innen des Gedenkens. Auch im Kontext NSU waren es zunächst vor allem zivilgesellschaftliche Strukturen, die praktische Erinnerung stifteten und sich für eine Institutionalisierung derselben einsetzten. Zwar scheint dieser Prozess hier deutlich schneller auch offizielle Gremien tangiert zu haben – allerdings hat gerade das kritisierte Erinnern an Lichtenhagen 2012 auch die Diskussion um Mehmet Turgut dynamisiert. Ein Blick auf den generellen Umgang mit Opfern rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern lässt allerdings erkennen, dass sich seit den 1990ern nur wenig verändert hat. Ein Beispiel: Im März 1992 – wenige Monate vor dem Pogrom in Lichtenhagen – wird bei einem Überfall auf eine Unterkunft für Asylsuchende Dragomir Christinell erschlagen. Es folgte ein kurzes Medienecho – und seither Schweigen. •

Mehr Informationen zum Projekt unter:
www.lichtenhagen-1992.de

GESELLSCHAFT

Seebrücken bauen für mehr Menschlichkeit

MAURA RAFELT – SEEBRÜCKE

Tausende Rechte marschieren mit vermummten Neonazi-Hooligans und brüllen „Wir sind das Volk!". Hitlergrüße sind zu sehen. Feuerwerkskörper werden in Menschenmengen abgefeuert, Flaschen fliegen in Richtung Polizei. Es kommt zu Angriffen auf Geflüchtete, Gegendemonstrant_innen und Journalist_innen. Ausgerechnet die ehemalige Karl-Marx-Stadt Chemnitz hat sich der rechte Mob für die ausländerfeindliche Randale ausgesucht.

Diese schockierenden Szenen sind am 1. September aus Sachsen in den Medien zu sehen und viele sind fassungslos. Es bildet sich jedoch schnell eine Gegendemonstration zum AfD- und „Pro Chemnitz"-Aufmarsch. Der rechten Hetze rufen sie „Kein Mensch ist illegal" entgegen und auch die Farbe Orange der Bewegung SEEBRÜCKE ist in der Menge oft zu sehen.

Am nächsten Tag gibt es einige große SEEBRÜCKE Aktionen, bei denen kein Platz für den rechten Mob ist: In Hamburg demonstrieren mehr als 16.000 Menschen für Solidarität und mehr Menschlichkeit, in Köln findet eine bunte Kundgebung mit circa 2.500 Teilnehmenden unter dem Motto „Rheinbrücken sind Seebrücken" statt und in vielen europäischen Städten gibt es Veranstaltungen der SEEBRÜCKE. Die Aktionen sind Teil der europaweiten SEEBRÜCKE Aktionswoche „Build Bridges not Walls". Ein weiteres beeindruckendes Zeichen gegen Rassismus setzen am Montag darauf über 60.000 Menschen und namhafte Künstler wie „Kraftklub", „Die Toten Hosen", „Feine Sahne Fischfilet" und „Materia" in Chemnitz bei dem „Wir sind mehr"-Konzert.

Die SEEBRÜCKE ist eine deutschlandweit und inzwischen auch international aktive Bewegung, die von verschiedenen Privatpersonen sowie Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft getragen wird. Die Bewegung steht für Solidarität mit Geflüchteten und den Seenotretter_innen auf dem Mittelmeer. Die Farbe der Bewegung ist Orange - die Farbe der Rettungswesten. Die Forderungen der SEEBRÜCKE sind sichere Fluchtwege und -häfen, die Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Asylpolitik in Europa - also kurz: die Bewegungsfreiheit für alle Menschen unabhängig davon, wo sie herkommen oder wo sie hinwollen. Damit positioniert sich die Bewegung bewusst als Gegenpol zu den immer deutlicher werdenden nationalistischen Abschottungstendenzen in Europa und der Ausbreitung von rechtem Gedankengut.

Dass es einen spürbaren Rechtsruck auch in Deutschland gibt, kann spätestens nach den Ereignissen in Chemnitz wohl niemand mehr leugnen. Die Umfragewerte der AfD steigen in vielen Bundesländern stetig an, die Wahlerfolge der rechtsorientierten Parteien sind schockierend. Auch der öffentliche Diskurs verschiebt sich immer weiter nach rechts. Der Innenminister macht zu seinem Geburtstag öffentlich zynische Witze über Abschiebungen in teilweise unsichere Herkunftsländer und hat außer einem schnell abgeklungenen Shitstorm keinerlei Konsequenzen zu befürchten. Zu den pogromartigen Ausschreitungen in Chemnitz äußert er sich hingegen kaum. Stattdessen melden sich AfD-PolitikerInnen zu Wort, beklatschen die rassistischen DemonstrantInnen im Bundestag und Parteifunktionär Frohnmaier ging sogar so weit, die Wählerschaft per Twitter zu „Selbstjustiz" aufzurufen. In Chemnitz führten RasistInnen eine Hetzjagd auf der offenen Straße auf Menschen durch, die für sie ausländisch aussahen.

Mit der rechten Hetze wächst jedoch auch die Empörung. Im letzten Jahr begegnete ein Großteil der Deutschen der Nachricht von brennenden Flüchtlingsheimen noch mit einer erschreckenden Gleichgültigkeit. Nun ist das Maß voll. Das Gefühl, dass in Deutschland und an vielen Orten in der Welt etwas ganz falsch läuft, wird konkret. Es treibt die Menschen zu mehr Reaktion und endlich auch auf die Straße.

Genau an dieser Stelle setzt die Bewegung SEEBRÜCKE an. Die Bewegung wurde Ende Juni diesen Jahres als spontane Reaktion auf den Skandal um die Mission LIFELINE e.V. gegründet, deren Rettungsschiff das Einlaufen in die Häfen der umliegenden Mittelmeerstaaten trotz 234 unterversorgter und teilweise verletzter Geflüchteter an Bord tagelang verwehrt wurde. Das Schicksal der „Lifeline" richtete das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die menschenunwürdige Situation auf dem Mittelmeer, wo allein seit Beginn des Jahres 2018 bereits über 1.500 Menschen starben (Quelle: IOM), während private Seenotrettungsorganisationen von Behör-

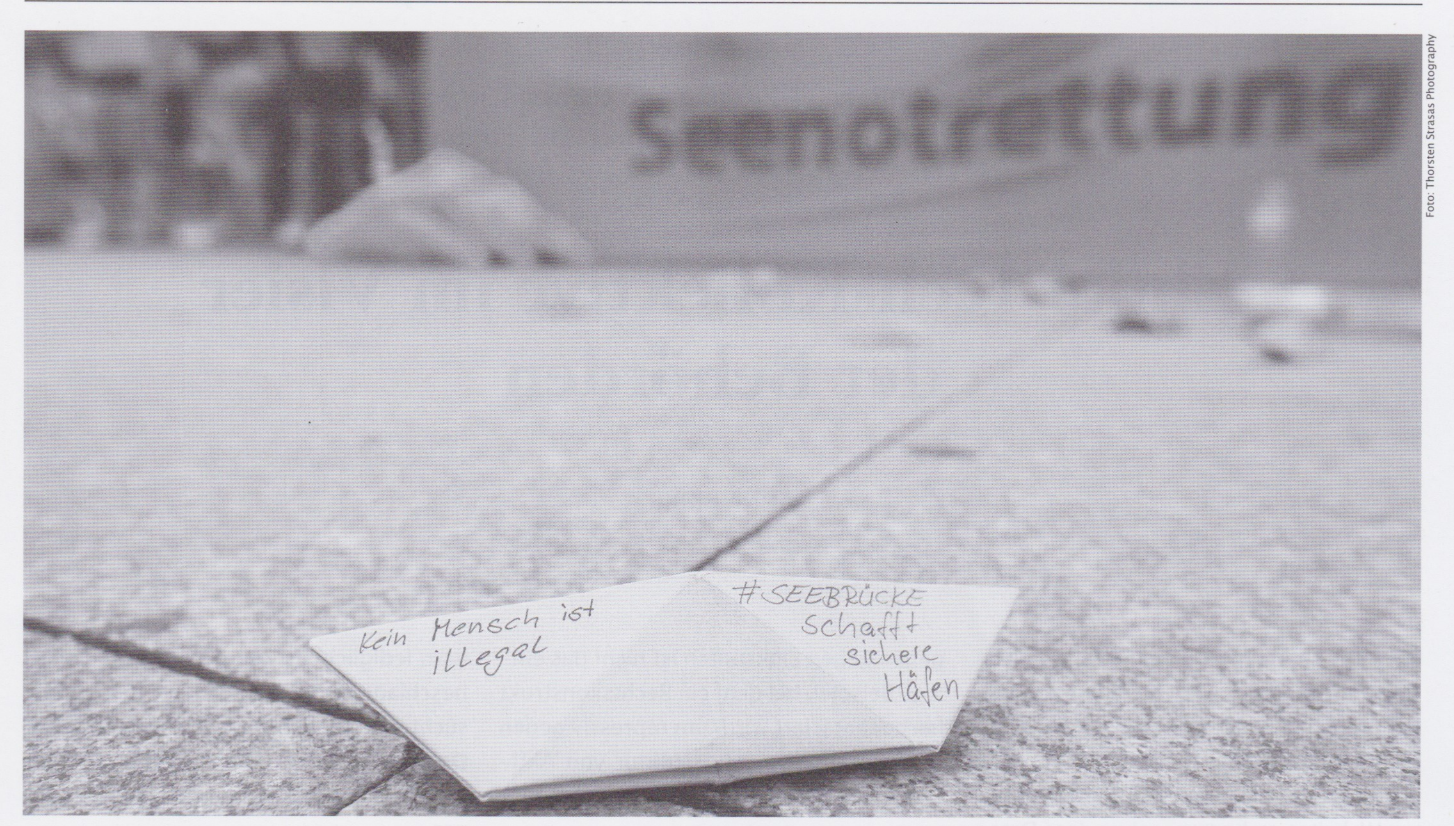


Foto: Thorsten Strasas Photography

den und Regierungen der Anrainerstaaten zunehmend systematisch an der Rettung von Menschenleben gehindert werden. Das Schicksal der „Lifeline“ gab den Startschuss für eine lange überfällige Bewegung für mehr Menschlichkeit und gegen rechts.

Die SEEBRÜCKE steht für Solidarität mit Geflüchteten und den Seenotretter_innen vor Ort. Dabei ist die Idee, eine massenfähige Bewegung für mehr Menschlichkeit zu werden, der sich Menschen verschiedenster Orientierungen und Ansichten anschließen können. Aus diesem Grund sind die Forderungen der SEEBRÜCKE auch relativ allgemein gehalten, sodass sie für eine möglichst große Schnittmenge an Aktivist_innen und nicht organisierten Bürger_innen gleichermaßen anschlussfähig sind und bleiben. Es geht vorrangig um die Mobilisierung der vielen Menschen, die bis jetzt noch stumm geblieben sind, obwohl sie Ausländerfeindlichkeit und Rechtspopulismus eigentlich verurteilen. Dabei richtet sich die Bewegung vor allem an Menschen, die nicht in (politischen) Initiativen aktiv oder organisiert sind. Es scheint eine Vielzahl von Menschen zu geben, die zwar mit der aktuellen Situation unzufrieden sind, jedoch einfach nicht wissen, wie sie sich dagegen engagieren sollen. Hier bietet die SEEBRÜCKE mit ihrem Bewegungsformat eine geeignete Plattform.

Die Zahlen belegen den Erfolg: Seit Ende Juni 2018 sind bereits rund 100.000 Menschen in über 150 Städten deutschlandweit und darüber hinaus an vielen Orten in Europa bei Demonstrationen und verschiedensten Aktionen mit der SEEBRÜCKE auf die Straße gegangen. Allein bei dem von der SEEBRÜCKE initiierten Aktionstag „Day Orange“ am 4. August 2018 kamen rund 50 Veranstaltungen mit über 10.000 Teilnehmer_innen zusammen. Dem Aufruf der Bewegung zu einer europaweiten Aktionswoche unter dem Motto „Build Bridges not Walls“ vom 25. August 2018 bis zum 2. September 2018 folgten Initiativen in Deutschland sowie vielen weiteren europäischen Ländern und es gab verschiedene Großveranstaltungen. Circa 50.000 Menschen solidarisierten sich bei mehr als 50 Aktionen und Demonstration mit Geflüchteten und Retter_innen auf dem Mittelmeer. Unter anderem fanden Aktionen in Lesbos und Athen (Griechenland), vor dem Frontex-Hauptsitz in Warschau (Polen) und dem Gebäude der EU-Kommission in Brüssel (Belgien), sowie in Edinburgh (Großbritannien) und in Zürich (Schweiz) statt.

Diese beeindruckenden Zahlen konnten letzten Endes auch in den Medien nicht mehr ignoriert werden und es begann eine rege Berichterstattung über die Bewegung und die Missstände im Mittelmeerraum.

Bei den SEEBRÜCKE-Veranstaltungen konnten wir ein großes Engagement aus allen Teilen der Gesellschaft feststellen. Familien laufen bei Demonstrationen neben erfahrenen Fahnenschwenker_innen, und Rentner_innen engagieren sich bei Basteltreffen zusammen mit organisierten Student_innen und langjährigen Aktivist_innen. Die offene und dezentrale Struktur der Bewegung, bei der jede_r im Rahmen eigener Fähigkeiten sofort teilhaben und mitmachen kann, spricht scheinbar auch bis dato eher schwach politisierte Teile der Bevölkerung an.

Das Engagement für die SEEBRÜCKE und Erfolge wie „Wir sind mehr“ zeigen, dass es möglich ist, hunderttausende Menschen zu mobilisieren und die Politikresignation zu überwinden. Die Mehrheit der Gesellschaft muss aber noch viel lauter werden. Vielleicht kann dies also ein erfolgreicher Weg gegen rechts sein: eine offene und laute Bewegung für mehr Menschlichkeit. •

REPRESSION

Die Meldungen über Repressionen gegen linke IT-Projekte und Razzien häufen sich. Davon sind nicht nur die Kollektive selbst betroffen, sondern auch alle Aktivist_innen, die auf ihre Infrastruktur vertrauen.

Linke Tech-Kollektive im Visier der Behörden

ANNA BIRKE

Aktivist_innen brauchen Kommunikationsmittel, denen sie vertrauen können. Sie brauchen Mailanbieter, die ihre Daten nicht einfach an die Ermittlungsbehörden weitergeben. Sie brauchen Infrastruktur, um Websites zu hosten – ohne dass Daten über Nutzer_innen gesammelt werden. Sie brauchen Demoticker, anonyme Koordinierungsmöglichkeiten und verschlüsselte Mailinglisten. All das finden sie nicht bei kommerziellen und monopolistischen Anbietern, sondern bei Tech-und Infrastrukturkollektiven, denen sie vertrauen können. Doch die sind attraktive Angriffspunkte für Repressionsbehörden und in den letzten Monaten häufen sich die Angriffe staatlicher Stellen auf diese Strukturen.

Eine dieser Strukturen ist linksunten.indymedia.org. Im August 2017, kurz nach den G20-Protesten in Hamburg und mitten im Bundestagswahlkampf, verbot das Bundesinnenministerium die Plattform. Es folgten Hausdurchsuchungen bei Aktivist_innen und im Freiburger Autonomen Zentrum KTS. Für das Verbot deklarierte das Innenministerium Linksunten als Verein, doch ein solcher Verein existiert nicht. Vielmehr sahen Anwält_innen und Vereine wie „Reporter ohne Grenzen“ Linksunten als journalistisches Portal und das Verbot demnach als Verletzung der Pressefreiheit. Denn auf Linksunten gab es nicht nur Demoaufrufe und Veranstaltungshinweise, das Portal lieferte auch ausführliche Recherchen über extrem rechte Gruppen und Strukturen. Das politisch motivierte Vorgehen gegen Linksunten ist nicht das einzige Beispiel, bei dem ein Rechtskonstrukt herbeifantasiert wird, um repressiv gegen wichtige digitale Infrastruktur von Aktivist_innen vorzugehen.

Rechtswidrige Razzia bei den Zwiebelfreunden

Im Juni 2018 führte die Polizei mehrere parallel stattfindende Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern des Vereins Zwiebelfreunde durch. Die Zwiebelfreunde betreiben unter anderem Tor-Knoten und ermöglichen damit, sich über das Tor-Netzwerk anonym in Netz zu bewegen und nationale Zensurmechanismen zu umgehen. Razzien bei Tor-Knoten-Betreiber_innen gab es bereits in der Vergangenheit. IP-Adressen, von denen Straftaten begangen worden sein sollen, wurden auf ihre Server zurückgeführt. Doch der aktuelle Fall hatte offiziell nichts mit der Unterstützung des Tor-Netzwerks zu tun.

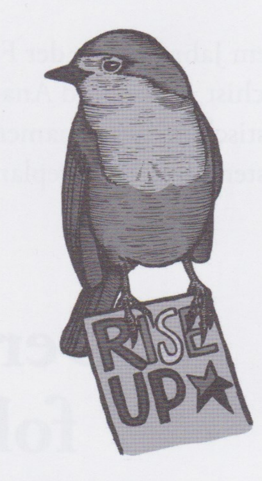
Der Blog „Augsburg für Krawalltouristen“, der zu Protesten gegen den AfD-Bundesparteitag in Augsburg aufrief, nannte als Kontaktmöglichkeit eine Mailadresse, die beim Techkollektiv riseup.net gehostet ist. Die Zwiebelfreunde sind zwar nicht riseup.net, sie verwalten jedoch Spendengelder für das Tech-Kollektiv aus den USA. Dieser über mehrere Ecken konstruierte Zusammenhang genügte dem Amtsgericht München offenbar, die Razzien zu genehmigen. Die Betroffenen galten dabei zu keinem Zeitpunkt als Beschuldigte, sondern lediglich als Zeug_innen. Die Polizei beschlagnahmte Datenträger der durchsuchten Personen und des Vereins sowie Dokumente. Darin befanden sich auch Daten von Unterstützer_innen und Spender_innen.

Weitere Gruppen betroffen

Moritz Bartl, Vorsitzender des Vereins „Zwiebelfreunde“, arbeitet im Hackerspace OpenLab in Augsburg. Daher durchsuchten die Beamt_innen auch diese Räume. Dadurch waren neben den Zwiebelfreunden auch andere Gruppen betroffen, die im OpenLab zu Gast sind. Darunter waren Hacker_innen des Chaos Computer Clubs. Die Durchsuchung drohte dort zu eskalieren. Die Polizist_innen sahen chemische Formeln auf einer Tafel – kein ungewöhnlicher Anblick in einem Hackerspace – sowie ein 3D-gedrucktes Spielzeug, das sie als Bombenmodell interpretierten. Das nahmen sie zum Anlass, die Anwesenden in Gewahrsam zu nehmen und beschuldigten sie, eine Sprengstoffexplosion herbeiführen zu wollen.

Dieser Vorwurf war absurd genug, um kurze Zeit später fallengelassen zu werden. Nur zwei Monate nach der Razzia erklärte das Münchner Landgericht auch die Durchsuchungen selbst als rechtswidrig. Es ordnete an, die Polizei solle die beschlagnahmten Gegenstände wieder zurückgeben. Trotz des nachträglichen Erfolgs für die Zwiebelfreunde dürften die Durchsuchungen nicht ohne Folgen bleiben, selbst





wenn Unterlagen, Datenträger und Geräte wieder in den Händen der Aktivist_innen sind. Denn diese können sich nicht sicher sein, dass die enthaltenen Daten aus den Dokumenten, die sich auf Papier und nicht auf verschlüsselten Festplatten befanden, ausgewertet und von der Polizei für andere Zwecke gespeichert wurden.

Das bedeutet nicht nur ein Risiko für die Betroffenen und Unterstützer_innen, es beschädigt zusätzlich das Vertrauen anderer Aktivist_innen. Sie könnten sich aus Angst vor weiteren Repressionen in Zukunft scheuen, sich an die Zwiebelfreunde zu wenden. Die Repression, egal ob die Maßnahmen im Nachhinein für unrecht erklärt wurden, wirkt dadurch langfristig nach.

Razzia bei einem Tech-Kollektiv

Nur wenige Tage nach den Zwiebelfreunde-Razzien durchsuchte die Polizei das Kulturzentrum „Langer August" in Dortmund. Sie beschlagnahmte dort einen Server des Wissenschaftsladens und verschaffte sich entgegen des Durchsuchungsbeschlusses Zugang zu Räumen anderer Projekte. Betroffen davon war auch der Chaostreff Dortmund, wieder ein lokaler Ableger des Chaos Computer Clubs.

Ziel der Razzia war ein Server von systemausfall.org. Der Gruppe wird vorgeworfen, ein Blog gehostet zu haben, auf dem Pläne französischer Gefängnisse sowie Informationen über die Infrastruktur des Atomkraftwerks Fessenheim veröffentlicht worden seien. Doch beim Vorgehen gegen die spezifische Seite blieb es nicht. Durch die Beschlagnahmung war unter anderem die Seite des freien Hamburger Radiosenders FSK 93.0 zeitweise nicht erreichbar. Wieder ein Beispiel dafür, dass die Ermittler_innen großflächigen Schaden anrichten, nicht nur bei den Gruppen, die explizites Ziel der Maßnahmen sind.

Zentralisierte Infrastruktur ist gefährlich

Auf linken Tech-Kollektiven lastet viel Verantwortung für kritische Infrastruktur von Aktivist_innen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass diese Verantwortung sich auf so viele Schultern wie möglich verteilt. Denn je weniger Tech-Kollektive es gibt, desto interessanter werden sie für staatliche Behörden und desto größer wird der Schaden, wenn sie zu Opfern von Repressionsmaßnahmen werden.

Riseup.net etwa hostet nach eigenen Angaben über 14.000 Mailinglisten mit über vier Millionen Abonnent_innen. Sollte riseup.net jemals seine Arbeit einstellen müssen oder kompromittiert werden, stünden tausende aktivistische Gruppen vor riesigen Problemen. Eine Situation, in der wenige Kollektive quasi als „Google für Aktivist_innen" agieren, ist gefährlich.

Mehr polizeiliche Befugnisse

Repression und insbesondere Razzien gegen technische Infrastruktur sind an sich nichts Neues, weder in Deutschland noch international. Bereits im Jahr 2001 beschlagnahmte die Polizei Computer von Indymedia Italien, um Video- und Audiomaterial zum G8-Gipfel in Genua zu suchen. Doch die jüngsten Repressionsmaßnahmen sind eingebettet in den aktuellen Trend, mit neuen gesetzlichen Befugnissen digitale Kommunikation anzugreifen und zunehmend zu überwachen. Die bayerische Polizei etwa darf in Zukunft nach dem neuen Bayerischen Polizeiaufgabengesetz unter anderem auf online gespeicherte Daten zugreifen und Telekommunikation überwachen. Es genügt, dass eine hypothetische Gefahr von einer Person ausgehen könnte – eine Eingriffsschwelle, die vager nicht sein könnte.

In Hessen bekam die Polizei im Juni 2018 die rechtliche Möglichkeit, Staatstrojaner einzusetzen und auf Nutzungsdaten von Messengern zuzugreifen. In Nordrhein-Westfalen ist ebenfalls ein Polizeigesetz geplant, das die Befugnisse der Ermittlungsbehörden im Digitalen erweitern soll und in der Bundespolitik sind unter Innenminister Horst Seehofer weitere Vorstöße zu erwarten.

Linke IT-Kollektive werden zwar niemanden davor bewahren können, dass Telefongespräche abgehört oder die Internetleitung überwacht wird. Aber sie versorgen uns mit der Infrastruktur und dem Wissen, das wir brauchen, um uns und unsere Freund_innen so gut es geht, gegen staatliche Überwachung zu schützen. Eines muss uns dabei jedoch bewusst sein: Sie nehmen uns nicht die Verantwortung ab, die eigenen Geräte und Datenträger durch Verschlüsselung zu schützen und keine unverschlüsselten Daten über die Leitung zu schicken. Denn spätestens wenn die Polizei vor der Tür steht, kann auch der sicherste Server des vertrauenswürdigsten Kollektivs nicht mehr helfen. •

REPRESSION

Vor einem Jahr begann der FSB (Förderale Geheimdienst der Russischen Föderation), einen Terror-Fall gegen elf Antifaschist_innen und Anarchist_innen in Russland zu konstruieren. Den Betroffenen wird vorgeworfen, eine terroristische Gruppe namens «Netz» gebildet und Anschläge zu den Präsidentschaftswahlen und der Fußballweltmeisterschaft 2018 geplant zu haben. Zehn Personen befinden sich derzeit in U-Haft, eine weitere steht unter Hausarrest.

Der russische Geheimdienst foltert Antifaschist_innen und Anarchist_innen

GASTBEITRAG VON MIKA

Hatte die antifaschistische und anarchistische Bewegung in den 2000er Jahren am ehesten mit Angriffen von rechts zu kämpfen, so wird seit mehreren Jahren vermehrt versucht, sie durch staatliche Repression an ihrer Entwicklung zu behindern. Die entsprechenden Organe statuieren an bekannten Gesichtern politischer und subkultureller Zusammenhänge ein Exempel, um sie einerseits zu stoppen und andererseits den Rest der Szene einzuschüchtern. Beide Tatsachen führten in den letzten 20 Jahren dazu, dass die antifaschistische und anarchistische Bewegung verhältnismäßig jung, zahlenmäßig gering sowie in eher kurzlebigen und überwiegend losen Strukturen aktiv ist, in denen sich subkulturelle, politische und freundschaftliche Kreise häufig überschneiden.

Bei dem Versuch der autoritären Regierung der Russischen Föderation die antifaschistische und anarchistische Bewegungen klein zu halten, griff sie bis dato eher zum „Anti-Extremismusgesetz", das zu Verfahren, Bußgeldern oder einigen Jahren Arbeitskolonne bzw. Gefängnis führen kann. Als Hassverbrechen gegen eine bestimmte Personengruppe wurden dabei bereits das Teilen von oder gar Sympathiebekundungen unter einem Anti-Nazi- oder „ACAB"-Eintrag in sozialen Netzwerken eingestuft. Vereinzelt wurde bisher neben Hausdurchsuchungen, bei denen oft Beweismaterial untergeschoben wurden, auch Gewalt zur Einschüchterung eingesetzt, wobei das Vorgehen immer wieder ähnlich war: Aktivist_innen wurden auf der Straße von vermummten Personen in einen dunklen Van gezogen, in den Wald gefahren, zusammengeschlagen und wieder ausgesetzt.

Terrorgruppe „Netz"?

Der russische Geheimdienst FSB stützt seine aktuellen Ermittlungen auf wage Vermutungen, unbegründete Behauptungen, gefälschte „Beweise" sowie unter Folter erpresste Geständnisse und Aussagen. Im Oktober 2017 begann die erste Verhaftungswelle. Der FSB nahm fünf Personen unter dem Verdacht der „Bildung einer terroristischen Vereinigung" namens „Netz" (Artikel 205.4 Punkt 2 Strafgesetzbuch der Russischen Förderation) in der etwa 550 Kilometer südöstlich von Moskau gelegenen Stadt Pensa gefangen – Jogor Sorin, Andrey Tschernov, Wassili Kuksov, Ilja Schakurskij, Dmitrij Ptschelinzev – und eine weitere Person in St. Petersburg – Arman Sagynbajev – der gelegentlich in Pensa zu Besuch war. Kuksov und Ptschelinzev wurden bei der Hausdurchsuchung zusätzlich noch Waffen untergeschoben. Zum einen diente den Behörden wohl ihr gemeinsames Hobby Strikeball – ähnlich dem Paintballspiel ein taktischer Geländesport, der legal und sehr populär in Russland ist – und ihre Sympathie mit linker Politik, Anarchismus und Antifaschismus als Anlass ihrer Verhaftung. Zum anderen aber auch ihr Bekanntheitsgrad in der lokalen linken Szene.

Dies wird am Beispiel Ilja Schakurskijs deutlich: Er ist bekennender Antifaschist und organisierte u.a. Vorträge, Kundgebungen, „Food not Bombs"-Aktionen, Umweltschutzinitiativen und Tierrechtskampagnen. Bereits zu Schulzeiten stieß sein selbstorganisiertes Engagement und sein Talent, Mitschüler_innen zu Aufräumaktionen am naheliegenden Fluss zu mobilisieren den Vertreter_innen der Stadtverwaltung scheinbar negativ auf. Diese erteilten daraufhin in Begleitung mit der Polizei Shakurskijs Mitschüler_innen in der Schule eine extra Lehrstunde, behaupteten Ilja wäre ein Neonazi und verlangten von den Schüler_innen den Kontakt zu Ilya abzubrechen – eine Geschichte über die Shakurskij und seine antifaschistischen Freund_innen sich noch sehr lange amüsierten.

Im Januar 2018 folgten dann Verhaftungen von drei weiteren Personen in St. Petersburg: Julij Bojarschinov, Viktor Filinkov und Igor Schischkin wurden beschuldigt Mitglieder einer Zelle der terroristischen Gruppe „Netz" zu sein. Hierbei wur-



Foto: antifa.fm

Eine Solidaritätsaktion in Russland: „Sie sind keine Terroristen – Terroristen des FSB foltern Menschen“

de bekannt, dass der Antifaschist Viktor Filinkov am Flughafen von St. Petersburg vom FSB verhaftet, entführt und stundenlang gefoltert worden ist. Nach zwei Tagen tauchte er mit einem Geständnis, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein, wieder auf. Erst ab diesem Zeitpunkt berichteten unabhängige Nachrichtenseiten über den konstruierten Fall sowie über beginnende Solidaritätsaktionen. Über die anderen Gefangenen und ihre Situation hingegen ist nur wenig bekannt.

So auch im Fall von Michail Kulkov und Maksim Ivankin, die erst kürzlich im Juli 2018 als vermeintliche Mitglieder der angeblichen Terrorgruppe „Netz“ verhaftet wurden. Viele Gründe zwingen die Angeklagten und ihre Familienangehörigen zum Schweigen: Angst vor (weiterer) Folter oder „Outing“ als Antifaschist_innen vor anderen Zelleninsassen im Strafvollzug, Hoffnung auf niedrigere Strafmaße und Schutz der Freund_innen und Familienangehörigen vor Repression oder Angriffen durch Neonazis.

Repression

Beim aktuellen Fall nehmen die Anschuldigung des Terrors, das damit verbundene Strafmaß in Höhe von bis zu zehn Jahren und der systematische Einsatz von Folter eine zusätzliche und neue Dimension an. Filinkov, Schakurskij und Ptschelinzev schildern in Briefen bzw. über ihre Anwält_innen und Familienangehörige Misshandlungen und Folter mit Stromschlägen, um Falschaussagen und Unterschriften unter Geständnisse zu erzwingen. Ptschelinzev berichtete, dass ihm täglich über Wochen Elektroden am Körper befestigt und die Stromzufuhr aufgedreht wurde. Vor Schmerz biss er die Zähne so stark zusammen, dass sie anfingen zu bröckeln und er den Mund voller Zahnstückchen hatte. Um dieser Qual zu entkommen, hatte Ptschelinzev bereits einen Selbstmordversuch unternommen, aber überlebt. An seinem Beispiel wird aber auch deutlich, wie der Geheimdienst Familienangehörige unter Druck setzt: In einem Verhör mit seiner Frau wurden ihr gegenüber sexuelle Androhungen geäußert und ihm wurde im Fall von mangelnder Kooperation mit der Vergewaltigung seiner Frau gedroht.

Die Strategie des FSB funktioniert: Tschernov unterschrieb sein Geständnis, nachdem er eine Unterhaltung mit dem gefolterten Ptschelinzev geführt hatte. Mit diesen Einschüchterungen und Androhungen von Gewalt und Folter erklären sich Angehörige und Unterstützer_innen das erzwungene Schweigen der anderen Inhaftierten. So gibt es Aussagen von Anwält_innen und Angehörigen über Hämatome, Hautreizungen durch Elektroschocker und blutverschmierte Kleidung im Fall von Kuksov und Schischkin, die bisher aber selbst keine offiziellen Bekundungen über Gewalt und Folter gemacht haben.

Internationale Solidarität

Mittlerweile wurden ein Elternrat der Inhaftierten und die mehrsprachige Informationswebsite „rupression.com“ gegründet. Nur durch weltweite Aufmerksamkeit sehen Unterstützer_innen die Chance, dass die russische Regierung in Handlungszwang gerät. Aktionen im eigenen Land halten die meisten hingegen für zu gefährlich. Zum einen fanden bei Aktivist_innen von Solidaritätsaktionen wiederum Hausdurchsuchungen und Verhaftungen statt, zum anderen berichteten Angehörige, dass mit jeder Solidaritätsaktion innerhalb Russlands der Druck auf die Inhaftierten erhöht wird. Umso notwendiger scheint die Möglichkeit, international auf die Repression gegen emanzipatorische Linke in Russland hinzuweisen. So kam es seit Ende Januar 2018 in über 30 Städten und über zehn Ländern auf vier Kontinenten zu Solidaritätsbekundungen und -aktionen verschiedenster Art – von Graffitis, Bannern und Straßentheater über „Mobfotos“, Infovorträge, Kundgebungen und Spontandemonstrationen bis hin zu symbolischen und militanten Aktionen. Seit Frühling 2018 finden auch immer mehr Informationsveranstaltungen in Europa statt, unter anderem auch auf internationalen Musik-Festivals wie dem „Fluff Fest“ in Tschechien oder dem „Resist to Exist“ in Deutschland. •

SPANIEN

Auseinandersetzungen um den franquistischen Wallfahrtsort „Valle de los Caidos“

SILKE HÜNECKE

■ Per Dekret und mit Zustimmung einer knappen Mehrheit von sechs Stimmen beschloss das spanische Parlament im September 2018, die sterblichen Überreste des Diktators Francisco Franco aus dem Mausoleum im „Valle de los Caidos“ zu entfernen. Ein monatelanger Streit mit der rechtskonservativen „Partido Popular“ (PP), franquistischen AnhängerInnen und Angehörigen des Diktators war diesem Beschluss vorausgegangen. Dieses Beispiel zeigt, dass auch vierzig Jahre nach Erlass der demokratischen Verfassung ein antifranquistischer gesellschaftlicher Konsens noch nicht erreicht wurde. Wie kein anderes Bauwerk verkörpert das gigantische ‚Valle de los Caidos‘ (dt. Tal der Gefallenen) bei Madrid bis heute die franquistische Diktatur (1939–1975/77). Seit dem Ende der Diktatur wurden hier keine Veränderungen vorgenommen. Der 1959 fertiggestellte massive Bau umfasst einen Aufmarschvorplatz, eine Kapelle, ein Benediktinerkloster und das höchste freistehende Kreuz der Welt. Es ist ein Paradigma der franquistischen Architektur, welches die besondere Symbiose von katholischer und franquistischer Weltanschauung widerspiegelt. Unter der Inschrift ‚Caidos por Dios y España‘ (dt. Gefallen für Gott und Spanien) wird bis heute nicht nur der franquistischen Gefallenen gedacht, sondern im Zentrum der Basilika liegen die sterblichen Überreste von dem Begründer der faschistischen Falange José Antonio Primo de Rivera und von Franco selbst. Bis zum Verbot 2007 organisierten franquistische Gruppierungen dort jährlich am 20. November – dem gemeinsamen Todestag von Primo de Rivera (1936) und Franco (1975) – öffentliche Gedenkveranstaltungen. Neben der franquistischen Symbolkraft ist es ein Ort, der die repressive Brutalität der franquistischen Diktatur und deren fehlende Aufarbeitung widerspiegelt. Das Valle wurde in 18-jähriger Bauzeit von rund 20.000 Zwangsarbeiter_innen, die gegen die franquistischen Kräfte während und nach dem Spanischen Bürgerkrieg gekämpft hatten und inhaftiert wurden, errichtet. Bis heute ist ungeklärt, wie viele von ihnen aufgrund der extremen Bedingungen wie Misshandlungen, Nahrungsmangel, Kälte und fehlenden Arbeitsschutz umgekommen sind. Es ist ebenso ein anonymes Massengrab von tausenden unbekannten antifranquistischen Soldat_innen und Verschwundenen. Unterschiedliche Gründe hatten Franco dazu bewogen, den ursprünglich nur für franquistische Gefallene vorgesehen Ort auch mit sterblichen Überresten von Antifranquist_innen aufzufüllen. Im Valle selbst gibt es keine erinnerungspolitische Aufarbeitung, nicht einmal eine Gedenktafel erinnert an diese Verbrechen.

Jahrzehntelange Verschleppung der Auseinandersetzung

Der unveränderte Fortbestand dieses Wallfahrtsortes ist der fehlenden Aufarbeitung der Diktatur im spanischen Staat geschuldet. Erst in den 2000er Jahren wurde mit dem jahrzehntelang vorherrschenden „Pakt des Schweigens“ über die diktatorische Vergangenheit vor allem durch die neu entstandene Erinnerungsbewegung gebrochen.[1] So waren es erinnerungspolitische Gruppen, die 2005 erstmalig einen Vorschlagskatalog zum Umgang mit dem ‚Valle de los Caidos‘ veröffentlichten. Dieser Katalog umfasste die Konstruktion eines Dokumentationszentrums über die franquistische Diktatur, die Entfernung der sterblichen Überreste der franquistischen Führer sowie die Exhumierung und Übergabe der sterblichen Überreste der Antifranquist_innen an ihre Angehörigen. Ihre zentrale Forderung war, dass das Valle nicht weiter als franquistischer Gedenkort bestehen bleiben sollte. Aufgrund des Drucks der Straße erlies die sozialdemokratische PSOE-Regierung 2007 erstmalig ein Erinnerungsgesetz, das den Opfern der Diktatur zugute kommen sollte. Im Artikel 16 des Gesetzes wurde festgelegt, dass eine Expertenkommission einen Plan zum Umgang und zur Umgestaltung des Mausoleums entwickeln soll. Allerdings wurde die Bildung der Kommission um vier Jahre verschleppt. In dem 2011 veröffentlichten 30seitigen Bericht empfahl die Kommission, die sterblichen Überreste Francos umzubetten, die Krypten für Exhumierungen zu öffnen und eine Wahrheitskommission einzusetzen, um das Schicksal Tausender Verschwundener zu klären. Allerdings fand der Bericht keine weitere Beachtung,



Foto: Archiv

links: Francisco Franco besucht mit seiner Frau Carmen Polo das „Valle de los Caidos"

unten: Die #ExhumacionFranco wurde zum Diskurs in den sozialen Medien



Foto: Twitter

da die rechtskonservative PP kurz zuvor an die Regierung gekommen war. Bereits Mitte der 1990er Jahre hatte sich die damalige PP-Regierung eindeutig positioniert: Sie ließ die sterblichen Überreste der Gefallenen der Division Azul[2] exhumieren und subventionierte mit Steuergeldern die Stiftung Fundación Nacional Francisco Franco (FNFF), die es sich zur Aufgabe gemacht hat, das „Andenken Francos zu schützen". Im Wahlkampf 2011 hatte die PP bereits angekündigt, die von der PSOE eingeleitete Erinnerungspolitik sofort zu beenden.

Notwendige umfangreiche Aufarbeitung

2017 beantragte die PSOE als Oppositionspartei die Umbettung Francos aus dem Valle und bekam dafür eine Mehrheit im Parlament. Allerdings enthielt sich die damalige PP-Regierung nicht nur dem Antrag, sie setzte ihn auch nicht um. Zu einem Richtungswechsel hinsichtlich des Valle kam es 2018, nachdem die PP zurücktreten musste. Die neue PSOE-Regierung forderte erneut, dass die sterblichen Überreste der franquistischen Führer exhumiert und den Familien übergeben werden sollten. Gegen dieses Bestreben organisieren seitdem profranquistische Gruppierungen Kundgebungen am Mausoleum unter dem Slogan „El Valle no se toca" (dt. Das Tal wird nicht angerührt). Bei den Protesten sind die franquistische Hymne „Cara al sol" und „Viva Franco"-Rufe zu hören, franquistische Symbolik und Uniformen zu sehen und Hunderte zeigen den „römischen Gruß". Und dies obwohl das Erinnerungsgesetz von 2007 jede öffentliche Veranstaltung zur Verherrlichung des Franquismus am Valle untersagt. Öffentlichkeitswirksam wurden in Madrid Transparente der Kampagne aufgehängt, Plakate geklebt und soziale Medien zur Mobilisierung genutzt. Als eine treibende (finanzielle) Kraft hinter der Kampagne gilt die Franco Stiftung (FNFF). Zum breiten Spektrum gegen das PSOE-Vorhaben gehören auch Teile der Benedikterabtei. Sie gedachten in einer Messe am 18. Juli – dem Jahrestag des franquistischen Putsches und Beginn des Spanischen Bürgerkrieges – „ihren Brüdern Francisco und José Antonio". Zudem weigert sich die Familie Francos der Exhumierung der sterblichen Überreste zuzustimmen und verzögert dadurch das Vorhaben. Die PP sowie die zweite große rechte Partei Ciudadanos haben das Dekret zur Exhumierung im Parlament mit ihren 165 Abgeordneten nicht unterstützt. Diese unterschiedlichen Akteure formen den starken rechten Gegenpol, der sich gegen eine erinnerungspolitische Aufarbeitung der Diktatur stellt. Wenngleich die Exhumierung des Diktators ein wichtiger symbolischer Schritt ist, bedarf es im spanischen Staat weit mehr als der Umgestaltung des Valle. Dies wurde in dem jüngst auf der Berlinale ausgezeichneten Dokumentarfilm „El silencio de los otros" (dt. Das Schweigen der Anderen) von Almudena Carracedo und Robert Bahar deutlich. Der Film zeigt die franquistischen Verbrechen und die Problematik der fortwährenden Straflosigkeit auf. Denn durch das 1977 erlassene Amnestiegesetz musste sich bis heute niemand für die begangenen Verbrechen während der Diktatur verantworten. Während europaweit die PSOE-Regierung für ihr Vorgehen hinsichtlich des Valle gelobt wurde, wurden im spanischen Inland neue Erkenntnisse über den Folterer Antonio González Pacheco öffentlich. González Pacheco alias Billy the Kid ist einer der bekanntesten Folterer der Diktatur im Spätfranquismus gewesen. Jetzt wurde bekannt, dass er für seine „Verdienste" zwischen 1972–1982 mit mehreren Medaillen geehrt wurde, wodurch seine heutige Rente verdoppelt wurde. Die erinnerungspolitischen Gruppen „Foro por la Memoria und Asociación de presxs y represaliadxs del franquismo" fordern deswegen nicht nur die sofortige Umgestaltung des Valle, sondern auch die Verurteilung aller franquistischen Folterer. •

1 Siehe dazu auch AIB 104 / 3.2014 | 26.11.2014; www.antifainfoblatt.de/artikel/%C3%BCberwindung-des-schweigens 2 Die Division Azul war eine spanische Freiwilligengruppe, die von 1941–1943 auf Seiten der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion gekämpft hatte.

CHILE

Am 25. Juli 2018 waren 50.000 Feminist_innen und Befürworter_innen der legalen Abtreibung auf den Straßen von Santiago (Chile) unterwegs. Drei Frauen wurden bei dieser Demonstration von Gegendemonstranten der extremen Rechten niedergestochen.

„Wir haben keine Angst"

Der Feminismus in Chile wächst und mit ihm die Gewalt der extremen Rechten

Es war der englisch-spanischsprachige Internetblog „Black Rose / Rosa Negra", der als einer der ersten auf die gewalttätigen Neonazi-Übergriffe auf Feminist_innen in Chile – die für eine freie und legale Abtreibung kämpfen – aufmerksam machte, die Kämpfe der feministischen Kollektive hervorhob und um Solidarität warb[1]. Der attackierte Marsch erinnerte an den 5. Jahrestag einer Aktion, bei der Feminist_innen die katholische Kathedrale während einer Messe besetzten, die vom chilenischen Erzbischof zu Ehren von San Santiago mit Bischöfen, dem Bürgermeister und anderen anwesenden Regierungsbeamten geleitet wurde. Es war die erste feministische „Toma" (Besetzung) und markierte einen Wendepunkt in der Bewegung, die sich seit 2013 zu einer Massenbewegung entwickelt und politische Räume und Debatten im ganzen Land beeinflusst hat. Diese Bewegung hat ihre politischen Ziele in Lateinamerika zunehmend auf die Straße und in die Parlamente gebracht. Abtreibung war dort – mit Ausnahme von Kuba und Uruguay – kriminalisiert oder eingeschränkt, doch die Bewegung zur Reform der Gesetzgebungen wuchs stetig. Der Kongress in Argentinien stand knapp vor einer Liberalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. In Uruguay wurde nach Jahren des Kampfes die Abtreibung vor der 12. Schwangerschaftswoche legalisiert. Chile hatte, bis vor kurzem zusammen mit El Salvador, die strengsten Abtreibungsgesetze. Eine Politik, die das postfaschistische Pinochet-Regime 1989 eingeführt hat.

Im August 2017 billigte der chilenische Kongress einen Gesetzentwurf, der Abtreibung unter drei Bedingungen erlaubt: wenn das Leben der Frau in Gefahr ist, wenn der Fötus nicht überleben kann, oder im Fall von Vergewaltigung für Mädchen unter 14 Jahren. Als Reaktion auf das Wachstum und die Auswirkungen der feministischen Bewegung wächst auch eine Gruppe extrem rechter, pro-patriarchaler Männer, die sich selbst als „sozial-patriotische" Bewegung „Movimiento Social Patriota" (MSP) bezeichnen. Diese offen nationalistische Organisation agiert unter anderem gegen eine „Legalisierung von Abtreibung" und eine „Ideologie des Geschlechts". Ihr Sprecher Pedro Pérez Kunstmann diffamiert Feminist_innen als „hembras" im Sinne von „Weibchen" (auf weibliche Tiere bezogen), die sterilisiert werden sollten. Auf seinem Twitter-Profil sieht er im szenetypischen antisemitischen Verschwörungsblick auf George Soros die Feminist_innen als „Die Töchter von #SOROS in Aktion"[2]. Mehrere hundert (männliche) Mitglieder und Anhänger dieser Organisation mobilisierten gegen den feministischen Marsch, einige blockierten die Route, bedeckten die Straße mit Tierblut und griffen Demonstrant_innen körperlich an, darunter auch drei Frauen, die mit Messern verletzt wurden. Die MSP hat jenseits ihrer virtuellen „Follower" eine teils militante Präsenz in verschiedenen Regionen Chiles.

Die Recherchen von Jaime Morales in der Zeitschrift „Resumen" über die Idiologie der MSP erinnern an europäische Formate der extremen Rechten: Mit medial inszenierten Aktionen haben sie es geschafft, sich und ihre rassistischen, frauenfeindlichen und homophoben Positionen bekannt zu machen. Diskursiv posieren sie als unterdrückte Minderheit und nutzen Verschwörungstheorien und „fake-news", um ihre Position zu stützen[3]. Politisch sieht sich die Gruppe als Vertreter der (neo)faschistischen „Tercera Posición", inspiriert von „CasaPound" (Italien) und „Hogar Social" (Spanien). Sie entstand Ende 2016 aus der lokalen „Identitären Aktion" („Acción Identitaria"). Zu den ehemaligen Kämpfern der „Identitären Aktion" Alan Contreras, Barbara Gonzalez und Gabriel Segovia Kunstmann stießen Alexander Cruz, Pedro Pérez Kunstmann (der erwähnte Pressesprecher der MSP) und weitere Protagonisten wie Javier Roa, vormals ein Aktivist der „Fuerza Nacional Identitaria". Die Gründung des MSP habe sich aus den gemeinsamen Interessen einer „Männerszene" zwischen „Montañistas y Otakus" – zwischen Outdoorfreunden und (Internet)Nerds – ergeben. Sie verteidigen nicht nur ihre bedrohte „nationale Identität", sondern in gleicher Weise ihre gefährdete Männlichkeit, die von einer „Geschlechterideologie" unterdrückt werden würde.



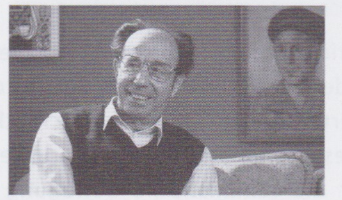


In der Lokalpresse übernahm die MSP die Verantwortung für den „Gegenprotest", leugnete aber die Beteiligung an den Messerstichen, die sie „Anarcho-Feminist_innen" zuschrieb. Die Angreifer waren während der Attacke maskiert, eine der Frauen wurde am Bauch und zwei andere an den Beinen verletzt. Auch ein Polizist ist bei der Attacke verletzt worden. Es wurden keine Verdächtigen festgenommen und die antifeministischen GegendemonstrantInnen blieben unbehelligt. „Der Protest begann festlich, aber wir haben das Gefühl, die Stimmung kippte, als wir hörten, dass eine Gruppe von Extremisten Barrikaden errichtet und Tiereingeweide auf dem Boden verstreute", berichtete Antonia Orellana, ein Mitglied des chilenischen Netzwerkes gegen Gewalt gegenüber Frauen und der linken „Frente Amplio" der Zeitung „The Guardian"[4].

Das MSP kündigte in Folge der kritischen Berichterstattung an, Daten von denen zu sammeln, die sie „diffamiert und beleidigt" hätten. Sie seien keine klassischen Neonazis, sondern eine „dritte" politische Kraft mit angeblich 500 Mitgliedern. Vor dem negativen Medienecho hatten sie erklärt, sie seien gut trainiert und organisiert und hätten sich mit „Führern" von Gebieten und Brigaden bestens aufgestellt. Allein „72 Männer" seien ausgebildet worden, bevor sie am Tattag ihre „Gegenaktion" durchführten, laut Kunstmann gegenüber der Zeitschrift „publimetro" mit „Chefs" für jeden „Sektor, Zone und Brigade"[5]. Die Barrikaden in dem Sektor, in dem sie mit Plakaten standen, wären nicht durch sie in Brand gesetzt worden. Auch hätten sie den antifeministischen Gewaltaufruf nicht mit Messern umgesetzt, was eine „interne Überprüfung" ergeben habe. Von juristischen Folgen hat man bisher auch nichts gehört. Das MSP ist eine recht genaue Kopie seiner europäischen Vorbilder. Ihr militanter Politikstil, welcher zunimmt, wenn die eigenen Positionen als hegemonial wahrgenommen werden, ist da nur konsequent. In Chile ist für diesen Verstärkereffekt der Jurist und Politiker José Antonio Kast und seine Bewegung „Republikanische Aktion" zu nennen. Nachdem die Regierung von Michelle Bachelet einige Reformen in Bezug auf das Abtreibungsrecht angekündigt hatte, hat sich ihr rechtlicher Nachfolger, Sebastian Piñera, bereits gegen weitere Reformen gestellt. Die angekündigten Reformen könnten von seiner Regierung wieder rückgängig gemacht werden. Die Koalition umfasst mehrere Personen, die eng mit der Pinochet-Diktatur verbunden sind. Extrem rechte Politiker wie Kast wollen das totale Verbot der Abtreibung mit einer neu gegründeten Bewegung – der „Republikanische Aktion" – wiederherstellen. Die feministische Comedian- und Radiomoderatorin Natalia Valdebenito bringt die Lage auf den Punkt: „Wir wissen, dass es organisierte Gruppen gibt, die absichtlich den Protest stören und Schaden anrichten (…) aber die feministische Bewegung wird weitergehen". •

1 blackrosefed.org/we-are-not-afraid-chilean-feminism 2 Pedro Kunstmann P., @Pedro_Artista, 29. Juli 2018 3 Resumen: ¿Qué es el Movimiento Social Patriota?, 26. Juli 2018 4 The Guardian: „Triple stabbing at Chile abortion rights rally sparks outcry", Charis McGowan, 29. Juli 2018 5 Publimetro: „Movimiento Social Patriota busca a todos quienes lo trataron de „nazis": llaman a hacer un barrido en redes para llevarlos a tribunales", Jaime Liencura, 28. Juli 2018

Christoph Leclaire, Ulrich Schneider
Hans Gasparitsch – Widerstandskämpfer und ehemaliger Häftling der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald
Dokumentation zum 100. Geburtstag, herausgegeben von der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora / Freundeskreis e.V.



Das Erinnern und Gedenken wird oft dann konkret, wenn man sich aus biografischer Perspektive der Geschichte des Nationalsozialismus und des Widerstands gegen ihn widmet. Die vorliegende Broschüre ist dem Widerstandskämpfer Hans Gasparitsch gewidmet, der im März 2018 100 Jahre alt geworden wäre. Allerdings geht es den Autor_innen der Broschüre um mehr. Denn insbesondere aus Widerstandsbiografien lasse sich deutlich machen, dass es auch unter schwersten Bedingungen wie einer Diktatur antifaschistische Visionen einer „gesellschaftliche(n) Alternative für eine demokratische und sozial gerechte Entwicklung“ gab, wie Ulrich Schneider im Vorwort betont. Hans Gasparitsch hat sich Zeit seines Lebens diesem Thema gewidmet. 1935 wurde er mit 16 Jahren verhaftet, da er mit Gleichgesinnten auf Flugblättern gegen das NS-Regime protestierte. Erst mit der Befreiung zehn Jahre später hatte seine Haftzeit in verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern ein Ende. Nach dem Krieg gehörte er zu den Gründern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und setzte sich für den Aufbau eines Dokumentationszentrums „Oberer Kuhberg“ ein, dessen Vorsitzender er später wurde. Das KZ Kuhberg war bis 1935 eine der frühen Haftstätten in Baden-Württemberg, wo auch Hans Gasparitsch inhaftiert war.

Die Broschüre vereint ein längeres Zeitzeugengespräch mit Hans Gasparitsch, das bereits 1996 geführt wurde, zwei Erinnerungstexte an ihn und schließlich Artikel aus der Feder von Hans Gasparitsch selbst, die zwischen 1946 und 1997 entstanden sind. Darin spiegeln sich bis heute aktuelle Kontroversen hinsichtlich der Erinnerung an den Nationalsozialismus wider. Schon im Vorwort heißt es, der antifaschistische Widerstand werde im „herrschenden Geschichtsbetrieb“ ausgeblendet, da insbesondere die Gedenkstättenpädagogik „die ‚Opfer-Perspektive‘ zum Leitmotiv der Beschäftigung erhoben“ habe. Kritisiert wird „das Postulat“, es sei die „ganze Bandbreite der Opfergruppen in den Blick (zu) nehmen, so dass politische Gegner faktisch zu einer „Randgruppe“ werden.“ Dankenswerterweise konzentriert sich die Broschüre im Folgenden nicht darauf, diese Stoßrichtung weiter auszubreiten. Die Erinnerung an die kommunistischen Opfer des Nationalsozialismus und die antifaschistischen Widerstandskämpfer_innen sollte nicht gegen den Ansatz einer multiperspektivischen Erinnerung ausgespielt werden. Auch im AIB wurden bereits Texte publiziert, die den Fokus auf lange Zeit vergessene Opfergruppen gelegt haben. Diese Auseinandersetzung um Deutungshoheit über die Erinnerung zwischen Vertretern einer (nicht dezidiert antifaschistischen) Geschichtswissenschaft auf der einen und überlebenden Antifaschist_innen, die sich seit Jahrzehnten für die explizit politische Erinnerung einsetzen auf der anderen Seite, spiegeln sich auch in einzelnen Texten von Hans Gasparitsch wider. Dreh- und Angelpunkt sind in diesem Fall die unterschiedlichen Perspektiven auf die Rolle kommunistischer Gefangener im KZ Buchenwald, wo Hans Gasparitsch ab dem Juli 1944 selbst inhaftiert war. Hier ist sicherlich auch der besondere Wert der Broschüre zu sehen, denn es wird mehr als deutlich, dass die Erinnerungen (und vielfach auch wissenschaftlichen Auseinandersetzungen) der Überlebenden als geschichtswissenschaftliches Korrektiv fungieren. Mit dem Verschwinden der letzten Zeitzeug_innengeneration dieser Tage werden diese Stimmen fehlen, und es ist der Verdienst von Broschüren wie dieser, diese Perspektiven auch weiterhin zugänglich zu machen. •

Slavko Goldstein
1941 – Das Jahr, das nicht vergeht
Die Saat des Hasses auf dem Balkan
S. Fischer Verlag,
Frankfurt am Main 2018
ISBN 9783100025371
Gebunden, 608 Seiten,
30 EUR



April 1941: Deutsche und italienische Truppen nehmen das Königreich Jugoslawien ein. Der zweite Weltkrieg erreichte das Land und damit auch den damals 13-jährigen Slavko Goldstein. Die Besatzer teilten die Region neu auf und etablierten unter anderem den Vasallenstaat Kroatien unter der Herrschaft der faschistischen Ustascha und ihrem Anführer Ante Pavelić.

In diesen, auch für Goldstein ganz persönlich schicksalhaften Tagen, setzt das Buch ein. Er lebte damals in der Stadt Karlovac. Sein Vater, ein angesehener Buchhändler mit jüdischem Hintergrund, gehörte zu den ersten Menschen, die unmittelbar nach der Ausrufung des neuen Staates verhaftet und später schließlich ermordet wurden. Für den Autor markiert dieser Vorfall das Ende seiner Kindheit. Im Folgenden schildert er die Entwicklung im faschistischen Kroatien, immer auch eng verbunden mit seiner eigenen Geschichte. Er berichtet von den als „Säuberungen" bezeichneten Gräueltaten der Ustascha, der Verfolgung, Internierung und Ermordung von Serben, Juden sowie Sinti und Roma, von Menschen die er teilweise persönlich kannte und deren Schicksale er in diesem Buch genauso viel Platz einräumt, wie der Erklärung und Bewertung der historischen Entwicklungen. Goldstein geht dabei mit einer Akribie vor, die die Lektüre aufgrund der vielen Namen und Orte vielleicht manchmal leicht unübersichtlich, aber durch seine angenehme Erzählweise niemals langweilig oder ermüdend macht.

Die Geschichte des Autors und seiner Familie ist dabei so ereignisreich, dass sie allein schon ein Buch füllen könnte. Nachdem auch Goldsteins Mutter 1941 zeitweilig verhaftet wurde, floh die Familie aus Karlovac in ein kleines Dorf und schloss sich schließlich den Partisanen an, in deren Reihen Slavko Goldstein bis Kriegsende kämpfte. Danach lebte er einige Jahre in Israel, kehrte aber schnell wieder nach Jugoslawien zurück, leitete einen Verlag, gründete eine Partei und wurde später Vorsitzender von Zagrebs jüdischer Gemeinde und der Gedenkstätte des kroatischen Konzentrationslagers Jasenovac.

Goldsteins Schilderungen sind eine Mischung aus eigenen Erinnerungen, Recherchen in offiziellen Dokumenten, damaligen Zeitungen und Memoiren sowie Gesprächen mit Weggefährten, Freunden und anderen Zeitzeugen. Wenn er sich an Situationen nicht mehr genau erinnert, lässt er es die Lesenden auch unumwunden wissen. Insofern handelt es sich bei „1941 – Das Jahr, das nicht vergeht" um eine Mischung aus historischer Studie und autobiographischer Erzählung, die im Übrigen nicht nur den kroatischen Faschismus analysiert, sondern auch die politischen und gesellschaftlichen Folgen für das sozialistische Jugoslawien und seinen blutigen Zerfall Anfang der 1990er Jahre in den Blick nimmt, dessen „Saat" im Jahr 1941 gelegt wurde, wie es im Untertitel des Buches heißt.

Ursächlich dafür sei unter anderem die fehlende Aufarbeitung der traumatisierenden Geschichte nach Kriegsende gewesen. Diese machte es 50 Jahre später den Nationalisten im zerfallenden Jugoslawien leicht, die Bevölkerungsgruppen erneut gegeneinander aufzuhetzen, Nachbar_innen zu Feinden zu machen und diese letztlich in den blutigsten Konflikt in Europa nach Ende des Zweiten Weltkriegs zu führen. Besonders eindrücklich wird dieses Nachwirken des Hasses im Kapitel „Die Geschichte zweier Dörfer" deutlich, in dem Goldstein die Entwicklung der beiden Orte und die wechselvollen Beziehungen seiner Bewohner_innen zueinander über die Jahrzehnte eindrucksvoll darstellt. Resümierend stellt Goldstein dabei fest, die „Jahre 1991 bis 1995 warfen uns wieder auf die Jahre 1941 und 1945 zurück" und warnt: „Die Gefahr weiterer Wiederholungen ist nicht gebannt, solange in den Köpfen und Herzen der Menschen die Vorstellung existiert, dass Menschen verfolgt und getötet werden dürfen, nur weil sie als Angehörige einer anderen Nation oder Religion das Licht der Welt erblickt haben – oder es sich herausnehmen, anders zu denken." Gedanken, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollten. Die Tatsache, dass der Autor die Notwendigkeit sieht, sie noch in der heutigen Zeit ausformulieren zu müssen, machen eigentlich das ganze Dilemma – nicht nur der Region – deutlich.

„1941 – Das Jahr, das nicht vergeht" erschien bereits 2007. Sechs Jahre später wurde es in weitere Sprachen übersetzt und ist erst 2018 auf deutsch herausgekommen.•

Im Oktober 2018 steht erneut die Frankfurter Buchmesse an, die zuletzt Ausgangspunkt einer gesellschaftlichen Debatte darum war, welchen Raum (extrem) rechte Akteure erhalten sollten und inwiefern es legitim ist, ihnen ein Podium zu bieten. Diese Diskussion ist nicht neu, sondern spielte auch schon lange vor der AfD und dem Erstarken rechtskonservativer und neurechter Spektren eine Rolle, wie ein Blick in das AIB Nr. 49 aus dem Jahr 1999 zeigt.

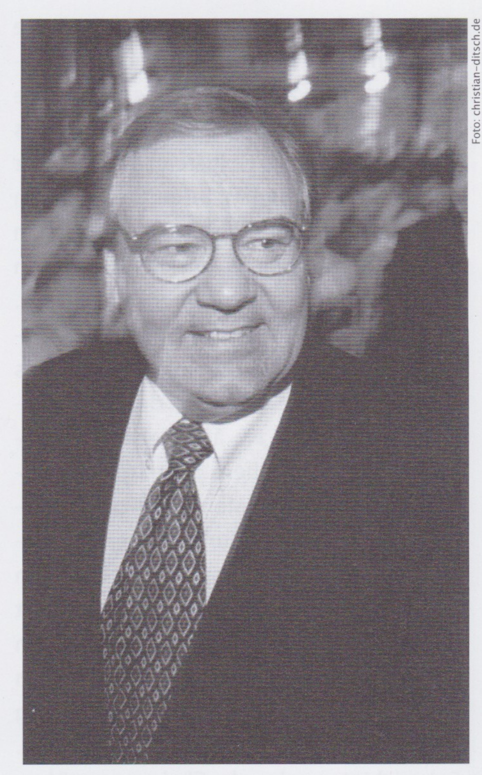
Rückblick: Mit Rechten reden?

Anlass war die Einladung des ehemaligen Vorsitzenden des „Bund Freier Bürger" (BFB) Manfred Brunner zu einer Podiumsdiskussion zum Thema EU bei der Heinrich-Böll-Stiftung. Brunner konnte aufgrund antifaschistischer Proteste vor Ort den Veranstaltungssaal nicht betreten, die Podiumsdiskussion fand schließlich ohne ihn statt. Im Nachgang bemühte sich die Böll-Stiftung, namentlich Benannte aus Gewerkschaften und der PDS gegenüber der Presse für den Widerstand verantwortlich zu machen und erhob ihnen gegenüber den Vorwurf, Jugendliche instrumentalisiert zu haben. Im AIB wurde damals auf den unterschiedlichen Charakter zwischen rechter und linker Pluralismuskritik in der öffentlichen Debatte verwiesen:

Antifaschistische Aktionen legitimieren sich nicht mehr aus sich selbst heraus. Wir halten eine Kombination aus machtvollem und um Überzeugung bemühten Eingreifen für notwendig. Wir denken, dass eine Verletzung der demokratischen Spielregeln politisch begründet werden muss, weil wir Meinungsfreiheit für ein hohes Gut halten. Wir glauben, dass die politische Glaubwürdigkeit der Linken davon abhängt, deutlich zu machen, wo die Unterschiede zwischen rechter und linker Zensur bzw. ihrer Pluralismuskritik liegen.

Während unseres Erachtens nach Rechte Pluralismus kritisieren, weil ihnen zu viel davon herrscht, kritisieren Linke neopluralistische Ansätze, weil sie Voraussetzungen für eine plurale Beteiligung aller nicht ausreichend verwirklicht sehen. Rechte wollen gesellschaftliche Antagonismen zugunsten eines vergeblich gemeinwohlorientierten Etatismus aufheben (der in letzter Konsequenz repressive Volksgemeinschaft heißt und das Vertreten partikularer und ausgrenzender Interessen meint). Linke akzeptieren den grundsätzlich antagonistischen Charakter der Gesellschaft und bleiben gleichzeitig universalistisch dem Ringen um Konsens, Einschluss und Emanzipation verpflichtet. Pluralität bedeutet eine ständige gleichberechtigte Auseinandersetzung über gesellschaftliche Prozesse. Gemeinsame Interessen werden im Streit zwischen den Ideen und Interessen aller ausgehandelt. Durch die ungleichen Startchancen, die Menschen in Entscheidungsfragen haben – dazu gehören Zugang zu Medien, Status, aber auch rechtliche Beschränkungen – wird verhindert, was eigentliches Ziel des Pluralismus ist: Die Beteiligung aller an den politischen Entscheidungen. (...)

Die Einladung Brunners ist eine politische Stellungnahme. Diese Stellungnahme lautet unseres Erachtens nach: »Wir halten Manfred Brunner für einen akzeptablen Gesprächspartner.« Es gehört zur Diskurstaktik der (neuen) Rechten zu versuchen, bei derartigen Veranstaltungen teilzunehmen, um als gleichberechtigte RednerInnen anerkannt zu werden und sich selbst als pluralistisch-demokratisch darzustellen. Dass Brunner Bezüge in dieses Spektrum hat ist kein Geheimnis. 1994 war Manfred Brunner neben (neu)rechten Publizisten wie Karlheinz Weißmann, Alfred Mechtersheimer, Roland Bubik und Ernst Nolte einer der Autoren des (neu)rechten Sammelbandes „Die selbstbewusste Nation". Wir kritisierten, dass mit dem Rückzug der Böll-Stiftungs-Verantwortlichen auf den Standpunkt „man wolle ja nur reden", der Kontext, in dem die Veranstaltung steht, dethematisiert wird. Die Einladung Brunners durch eine nach wie vor als links verstandene Stiftung ist ein politisches Signal, das ungleich schwerer wiegt, als hätte ihn die „Konrad-Adenauer-Stiftung" der CDU eingeladen. Später können sich dann andere, die sich Rechte als Gäste wünschen, auf die Böll-Stiftung berufen.


Foto: christian-ditsch.de

Manfred Brunner auf einer Wahlkampfveranstaltung des Bund Freier Bürger (BFB) zur Bundestagswahl 1998 in Berlin.

Die Einladung Brunners ist Symptom, Konsequenz und Verstärker einer gesellschaftlichen Entwicklung, in der die deutliche Abgrenzung nach Rechts bzw. nach Rechtsaußen zunehmend wegbricht. Ein Mann wie Brunner ist nicht nur Repräsentant einer bestimmten Auffassung, sondern er ist einer der Träger einer gesellschaftlichen Rechtsverschiebung, in deren Konsequenz auch Angriffe auf Migrant_innen, die Duldung und sogar das Beklatschen dieser Angriffe steht. Von einer grünen-nahen Stiftung, deren Anspruch es ist, demokratische Strukturen zu befördern, wäre zu erwarten, dass sie Partei für diejenigen ergreift, deren Möglichkeiten sich zu entfalten beschränkt sind und nicht, dass sie rechte PolitikerInnen sprechen lässt, die für diese Beschränkungen mit verantwortlich sind. •

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

KONTAKT
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
32. Jahrgang
Nummer 120 | 3.2018

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 119

TITEL
Österreich

NS-SZENE
Top oder Flop? Neonazistische Großkonzerte

Antifa
Antifaschistische Spaziergänge in Japan

Repression
Terrorvorwurf gegen Antira-Aktivist_innen



AIB 118

TITEL
Tickende Zeitbomben

NS-SZENE
Urteil gegen die „Gruppe Freital"

Rassismus
Der Justizskandal um den Tod von Oury Jalloh

International
Griechenland: Im Schatten der nationalen Massenpsychosen

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ☐ 10 ☐ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

